



(Beginn: 15.39 Uhr - Ende: 21.30 Uhr)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Anwesende! Ich eröffne die 24. Sitzung des Rates in der laufenden Wahlperiode und begrüße sehr herzlich unsere Gäste auf der Zuschauertribüne, alle, die im Livestream zuschauen, und alle, die im Audio-Livestream zuhören. Ich begrüße die Vertreterinnen und Vertreter der Presse, die anwesende Bezirksbürgermeisterin und die anwesenden Bezirksbürgermeister und natürlich Sie, die Mitglieder des Rates, sehr herzlich.

Nach den mir vorliegenden Meldungen sind heute Frau Dickas, Frau Glashagen und Herr Spehl entschuldigt. Von der Verwaltung kann Frau Stadtdirektorin Blome heute nicht teilnehmen und ist entschuldigt.

Als Stimmzählerinnen und Stimmzähler benenne ich Herrn Philippi, Frau Henk-Hollstein und Frau Hoyer.

Zunächst müssen wir die heutige Tagesordnung festlegen. Der Entwurf mit den nachträglichen Zu- und Absetzungen liegt Ihnen vor. Die Änderungsanträge sind bei den jeweiligen Tagesordnungspunkten aufgeführt.

Die Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU, SPD, LINKE, FDP und Volt haben am 23. März 2023¹, also heute, fristgemäß einen Antrag auf aktuelle Stunde zum Thema „Anmelde- und Verteilungsverfahren für Kölner Schulen“ eingereicht, den wir als TOP 1.2 behandeln sollen.

Die Fraktion Die FRAKTION hat ihren Antrag auf aktuelle Stunde unter TOP 1.1 zurückgezogen.

Die Verwaltung schlägt die Zusetzung folgender Punkte vor: im öffentlichen Teil die Anfragen unter TOP 4.1 und 4.2, eine haushaltsrechtliche Unterrichtung unter TOP 7.1.1, allgemeine Verwaltungsvorlagen unter TOP 10.21 sowie TOP 17.6 bis 17.10 und im nichtöffentlichen Teil TOP 24.6.

Abgesetzt wurden die Tagesordnungspunkte 3.1.6, 6.1.1 bis 6.1.3, 10.12, 10.15, 11.1 und 12.1.

Gibt es Wortmeldungen zu den Zu- und Absetzungen? - Herr Hammer.

Lino Hammer (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir beantragen, den Antrag unter Tagesordnungspunkt 3.1.7 inklusive des angehängten Änderungsantrags in den Umweltausschuss zu verweisen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Zimmermann.

Thor-Geir Zimmermann (GUT Köln): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Kolleg*innen! Ich möchte gegen die Verweisung sprechen. Das Thema Klimaschutz hat in einer Stadt des Klimanotstandes eine außerordentliche Relevanz. Es hat es verdient, dass das heute hier im Rat besprochen wird und nicht erst einige Wochen später im Umweltausschuss. - Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN und der FRAKTION)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Hock.

Michael Hock (Die FRAKTION): Ich spreche auch gegen die Verweisung. Es gibt einen aktuellen Anlass, aus dem wir diesen Antrag gestellt haben. Der realpolitische Kern unseres Antrages ist etwas, was die Menschen momentan bewegt, denke ich, und zu dem wir sprechen möchten. Eine Verweisung in den Umweltausschuss ist da nicht sonderlich dienlich. Dort sind noch weniger Menschen, die diese Debatte mitbekommen würden, als hier.

Deswegen appelliere ich an die Kollegen und Kolleginnen, dem Verweisungsantrag von Herrn Hammer nicht zuzustimmen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer diesem Antrag von Herrn Hammer zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die SPD-Fraktion, die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, die CDU-Fraktion, die FDP-Fraktion, die AfD-Fraktion und die Fraktion Volt. Enthaltungen? - Keine. Damit ist dem Verweisungsantrag zugestimmt.

¹ Anmerkung: Der Antrag auf aktuelle Stunde der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU, SPD, LINKE, FDP und Volt ist fristgerecht am 22. März

2023 im Amt der Oberbürgermeisterin eingegangen.



Ich komme jetzt zu den Dringlichkeitsanträgen. - Herr Breite. Entschuldigung.

Ulrich Breite (FDP): Nein, ich war zu langsam, Frau Oberbürgermeisterin. Entschuldigung. - Ich habe die Bitte, dass wir den Antrag unter Tagesordnungspunkt 3.1.2 in die nächste Sitzung vertagen, weil wir dazu noch Gesprächsbedarf mit anderen Fraktionen im Rat haben. - Danke schön.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Joisten.

Christian Joisten (SPD): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Ich würde gerne die Vorlage unter Punkt 23.2 im nichtöffentlichen Teil wegen Beratungsbedarf um eine Runde schieben. - Danke.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich sehe keine Gegenrede. Dann können wir das so aufnehmen und gleich insgesamt mit der Tagesordnung abstimmen lassen.

Es gibt jetzt eine leichte Unruhe. Wünscht noch jemand einen Antrag zurückzunehmen? - Das ist leider nicht der Fall.

(Heiterkeit)

Dann komme ich wieder zu den Dringlichkeitsanträgen.

Die Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU, SPD, LINKE, FDP und Volt sowie die Ratsmitglieder Gabriel und Zimmermann haben heute zum Thema „Finanzierung Deutschlandticket“ einen Dringlichkeitsantrag eingereicht. Das ist TOP 3.1.10.

Gibt es Wortmeldungen gegen die Dringlichkeit? - Bitte, Herr Büschges.

Matthias Büschges (AfD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Wir sprechen formal gegen die Dringlichkeit.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Dann lasse ich darüber abstimmen. Wer wünscht der Behandlung des Dringlichkeitsantrags heute nicht zuzustimmen? - Das ist die AfD-Fraktion. Gibt es

Enthaltungen? - Keine. Dann wird dieser Dringlichkeitsantrag heute behandelt.

Zur Reihenfolge der Tagesordnung schlage ich Ihnen vor, TOP 3.1.3 zu TOP 10.1 zu ziehen und dort beide Tagesordnungspunkte gemeinsam zu behandeln.

Gibt es Wortmeldungen zur Reihenfolge der Tagesordnung? - Das ist nicht der Fall.

Dann frage ich abschließend: Gibt es weitere Wortmeldungen zur Tagesordnung? - Das ist auch nicht der Fall.

Dann lasse ich über die Änderungsvorschläge zur Tagesordnung abstimmen. Gibt es Gegenstimmen zur Tagesordnung? - Herr Hock. Enthaltungen? - Keine. Dann ist die Tagesordnung so beschlossen.

Ich darf sofort als ersten Tagesordnungspunkt aufrufen:

1 Anträge auf Durchführung einer aktuellen Stunde gemäß § 5 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

1.2 Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU, SPD, Die Linke., FDP und Volt betreffend „Anmelde- und Verteilungsverfahren für Kölner Schulen“ AN/0551/2023

Bitte gestatten Sie mir, dass erst die Verwaltung spricht. - Herr Voigtsberger, bitte.

Beigeordneter Robert Voigtsberger: Herzlichen Dank für das Wort. - Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Verehrte Ratsmitglieder! Meine Damen und Herren! Liebe Zuschauerinnen und Zuschauer sowohl am Livestream als auch auf der Tribüne! Zunächst einmal möchte ich betonen, dass ich größtes Verständnis für die Sorgen der Familien mit schulpflichtigen Kindern habe, die in diesen Tagen und Wochen auf ihren Wunschschulplatz in Köln gehofft haben und keine Zusage erhalten haben. Sie dürfen mir glauben: Mir geht das sehr nahe.

Ich arbeite jeden Tag mit wirklich vielen Kolleginnen und Kollegen in dieser Stadtverwaltung daran, dass sich die Situation verbessert. Es liegen anstrengende Wochen hinter uns und insbesondere - das möchte ich ausdrücklich betonen - hinter den Familien. Denn das Warten, ob es mit dem Wunschschulplatz geklappt hat, ist belastend für



die Schülerinnen und Schüler und ihre Familien. Es ist belastend für die Schulen, die mit Anmeldungen umgehen und manche schwierige Entscheidung treffen müssen. Es ist auch belastend für die Mitarbeitenden der Stadtverwaltung, die alles dafür tun, das Anmeldeverfahren bestmöglich zu organisieren und die Schulen zu beraten wie auch neue Schulplätze zu schaffen.

Ich möchte mich - das sollte auch nicht zu kurz kommen - an dieser Stelle ausdrücklich bei den Kolleginnen und Kollegen der Verwaltung bedanken, die trotz alljährlicher erheblicher und auch teilweise berechtigter Kritik nicht müde werden, sich für die stetige Verbesserung der Situation einzusetzen. Ich danke ihnen allen ganz herzlich.

(Beifall bei der CDU und der SPD)

Als Verwaltung sind wir uns sehr bewusst, dass noch immer eine enorme Herausforderung vor uns liegt. Wir können und dürfen vor allen Dingen den Blick nicht vor der Enttäuschung jener verschließen, deren Wünsche eben nicht erfüllt werden konnten.

Auch wenn es für diejenigen, die jetzt noch nicht an ihrer Wunschschule untergekommen sind, kein Trost ist, möchte ich Ihren Blick dennoch kurz auf das lenken, was sich bereits verbessert hat.

Verehrte Damen und Herren, die Zahl der Ablehnungen geht beständig zurück, allein bei den Gesamtschulen in diesem Jahr um rund 300. Wir arbeiten mit unseren Stärkungspaketen stetig daran, die Situation kontinuierlich zu verbessern. Insgesamt bekommen neun von zehn Kindern im aktuell laufenden Verfahren sowohl an den weiterführenden Schulen als auch an den Grundschulen einen Platz an ihrer Wunschschule.

Zum ersten Mal seit 15 Jahren - so viel möchte ich schon vorwegnehmen - werden wir an den Gymnasien ohne eine einzige Mehrklasse auskommen.

Wir haben es geschafft, dass die Landesregierung auf Basis unserer Initiative die Mehrfachanmeldungen abgeschafft hat.

Wir haben das Verfahren insgesamt zeitlich gestrafft. Denn nun wissen die Schülerinnen und Schüler bedeutend schneller, welche Schule sie besuchen werden. Nur einmal für Sie zum Vergleich: Im vergangenen Jahr startete die zweite Runde im Anmeldeverfahren erst am 31. März und lief bis zum 4. April, die Bescheide wurden am 11. April versandt, und die endgültige Verteilung

der Schülerinnen und Schüler dauerte bis in den Mai hinein an.

Darüber hinaus haben wir den Schulen ein Online-Tool für die Beratungstermine zur Verfügung gestellt.

Unbestritten wäre - das möchte ich auch hier ganz klar sagen - ein vollständig digitalisiertes Anmeldeverfahren absolut sinnvoll. Dies liegt allerdings nicht im städtischen Einflussbereich. Denn die aktuelle Ausbildungs- und Prüfungsordnung des Landes NRW gibt vor, dass Eltern den Originalanmeldeschein persönlich an der Wunschschule abgeben müssen. Diese Vorgabe lässt eine digitale Abbildung des Gesamtverfahrens somit aktuell schlichtweg nicht zu.

Deshalb setze ich mich beim Landesministerium dafür ein, die Prüfungsordnung anzupassen. Ich würde mich freuen, wenn Sie mich dabei unterstützen würden und Ihren Einfluss im Land geltend machen.

(Beifall bei der SPD)

Die Kommunikation mit den Nachbarkommunen, mit denen wir uns selbstverständlich zu den Schulplatzangeboten austauschen, läuft nach meiner Einschätzung gut.

Mit Blick auf die aktuell geführte Diskussion um die gymnasiale Situation in der Nachbarkommune Hürth möchte ich klarstellen, dass genau drei Kinder aus Köln an Gymnasien in Hürth zur Schule gehen werden. Die Anzahl an unversorgten Hürther Kindern mit Gymnasialwunsch ist also ganz eindeutig nicht Köln zuzurechnen. Das war in der öffentlichen Debatte teilweise anders dargestellt worden.

Was tun wir aber jetzt für die Eltern und für die Kinder hier in Köln? Vorweg möchte ich hier gerne betonen: Bei all denen, die das Empfinden hatten und haben, von uns im Stich gelassen zu werden, entschuldige ich mich in aller Form.

Selbstverständlich unterstützen wir jetzt diejenigen Familien individuell, deren Kind noch an keiner Schule angenommen wurde. Alle Familien, die ihr Kind an einer weiterführenden Schule angemeldet haben, haben von uns ein Schulplatzangebot in maximal möglicher Nähe zu ihrem Wohnort erhalten.

Alle Kinder in der Grundschule haben mit dem Ablehnungsbescheid ebenfalls ein Schulplatzangebot erhalten.



Dennoch zeichnet sich ab, dass die Situation bei den Grundschulen weiterhin kritisch bleibt. Dies wird nochmals verstärkt - das ist vielleicht auch für Sie wichtig zu wissen - durch eine zunehmende Anzahl von Kindern, die die Klasse wiederholen. Unter anderem die Corona-Pandemie hat dazu geführt, dass es länger dauert, bis Kinder ihre Lernziele erreichen. Dies macht alleine 7,4 Prozent aller Grundschulkinder in diesem Jahr aus.

Hier müssen wir ganz besonders hinschauen. Grundschülerinnen und Grundschüler sind die Kleinsten und bedürfen deshalb auch unserer besonderen Obhut. Es ist zwar für jedes Kölner Kind ein Grundschulplatz vorhanden. Aber in manchen Fällen ist dieser Platz zu unserem und zu meinem Bedauern nicht wohnortnah.

Deshalb werden wir jene Grundschülerinnen und Grundschüler und deren Familien, die leider weitere Wege zu ihren Lernorten zurücklegen müssen, mit aller Kraft in dieser schwierigen Situation unterstützen. Wir helfen ihnen bei der Beförderung, und das auch finanziell. Bei Härtefällen prüfen wir individuelle Lösungen. Dazu werden wir aktiv auf die Eltern zugehen.

Nach Abschluss des diesjährigen Anmeldeverfahrens werden wir mit allen Beteiligten, selbstverständlich auch in intensiver Abstimmung mit der Schulpolitik, sorgfältig reflektieren, wo weiterer Verbesserungsbedarf besteht, und dies für das kommende Jahr dann natürlich auch berücksichtigen.

Wie bereits im vergangenen Jahr werden wir wieder der Schulpolitik die letzte Entscheidung zu den wichtigen Parametern des Verfahrens zur Beschlussfassung vorlegen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich möchte aber auch erneut deutlich machen, dass all diese Bemühungen, die negativen Auswirkungen im laufenden Verfahren bestmöglich für die Eltern zu lösen, nicht darüber hinwegtäuschen können, dass wir einmal mehr lediglich das Symptom bekämpfen. Wirklich nachhaltige Lösungen generieren wir nur mit der Schaffung neuer Schulplätze.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben einen Schulbaunotstand. Dies wird kein Anmeldeverfahren ändern. Die Bedarfe sind im Rahmen der Schulentwicklungsplanung alle dargestellt. Jede Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung wird politisch beschlossen und ist auch öffentlich einsehbar. In dieser Planung wurden bereits seit Jahren dramatisch steigende

Schüler*innenzahlen an den Grund- und weiterführenden Schulen prognostiziert. Die Notwendigkeiten zum Ausbau von Schulplätzen, die Grundschulen eingeschlossen, liegen seit vielen Jahren transparent auf dem Tisch.

Aus der Planung werden standortkonkrete Schulbaumaßnahmen detailliert benannt. Sie finden sich in der sogenannten Schulbaumaßnahmenliste wieder. Wie Sie wissen, umfasst sie aktuell 195 Maßnahmen, von denen aus Personalgründen derzeit 87 umgesetzt werden. Insofern kann es auch niemanden überraschen, dass bekannte Bedarfe noch immer keine bauliche Umsetzung in Schulplätze erfahren haben.

Wir haben hier auch schon oft konstatiert, dass wir letztendlich ja kein Erkenntnisproblem haben, sondern, wenn man so will, ein Umsetzungsproblem.

Ich bin froh darüber - das möchte ich ausdrücklich auch hier in der Runde sagen -, dass ich zur Bewältigung dieser Jahrhundertaufgabe große Unterstützung von Frau Oberbürgermeisterin Reker wie auch meinem geschätzten Kollegen Markus Greitemann bekomme und sie an meiner Seite weiß. Wir gehen gemeinsam konzentriert und mit aller Kraft diese Herausforderungen an. Selbstverständlich sind wir im permanenten Austausch darüber, wie es uns gelingt, die Schulbaumaßnahmenliste noch schneller umsetzen zu können.

Meine Damen und Herren, ob es nun Grundschulen, Gesamtschulen oder Gymnasien sind - wir müssen schlichtweg noch schneller noch mehr Schulplätze schaffen, und zwar an den richtigen Orten in der Stadt. Jedes neue Gebäude ist ein Steinchen im Mosaik unserer Schullandschaft. Mit den Stärkungspaketen und milliardenschweren Schulbauprogrammen sind wir auf dem nach meiner Einschätzung richtigen Weg. Wir werden ihn gemeinsam Stück für Stück fortsetzen.

Ich werbe an dieser Stelle erneut auch um Ihre konstruktive Unterstützung. Wir brauchen nämlich alleine 54 neue Schulen, davon 30 neue Grundschulen. Insofern darf es keinerlei Denkverbote geben. Wir müssen sämtliche, wirklich sämtliche, Möglichkeiten nutzen, die Lage zu entspannen - Neubauten, Erweiterungen, Nachverdichtungen, Interimslösungen, Anmietungen und, wenn es sein muss, auch Umwandlungen.

(Beifall bei der SPD)

Ich versichere Ihnen: Wir als Schulträger - damit meine ich uns als Gesamtstadt - machen unsere Hausaufgaben, auch wenn dazu gehört, dass wir



die Hausaufgaben früherer Jahrgänge leider nun miterledigen müssen. Aber der Blick zurück bringt uns an dieser Stelle nicht weiter und bringt vor allen Dingen die Eltern und die Schülerinnen und Schüler nicht weiter. Wir müssen gemeinsam nach vorne schauen und weiterhin mit allen Kräften daran arbeiten, diese gigantische Aufgabe zu lösen.

Das ist, meine Damen und Herren in diesem hohen Haus, unser aller Pflicht. Es geht hier um nicht weniger als um die Zukunft unserer Kinder. - Ich darf mich herzlich für Ihre Aufmerksamkeit bedanken.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Hölzing das Wort.

Bärbel Hölzing-Clasen (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte, liebe Frau Oberbürgermeisterin Reker! Sehr geehrte Damen und Herren am Livestream und auf der Tribüne! Liebe Kollegen, liebe Kolleginnen! Ich war am vergangenen Montag auf der Demo der Grundschulleitenden hier vor dem Rathaus. An einer Wäscheleine hingen rote Karten, auf denen die Eltern ihre Verzweiflung, ihre Sorge, ihren Frust niedergeschrieben haben, weil sie keinen fußläufigen Grundschulplatz bekommen haben. Jede Karte steht auch für Ungläubigkeit der Eltern, dass ihnen und ihren Kindern so etwas in Köln passieren kann.

Vor wenigen Wochen hatten wir eine ganz ähnliche Situation - und auch eine Demo hier vor dem Rathaus - bei den Eltern und Kindern, deren Erst- und Zweitwünsche für weiterführende Schulen abgelehnt wurden.

Heute demonstrierten auf dem Theo-Burauen-Platz wieder Eltern, die jetzt in die dritte Runde müssen.

Wir alle hier stehen unter dem Eindruck dieser Protestaktionen. Eltern und Kinder sind besorgt, aufgewühlt, verunsichert und auch sauer. Wir sehen das, und wir verstehen das. Jedes Kind, das in den ersten Anmelderunden keinen Schulplatz bekommt und das weite Wege zur Schule auf sich nehmen muss, ist eines zu viel.

(Beifall)

Das lässt mich - und uns alle hier, hoffe ich jedenfalls - nicht kalt. Ich sage das auch als Mutter, die sehr genau weiß, was es heißt, wenn Kinder

durch ein solches Verfahren geschleust werden und womöglich am Ende einen Schulplatz weit entfernt vom Wohnort zugewiesen bekommen. Das darf und das wird kein Normalzustand werden.

Familien mit Kindern bereichern unsere Stadt. Wir müssen ihnen Angebote machen. Denn sie leben gerne hier. Das ist auch unser Anspruch, und danach handeln wir.

Genau vor einem Jahr haben wir hier übrigens schon einmal über die Schulplatzvergabe gesprochen - damals aber noch unter ganz anderen Umständen als heute. Damals hatten wir fast 1.000 Kinder ohne Gesamtschulplatz, und es gab ein riesiges Durcheinander bei der Vergabe von Gymnasialplätzen.

Grund dafür waren die völlig verfehlte Schulbaupolitik der Vorjahre und ein Anmeldeverfahren, das die Lage von Eltern und Kindern unnötig verschlimmert hat.

Wir haben mit dem nun geänderten Anmeldeverfahren für die Schulen das Chaos der Vergangenheit beseitigt.

Aber das Problem, dass es zu wenige Schulplätze gibt, gerade an weiterführenden Schulen, ist leider noch nicht beseitigt. Warum? Zu oft haben die Schulen in der Vergangenheit bei Grundstücken und beim Neubau das Nachsehen gehabt. Köln ist munter weitergewachsen. Die nötigen Schulplätze hat die Stadt nicht mitwachsen lassen.

(Beifall von Dr. Helge Schlieben [CDU])

Und wir haben als Politik nicht genug Druck gemacht. So viel Ehrlichkeit muss sein.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Doch wir haben aus den Fehlern der Vergangenheit gelernt. 2024/25 kommen vier neue Gesamtschulen hinzu. Obendrauf gibt es zwei neue Gymnasien. Damit schaffen wir 675 Schulplätze. 2025/26 folgen vier weitere Gymnasien sowie zwei Gesamtschulen und damit, wenn alles gut klappt, 567 neue Schulplätze.

Die SPD wird nachher natürlich wieder das längst entkräftete Argument vortragen, mit der Umwandlung der Kurt-Tucholsky-Hauptschule in eine Gesamtschule wäre es ja alles viel besser gewesen.

(Christian Joisten [SPD]: Wir hätten mehr Plätze!)



Wir wissen, dass diese Umwandlung nur wenige Gesamtschulplätze gebracht hätte, und das auf Kosten wegfallender anderer Plätze für die Sekundarstufe I - ganz abgesehen davon, dass die räumlichen Bedingungen der Hauptschule für eine Gesamtschule die denkbar schlechtesten Voraussetzungen geboten hätten.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Wir finden, dass man lieber eine gut funktionierende Hauptschule erhalten sollte, als daraus eine schlechte Gesamtschule zurechtzubiegen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen, bei der CDU und bei der FDP)

Unsere Kinder brauchen auch keine übers Knie gebrochene Notlösung, sondern gute, zukunftsfähige Schulen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Das sind wir den Eltern schuldig, und das bedeutet für uns verantwortungsvolle Schulpolitik.

Bei aller Aussicht auf Besserung in den nächsten Jahren: Das hilft den Kindern heute leider nicht. Sie brauchen jetzt einen Schulplatz.

(Christian Joisten [SPD]: Genau so ist es!)

Um sie besser zu unterstützen, brauchen wir dringend mehr Transparenz aus dem Schuldezernat und mehr Fingerspitzengefühl in der Kommunikation.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Eltern Hilfe anzubieten - heute stand es im *Kölner Stadt-Anzeiger* - und dann zu antworten, man bedaure die Situation, aber Emil könne ja jetzt lernen, mit dem ÖPNV zu fahren, lässt mich sprachlos zurück.

Uns als Politik stellen sich noch viele Fragen: Wie viele Kinder und Eltern sind denn betroffen? 100 oder 500? In welchen Stadtteilen ist das der Fall? Welche Konsequenz hat die Verwaltung daraus gezogen? - Das sollten wir heute alles klären.

Dass es auch Probleme mit den Grundschulen gibt, habe ich erst am 21. Januar 2023 im *Kölner Stadt-Anzeiger* gelesen.

(Teresa De Bellis-Olinger [CDU]: Hört! Hört!)

Dort wird das veröffentlicht, was eigentlich als Mitteilung in den Schulausschuss gehört.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Ich komme von der Problembeschreibung zur Lösung. Was brauchen wir, damit den Eltern jetzt in akuter Not geholfen wird, vor allen Dingen bei den Grundschulen?

Erstens. Es muss schnell geprüft werden, wo noch zusätzliche Kapazitäten möglich sind - durch Anmietung von Räumen, durch Containeraufstellung.

Zweitens. Es müssen weitere Möglichkeiten in Betracht gezogen werden, zum Beispiel die Bildung von Mehrklassen.

Drittens. Die Eltern müssen umfassend über alle Transportmöglichkeiten informiert werden - ÖPNV, Schulbus und in besonderen, komplizierten Fällen auch Einzeltransportmöglichkeit.

Viertens. Der Planungsvorlauf für die Schaffung neuer Schulplätze muss schon bei den Vierjährigen, die in zwei Jahren auf die Grundschule gehen, beginnen. Daraus kann man dann viele Schlüsse für die nötige Verteilung von Schulplätzen im Kölner Stadtgebiet ziehen.

Wir als Politik tun, was wir können, um die Not der Familien zu lindern und um die Situation in den kommenden Jahren zu verbessern. Sobald die Kölner Schulplatzvergabe kein Thema mehr für eine aktuelle Stunde im Rat ist, wissen wir, dass wir erfolgreich waren.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Dr. Schlieben das Wort.

Dr. Helge Schlieben (CDU): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sehr geehrte Eltern und insbesondere Familien der betroffenen Kinder, der aktuellen oder zukünftigen Schülerinnen und Schüler in dieser Stadt! Bärbel Hölzing hat schon zutreffend gesagt, dass es niemanden hier kaltlässt, wenn unsere Kommune nicht in der Lage ist, allen Kindern den gewünschten Schulplatz an der gewünschten Schulform auch im gewünschten Stadtbezirk zuzuteilen. Das lässt wirklich keinen kalt. Unser Ziel muss es sein, dies zu ändern.



Hier sind viele Mütter und Väter, die sich dieses Schicksal genauso vorstellen oder genauso um den Platz geizt haben. Deshalb können Sie uns abnehmen, dass wir das verstehen und dass sowohl die Verwaltung als auch die Politik es ändern möchten, damit wir, wie Bärbel Hölzing gesagt hat, zum Zeitpunkt X hier nicht mehr die Debatte über das Anmeldeverfahren führen oder über die Fehler in dem Anmeldeverfahren diskutieren müssen.

Ich möchte auf zwei Punkte eingehen, und zwar erstens generell auf das aktuelle Anmeldeverfahren, sofern ich als Vorsitzender des Schulausschusses darüber informiert bin, kombiniert mit den Informationen, die ich der Lokalpresse heute oder gestern oder auch letzte Woche entnehmen durfte, und zweitens darauf, wie es denn mit der Schulplatzsituation aktuell und auch perspektivisch für die nächsten Jahre aussieht.

Denn ich darf hier vorwegschicken: Egal, was wir am Anmeldeverfahren ändern - mehr Plätze bekommen wir dadurch nicht. Vielleicht werden sie ein bisschen besser verteilt. Aber wir müssen zusätzliche Schulplätze schaffen.

An dieser Stelle darf ich auch den Schuldezernenten zitieren, der zu Recht im *Kölner Stadt-Anzeiger* gesagt hat: Wir haben in der Vergangenheit die Weichen falsch gestellt. - Ja. Das kann ich nur unterschreiben. Wenn am Ende noch Zeit ist, können wir gerne beleuchten, wer denn alles zu diesem „wir“ gehört und wann die Weichen falsch gestellt wurden. Ich glaube, dass wir heute noch Zeit haben werden, darüber zu sprechen.

(Beifall bei Teilen der CDU)

Schauen wir auf die aktuelle Situation. Bärbel Hölzing hat es zu Recht erwähnt. Angeblich ist es ein Drittel der Grundschulen, die zu viele Anmeldungen hatten und nicht alle Kinder aufnehmen können. Wie viele Kinder jetzt ihren Zweitwunsch erfüllt bekommen haben, wissen wir noch nicht. Wir sind noch mitten im Verfahren. Man sollte es abschließen. Dann kann man darüber sprechen.

Klar ist aber gerade für die Grundschule: „Kurze Beine, kurze Wege“ muss gelten. Da brauchen wir Transparenz und Klarheit. Für die Zukunft - eigentlich schon jetzt, aber auf jeden Fall für die Zukunft - muss klar sein: Jedes Kind in der Grundschule muss einen Platz um die Ecke erhalten.

Wie sieht es denn an den Gesamtschulen aus? 76,7 Prozent, also drei Viertel, derjenigen, die an eine Gesamtschule gehen wollten, haben dort einen Platz bekommen. Umgekehrt heißt das ja,

dass 23,3 Prozent keinen Platz bekommen haben. Ich habe einmal nachgesehen. 2007 haben wir mit 38 Prozent Ablehnungsquote begonnen; das ist schon durchaus respektabel. Nur im Jahr 2021/22 gab es eine ähnliche Ablehnungsquote wie jetzt, nämlich 23,5 Prozent. Das sind immer noch 700 Kinder und ist immer noch zu viel. Aber in der Tendenz wird die Lücke kleiner.

Jetzt ziehe ich das gerne einmal vor. Wenn die 423 Schulplätze an Gesamtschulen nächstes Jahr an den Start gehen, werden wir - zu diesem Versprechen lasse ich mich hier hinreißen - die Gesamtschullücke im nächsten Jahr um mindestens 50 Prozent reduziert haben, also mindestens halbiert haben. Daran müssen sich diese Oberbürgermeisterin, dieser Schuldezernent, dieser Rat und auch diese Ratsmehrheit messen lassen. Da gibt es kein Zurück und kein Wackeln. Das muss nächstes Jahr geschehen sein. Aus 700 müssen 300 oder weniger fehlende Gesamtschulplätze werden.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Das passiert ja nicht von heute auf morgen. Wenn wir es heute beschließen, sind die Schulen nicht morgen da. Aber die Wende im Schulbau ist 2016 eingeleitet worden.

Wer hat denn davor die Verantwortung getragen und die Wende nicht eingeleitet? Dazu werden wir ja gleich noch schlaue Beiträge hören.

(Beifall von Bernd Petelkau [CDU])

Wir haben bis Ende 2025 nachweislich 500 neue Gesamtschulplätze geschaffen. Auch in dem Zeitraum von 2015 bis 2020 haben wir - weniger, aber immerhin - zusätzliche Gesamtschulplätze auf den Weg gebracht.

Eines darf ich hier auch sagen - ich habe das noch einmal nachgelesen -: Frau Reker, Sie und das Bündnis sind 2015 mit elf Gesamtschulen gestartet. Zum Ende dieser Legislaturperiode werden wir 15 respektive 17 Gesamtschulen haben, und auch durch das zweite GU-/TU-Programm stehen weitere 17 bis 20 Züge und 500 Plätze für Gesamtschulen bis 2027 perspektivisch auf dem Schirm.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Nun können Sie alle sagen, dass Sie mir das nicht glauben, weil Sie das ja jedes Jahr hören. Nächstes Jahr wird abgerechnet. Dann sind diese 400 Plätze da und die Lücke halbiert.



Ich habe jetzt sehr lange über die Gesamtschulplätze geredet. Das ist aber auch symptomatisch für die Problematik.

Für die anderen weiterführenden Schulen habe ich mir die Zahlen auch noch einmal angeguckt. 91,2 Prozent der Kinder, die auf die Hauptschule, auf die Realschule oder auf das Gymnasium wollen, haben ihren Erstwunschplatz bekommen. Umgekehrt heißt das: 8,8 Prozent, 493 Kinder, 493 Einzelschicksale haben den Platz an dieser Wunschschule nicht bekommen.

Wir warten jetzt auf die Ergebnisse der Zweitwunschauswertung. Da wird sich diese Zahl natürlich reduziert haben.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Erlauben Sie eine Zwischenfrage von Herrn Zimmermann?

Dr. Helge Schlieben (CDU): Ja, immer. - Bitte.

Thor-Geir Zimmermann (GUT Köln): Sehr geehrter Herr Dr. Schlieben, eine Zwischenfrage: Ist Ihnen bekannt, dass die Eltern beim Ausfüllen dieser Bögen ihren Erstwunsch taktisch angeben? Von „Wunschschule“ zu sprechen, wie es auch unser Beigeordneter getan hat und wie Sie es gerade machen - Sie loben sich ja selber dafür, dass 91 Prozent den Platz an ihrer Wunschschule bekommen -, finde ich daher eine Spur neben der Realität. Eltern müssen Schulen wählen, bei denen sie Chancen haben, einen Platz zu bekommen. Von einer Wunschschule und von einem Erstwunsch kann überhaupt keine Rede sein.

(Beifall bei der LINKEN)

Dr. Helge Schlieben (CDU): Herr Zimmermann, es ist der Erstwunsch, den die Eltern angeben konnten. Sie konnten auch einen Zweitwunsch angeben.

Lassen Sie mich als Letztes etwas zum Verfahren sagen. Über das Digitale haben wir gesprochen. Wir hatten die Debatte schon kurz im Schulausschuss. Je mehr ich darüber nachdenke, desto klarer wird mir: Wir werden vielleicht darüber reden müssen, dass wir nur noch eine Anmelderunde machen, bei der dann ein richtiger Erst-, Zweit- und, wenn es nach mir geht, Drittwunsch angegeben wird.

Ich glaube, dass wir mit diesem Verfahren früher und zielgerichteter sein werden als mit dem, was wir heute sehen. Jetzt ist aber keine Zeit mehr dazu, das auszuführen. Ich lade Sie gerne ein. Dann können wir ja überlegen, ob das ein mögliches Verfahren ist.

Wenn wir mehr Schulplätze haben - und das wird zumindest im Gesamtschulbereich und an zwei Gymnasien nächstes Jahr der Fall sein -, dürfte die Lücke oder die Anzahl der Kinder, die ihren Erstwunsch oder auch ihren Zweitwunsch nicht erfüllt bekommen, auch deutlich kleiner werden.

Ich habe jetzt zu lange geredet. Dafür halte ich mich für den Rest der Sitzung bis halb zehn heute Abend zurück. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Seeck das Wort.

Oliver Seeck (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauer*innen! Beim Thema Schulplatzvergabe ist man mal wieder versucht, zu sagen: Und jährlich grüßt das Murmeltier.

In dem Film, der für diesen Vergleich herhalten muss, versucht der Wettermann Phil Connors in den Wiederholungsschleifen, sein Leben besser zu machen. Es wäre schön, wenn man dies auch vom Bündnis aus CDU, Grünen und Volt behaupten könnte.

(Beifall bei der SPD)

Die Lage ist seit Jahren allen bekannt. Die Kinder und Eltern können die Plakate und Schilder bei den Demonstrationen ohne Weiteres jährlich wiederverwenden.

Das Anmeldeverfahren kann in der Tat vom Land verändert und muss auf kommunaler Ebene modifiziert werden. Dazu sind auch wir bereit. So ist dringend anzuraten, dass es beispielsweise, wie Herr Dr. Schlieben schon sagte, nur noch einmal den Anmeldewunsch gibt.

Der Grund des kritikwürdigen Anmeldeverfahrens muss Ihnen aber anscheinend immer wieder deutlich vor Augen geführt werden. Solange es nicht genügend Schulplätze gibt, können Sie es wenden, wie Sie wollen - das Anmeldeverfahren wird



immer Kinder zurücklassen. Es fehlen einfach Schulplätze. Dies hat etwas mit Prioritätensetzung und politischem Willen zu tun.

(Beifall bei der SPD)

Blicken wir also für die letzten zweieinhalb Jahre - als Halbzeitbilanz der Wahlperiode - darauf zurück, wie die politisch Verantwortlichen mit diesem Thema in unserer Stadt umgegangen sind.

Die Situation an den Kölner Gymnasien, Real- und Gesamtschulen mit Tausenden von abgelehnten Kindern in den letzten Jahren ist gleichbleibend erschütternd.

Nun erreicht das Desaster der Abgelehnten auch die Grundschulkinder. Das eigentlich selbstverständliche Prinzip „Kurze Beine, kurze Wege“ gilt hier nicht mehr.

Damit ist Köln im Bereich der Schulplätze das traurige Schlusslicht im ganzen Land. Sie sind im achten Jahr im Bündnis. Ohne große mathematische Kenntnisse ist klar: Die Kinder, die heute keinen gewünschten Grundschulplatz erhalten werden, sind erst zwei Jahre, nachdem Sie bereits politische Verantwortung tragen, geboren worden.

(Beifall bei der SPD)

Der CDU-Köln-Slogan, der mir immer besser gefällt, „Wir #verantworten Köln“ und Ihre Selbstzufriedenheit, mit der Sie vom Bündnis hier gerade wieder vorgetragen haben, bei dieser Thematik sind zynisch und entlarvend zugleich.

(Beifall bei der SPD - Zuruf von der CDU: Lächerlich!)

Wir haben als Opposition ab der ersten Schulausschusssitzung auf das Problem hingewiesen und uns damit nicht abfinden wollen. Die Liste unserer Vorschläge umfasst in Schriftgröße 12 Punkt vier volle Seiten. Sie haben alles, wirklich alles ignoriert. Nur ganz wenige Beispiele:

- Bildungscampus in Mülheim am Hölderlin-Gymnasium
- Standort Gesamtschule Lindenthal im direkten Umfeld ausbauen
- Umbau RWE-Gebäude an der Dürener Straße zu einer Schule
- Planung einer weiterführenden Schule auf dem Max-Becker-Gelände
- Konzept für einen Schulbau auf Stelzen auf der Vogelsanger Straße

- Erbanmietung des Geländes zwischen BK Ehrenfeld und Kreuzgasse

- Modulbau an der Bitterstraße für die Grundschule in Worringen, unter anderem zur Vermeidung von jahrelangen Bustransfers für Grundschüler

Wir hören hier von der grünen Vertreterin, dass sie möchte, dass Individualverkehr für die Schülerinnen und Schüler zur Verfügung gestellt wird. Diese grüne Widersprüchlichkeit ist wirklich nicht mehr zu überbieten - alles weggewischt.

(Beifall bei der SPD)

Die Krönung haben Sie sich aber vor ein paar Monaten geleistet. Ich verstehe das schlechte Gewissen. Ihre aktive Verhinderung, dass eine Gesamtschule in Neubrück mit 108 Plätzen auf Vorschlag der Oberbürgermeisterin und des Schuldernenten an den Start gehen konnte, ist weiterhin skandalös.

(Beifall bei der SPD - Zuruf von Dr. Helge Schlieben [CDU])

Sie meinen, das seien nur wenige Plätze. Für uns sind es 108 Kinder. 108 Familien weniger hätten die Sorgen und Ängste beim jetzigen Anmeldeverfahren gehabt. 108 Kinder hätten nämlich einen Schulplatz.

Ihre Politik hat inzwischen dramatische Dimensionen erreicht. Junge Familien verlassen mittlerweile entnervt Köln. Unter anderem auf der Demo ist das deutlich geworden. Frau Hölzing hat ja gesagt, sie sei da gewesen. Dann weiß sie, dass das so artikuliert wurde.

Kita-Plätze, Schwimmkurse, Sporthallen, Grundschulplätze, Plätze an weiterführenden Schulen: Keine dieser elementaren Voraussetzungen ist in Ihrer Verantwortung in dieser Stadt noch sicher.

(Beifall bei der SPD)

Unternehmensvertreter berichten, dass sie ihren neuen Mitarbeiter*innen empfehlen, in Nachbarkommunen zu ziehen, da hier die Versorgung ihrer Kinder nicht garantiert ist.

Wachen Sie endlich auf. Setzen Sie endlich die richtigen Prioritäten - weniger inhaltlose Symbolpolitik, sondern konkretes Handeln. Nachher haben wir eine weitere Chance auf eine Verbesserung der Situation, nämlich in Nippes. Ich bin sehr gespannt, wie Sie sich hier verhalten.



Wissen Sie eigentlich, wie der Wettermann Phil Connors im Film „Und täglich grüßt das Murmel-tier“ seine Endlosschleife erträglicher machte und später sein Leben fortsetzen konnte? Er suchte unkonventionelle und außergewöhnliche Möglichkeiten, sich aus der Situation zu befreien. Es gab für ihn als geläuterten Menschen ein Happy End. Bei Ihnen ist allerdings, wenn Sie so weitermachen, leider das Gegenteil zu befürchten. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt spricht Herr Kockerbeck.

Heiner Kockerbeck (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die ganze Dramatik der diesjährigen Anmeldungen von Kindern an weiterführenden Schulen und an Grundschulen wurde von meinen Vorrednerinnen und Vorrednern deutlich beschrieben. Wenn Kinder mit fünf Jahren einen Schulweg von sieben Kilometern bewältigen müssen und möglicherweise 50 Minuten mit Bus und Bahn fahren müssen, zeigt sich deutlich ein Versagen der öffentlichen Hand.

Da dies in der Stadt Köln geschieht, fragen sich die Bürgerinnen und Bürger Kölns zu Recht: Was tun eigentlich Rat und Verwaltung?

Zunächst gilt festzuhalten: Die Ursache der Misere ist der Schulbaunotstand und nicht das Anmeldeverfahren.

(Beifall bei der LINKEN und bei Teilen der SPD)

Das Anmeldeverfahren gibt es in dieser Form seit Jahren. Es wird aber vor dem Hintergrund des Schulbaunotstands zunehmend antiquierter und muss dringend verändert werden; das ist richtig.

Schon 2016 hatte die damalige Bildungsdezernentin Agnes Klein den Schulbaunotstand ausgerufen.

(Teresa De Bellis-Olinger [CDU]: Aber erreicht hat sie nichts!)

Mittlerweile - - Ja, es ist seitdem etwas passiert; das kann man einräumen.

(Teresa De Bellis-Olinger [CDU]: Ja, seitdem!)

Aber ganz offensichtlich wird das - das sehen wir - der Situation noch nicht gerecht. Im letzten Jahr hatten wir 1.000 fehlende Gesamtschulplätze. Dieses Jahr haben wir 700. Das geht bei den Gesamtschulen immer in Wellenbewegungen. Im Jahr davor waren es auch 695 und davor wiederum 1.000. Das heißt: Das ist dieses Jahr vielleicht nur die Talsohle, und nächstes Jahr melden wieder mehr Eltern ihre Kinder dort an.

Schulbau, Schulbau, Schulbau - diese Pflichtaufgabe für die Jugend müsste eigentlich die gesamte Verwaltung als Ganzes durchdringen. Der Baudezernent und der Schuldezernent haben in den vergangenen Jahren etwas erreicht; das ist richtig.

Aber warum - diese Frage stellt sich zum Beispiel - hat die Stadt Köln so einen immensen Mangel an Flächen für den Schulbau? Sie bedienen im Moment die Interessen großer Investoren und Investorinnen, die eine Fläche mitbringen und so ein gutes Geschäft mit dem Bau einer Schule und ihrem Betrieb machen. Das ist eine Baustrategie, die auf dem Flächenmangel beruht. Da fragt man sich: Warum gehen Sie den Flächenmangel nicht direkt an?

Wir haben es vor zwei oder drei Jahren endlich geschafft, dass ernsthaft über das Erbbaurecht gesprochen wird.

Aber viel zu spät verabschiedet sich die Stadt von dem Gedanken - davon hat sie sich auch noch nicht ganz verabschiedet -, Flächen möglichst schnell wieder loszuschlagen. Wir haben heute ja die Fläche in Köln-Kalk auf der Tagesordnung gehabt, die jetzt erst einmal heruntergenommen wurde.

Seit Jahren gibt es also keine übergreifende Flächenstrategie der Stadt. Die Elterninitiative „Die Abgelehnten“ hat deshalb auch aus guten Gründen recht, Frau Reker. Machen Sie das bitte zur Chefsache. Kümmern Sie sich darum, dass der Schulbaunotstand und die Probleme bei den Anmeldungen beseitigt werden.

(Beifall bei der LINKEN)

Der Schulbaunotstand, der bei den Gesamtschulen im Grunde seit 15 Jahren existiert, hat dann auch die Gymnasien erfasst, und zwar ganz massiv. Jetzt schlägt tragischerweise auch auf die Grundschulen voll durch.

Deshalb müssen schnellstens Maßnahmen ergriffen werden, und zwar von Rat und Verwaltung. Da



ist nicht nur die Verwaltung gefragt, die mit Sicherheit gute Vorschläge machen kann. Der Rat muss jetzt auch Gelder bewilligen, damit zum Beispiel Container bzw. Modulbauten aufgestellt werden können und Räume in der Nähe von Schulen angemietet werden können. Außerdem muss die Schulverwaltung in den Stand versetzt werden, mit der Bezirksregierung über die Schaffung von Lehrer- und Lehrerinnenstellen an diesen Schulen zu sprechen.

Bei den Gesamtschulen soll die Lücke im nächsten Jahr halbiert sein. Ich hoffe es. Allerdings wissen wir genau, welche Folgen es in Fällen gab, in denen gut funktionierende Gesamtschulen von der Stadt geschaffen wurden. Nehmen wir den Stadtbezirk Ehrenfeld. Dort führte die Eröffnung von sehr guten Gesamtschulen dazu, dass die Zahl der Anmeldungen noch weiter in die Höhe ging. Im Stadtbezirk Ehrenfeld verdoppelte sich vor einigen Jahren die Zahl der angemeldeten Kinder nahezu.

Deshalb sollten wir im Schulausschuss und dann vielleicht auch im Rat einmal diskutieren, ob es nicht eine Mindestzahl von Gesamtschulen pro Stadtbezirk geben muss. Das könnten drei Gesamtschulen pro Stadtbezirk sein.

Ich komme zum Schluss. Aus der heutigen aktuellen Stunde heraus müssten wir jetzt Verabredungen über Notmaßnahmen treffen und uns darüber klar werden, wie wir mit der Baustrategie und mit der Bekämpfung des Schulbaunotstandes weitermachen.

(Beifall bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Ruffen das Wort.

Stefanie Ruffen (FDP): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kollegen! Liebe Eltern und Gäste auf der Tribüne! Lieber Emil! Ich bin arg verwundert. Zwar danke ich den Kollegen dafür, dass sie auf Initiative der FDP hier eine aktuelle Stunde mit uns durchführen. Aber warum Sie das Thema, nämlich das Anmeldeverfahren, das hier komplett schiefgelaufen ist, alle ein bisschen aussparen, ist mir wirklich ein Rätsel.

(Beifall bei der FDP und bei Teilen der CDU - Beifall auf der Zuschauertribüne)

Ich versuche es einmal mit einer kleinen Geschichte, die sich in diesem Jahr so abgespielt haben könnte und vermutlich bei einigen auch so abgespielt hat.

Der fiktive Held meiner Geschichte heißt Jonas. Jonas wohnt mit seiner Familie in unmittelbarer Nachbarschaft einer Gesamtschule. In Klammern: Ja, auch die FDP hat kein Problem mit Gesamtschulen.

(Oliver Seeck [SPD]: Echt?)

Weil auch viele seiner Freunde dorthin wollen, meldet er sich mit seinem Anmeldeschein direkt am 20. Januar dieses Jahres dort an.

Jetzt heißt es erst einmal zittern; denn die ersehnte Antwort kommt erst am 3. Februar. Leider liegt dieser der Anmeldeschein wieder bei; denn es handelt sich um eine Absage.

Jonas hat glücklicherweise eine gymnasiale Empfehlung, weshalb seine Eltern und er direkt am 6. Februar mit dem dann startenden Verfahren für alle anderen weiterführenden Schulen zum Gymnasium X gehen. Sie melden Jonas an und nennen das Gymnasium Y als Zweitwunsch. Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung hatte die Berücksichtigung des Zweitwunsches ausdrücklich gewollt.

Durch Karneval, was in Köln immer ganz überraschend kommt, erkrankte Briefzusteller und vor allem dadurch, dass die Schulen die Benachrichtigungen alle unterschiedlich versenden, obwohl es anders geplant war, erfahren Jonas und seine Eltern nach dem 24. Februar, dass es auch mit dem gewünschten Gymnasium nichts geworden ist, während viele Freunde von Jonas schon seit einer Woche wissen, an welche Schule sie nach den Sommerferien wechseln.

Der Absage liegt nicht nur der bekannte Anmeldeschein bei, sondern auch eine Liste mit Schulen, die noch freie Kapazitäten haben. Die Familie von Jonas wundert sich jetzt nicht, dass die Anzahl der freien Plätze nicht angegeben ist. Man könnte sich darüber wundern. Aber sie tut es nicht, ist sie doch erleichtert, dass die Zweitwunschschule darunter ist. Insofern wähnt man sich im siebten Himmel.

Wie groß die Verwunderung ist, dass man am 6. März erneut ins Anmeldeverfahren muss, kann hier sicher jeder nachvollziehen.

Liebe Verwaltung, das war nicht die Idee von einer Zweitwunschanmeldung.



(Beifall bei der FDP und bei Teilen der CDU - Beifall auf der Zuschauertribüne)

Ich erinnere daran, dass wir es früher doch schon einmal geschafft hatten, dass die Kinder direkt an die Zweitwunschschule weitergereicht wurden.

Dass Anfragen von Eltern an die Verwaltung diesbezüglich auch noch ins Leere gehen, überrascht da nicht mehr.

Nach der Anmeldung von Jonas an der Zweitwunschschule ist man kurzzeitig etwas abgelenkt, da die Familie gerade erfahren hat, dass Jonas' kleine Schwester Nina den Platz an der nahe gelegenen Grundschule nicht bekommen hat und zukünftig vermutlich mit dem Auto in eine 30 Minuten entfernte Schule gebracht werden muss. Der Vater überlegt, ob er in Teilzeit geht, um die Zeit zu haben, das jüngste Kind zukünftig zu fahren und aktuell weiterhin am Anmeldeverfahren der weiterführenden Schulen teilnehmen zu können.

Inzwischen trudeln die Bescheide für die zweite Anmeldephase an den weiterführenden Schulen auch bei vereinzelt Familien ein. Denn auch hier wurde die Verschickung nicht zentral organisiert, sondern jede Schule macht das ein bisschen so, wie sie will.

Jonas' Zweitwunschschule hält sich leider an die vorgegebenen Fristen und versendet die Bescheide erst am 17. März. Jonas und seine Familie erfahren am 20. März, also vor drei Tagen, dass es schon wieder nicht funktioniert hat.

Wie die Geschichte nun weitergeht, kann ich Ihnen nicht sagen; denn das Verfahren geht ja noch weiter.

Ich will aber noch einmal zusammenfassen: Seit dem 20. Januar haben Jonas' Eltern ihn dreimal angemeldet und dreimal eine Absage erhalten. Nach exakt drei Monaten wissen sie immer noch nicht, an welche Schule Jonas zukünftig gehen wird. Muss er auch gebracht werden, weil der Weg zu weit ist? Ist das mit einem zeitlich reduzierten Job zu schaffen, wenn Jonas vielleicht räumlich genau entgegengesetzt zu seiner Schwester Nina eine Schule besuchen wird?

Sehr geehrte Damen und Herren, trotz Schulplatznot - und an der ist auch mit enormer Bautätigkeit so schnell nichts zu beschönigen - kann ein Anmeldeverfahren auch würdig und zugewandt sein. Vielleicht muss es sogar wegen der Schulplatznot besonders zugewandt sein.

(Beifall bei der FDP - Beifall auf der Zuschauertribüne)

Das aktuelle Verfahren, welches im November 2022 gegen unsere Stimmen, also gegen die Stimmen der FDP, von allen anderen hier beschlossen wurde und dann auch noch mit Fehlern durchgeführt wurde - sei es, dass es auf einmal „First Come, First Served“ hieß; sei es, dass der Zweitwunsch nicht berücksichtigt wurde bzw. wird; sei es, dass Eltern salbungsvolle Massen-E-Mails bekommen, aber keine wirkliche Unterstützung -, ist weder zugewandt noch würdig.

Leider kann man das Rennen zu einem solchen späten Zeitpunkt nicht mehr gewinnen. Man kann aber wenigstens versuchen, jetzt so schnell und so gut wie möglich ins Ziel zu kommen.

Dazu gehört, dass die Verwaltung, wie schon im ASW - für die Nichtkenner: im Schulausschuss - gefordert, aktiv auf die erneut abgelehnten Schülerinnen und Schüler zugeht und dafür Sorge trägt, dass für jedes Kind ein angemessener Platz gefunden wird.

Zurzeit bekommen die Kinder eine freundliche Mail, in der steht, dass es nicht an ihnen liegt, sondern nur Pech ist - und die Eltern können anrufen. Leider machen das viele vergebens.

Ein Schulplatz ist keine Holschuld der Familien, sondern eine Bringschuld der Stadt.

(Beifall bei der FDP - Beifall auf der Zuschauertribüne)

Hierfür sind jetzt alle Register zu ziehen - anfangen bei der Frequenzerhöhung in den besonders gefragten Schulen bis hin zu mehr Klassen.

Nein, man kann nicht stolz darauf sein, dass man keine Mehrklassen bildet, solange noch Kinder auf der Straße sitzen und keinen Schulplatz haben. Und eine Zügigkeitserweiterung ist am Anfang erst einmal das Gleiche, Herr Voigtsberger.

Das Ministerium muss auch hier gebeten werden, dass es vielleicht mal wieder ein Auge für Köln zu drückt, weil wir es vorher nicht geschafft haben, richtig zu rechnen.

Weiterhin brauchen wir diese Lösung auch für Grundschulen.

Hier sollten wir vor allem dafür Sorge tragen, dass sauber verteilt wird. Es kann nicht sein, dass Kinder im Alter von fünf bis zehn Jahren quer durch die Stadt pendeln. Aus pädagogischen, gesundheitlichen und ökologischen Gründen versuchen



viele Grundschulen, die berühmten Elterntaxis abzuschaffen, während wir mit der Schulplatzvergabe diese sogar befördern. Das kann nicht unser Ernst sein.

(Beifall bei der FDP - Beifall auf der Zuschauertribüne)

Sehr geehrte Damen und Herren, gerne würde ich sagen: Das muss besser werden. - Aber wenn etwas von so weit unten kommt, reicht „besser werden“ wirklich nicht aus. Wir brauchen neben den Schulplätzen ein Anmeldeverfahren, das den Namen „Verfahren“ verdient und in unsere Zeit passt.

Wir müssen den Prozess hier endlich digitalisieren. Entschuldigen Sie, Herr Voigtsberger. Auch wenn Eltern mit dem Anmeldeschein persönlich zur Schule müssen, gilt für den Prozess des Eintragens, des Verteilens und vor allen Dingen des transparenten Auslosens: Das kann man alles digitalisieren und unglaublich beschleunigen, egal was das Schulgesetz an der Stelle sagt.

Wir sollten alle Anmeldungen an weiterführenden Schulen zusammenfassen. Wir müssen einen Prozess haben, der sicherstellt, dass Kinder zwar vielleicht nicht an die Wunschschule kommen - davon sind wir wirklich noch weit entfernt; dazu ist heute alles gesagt worden -, aber dass das Verfahren zumindest in kürzester Zeit abgeschlossen werden kann. Denn lieber ein Ende mit hoffentlich kleinem Schrecken als ein Schrecken ohne Ende. - Danke schön.

(Beifall bei der FDP - Beifall auf der Zuschauertribüne)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Jeschka das Wort.

Manuel Uwe Jeschka (Volt): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Damen und Herren! Ich hatte eine Rede vorbereitet, die ich jetzt nicht halten werde. Denn ich muss sagen: Ich bin baff. Ich bin baff, und ich schäme mich in dieser aktuellen Stunde, ehrlich gesagt, dass ich Teil dieses Rates bin. Was Sie sich eben geleistet haben, ist ein absolutes Unding. Sie tragen hier persönliche Fehden aus und keifen sich an wie Kinder.

Die Eltern sitzen oben auf der Tribüne und wissen, glaube ich, gar nicht, was hier passiert.

(Michael Weisenstein [DIE LINKE]: Das wissen sie wahrscheinlich schon!)

Wir wissen doch alle, wo die Probleme liegen. Insofern müssen wir alle hier gemeinsam an einem Strang ziehen - anstatt sich gegenseitig die Schuld zuzuschieben und zu sagen, wer in den letzten drei Jahren oder in den letzten drei Jahrzehnten die Schuld hatte.

(Beifall auf der Zuschauertribüne)

Letztendlich sind wir alle daran beteiligt - die Verwaltung, die Politik, Volt, die CDU, die SPD, die Grünen, die FDP. Wir alle sind dafür verantwortlich, wie es in dieser Stadt zu laufen hat. Und wenn es darum geht, wie es mit der Schulplatzvergabe läuft, haben wir am Ende des Tages alle versagt. Dieses Verfahren hat nicht funktioniert.

Wir haben zu wenige Plätze. Zwar geht es voran. Aber letztendlich sollten wir so eine aktuelle Stunde doch nutzen, um hier konstruktive Lösungsvorschläge zu machen, und nicht, um sich gegenseitig die Schuld in die Schuhe zu schieben. - Danke schön.

(Beifall bei Volt - Beifall auf der Zuschauertribüne)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Büschges.

Matthias Büschges (AfD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Verehrtes Publikum auf der Tribüne und am Livestream! Das Schulanmeldeverfahren beschäftigt uns heute nicht zum ersten Mal; vermutlich wird es aber auch nicht das letzte Mal sein. Vor ungefähr einem Jahr standen wir schon einmal einer aktuellen Stunde des Ratsbündnisses gegenüber, die damals die Schulplatz-Tombola, also das Schulanmeldeverfahren an Kölner Schulen, zum Thema hatte. Dieses Mal ist es fast identisch. Herr Seeck hat es ja gesagt. Es erinnert ein bisschen an den besagten Film.

Da ist der Begriff „aktuelle Stunde“ eigentlich falsch. Wir hätten damals schon einen wichtigen Beschluss fassen müssen. Das wurde, meine Kollegen und Kolleginnen, von Ihnen versäumt. Deswegen sehen wir uns mit dem Thema heute erneut konfrontiert.

Ich könnte eigentlich auch meinen Redebeitrag aus dem letzten Jahr wiederholen, beginne aber einmal mit etwas Gutem, nämlich einem Zitat aus „Faust“:



Die Botschaft hör ich wohl,
allein mir fehlt der Glaube.

Wir haben im vergangenen Jahr schon gefordert, dass wir zeitnah Lösungen brauchen, die dieses Problem lösen, und zwar zum Schuljahr 2022/23. Das wurde von Ihnen ganz mutig abgelehnt. Für Sie war die Situation nicht so schlimm. Sie haben damals die Notwendigkeit nicht formuliert und gedacht, dass vielleicht alles gut wird. Auch Sie, Herr Seeck, haben das gedacht.

Ein Jahr später, also heute, hat sich die Situation natürlich verschärft. Die aktuelle Stunde aus dem letzten Jahr war offensichtlich ergebnislos.

(Beifall bei der AfD)

Was ich schon damals angesprochen habe, sollte spätestens jetzt eine Umsetzung erfolgen. Wir müssen dringend kurzfristige, aber auch langfristige Lösungen erarbeiten und zeitnah umsetzen. Wir müssen dringend Arbeitsaufträge ganz klar formulieren und genau adressieren.

Sie, geschätzte Ratskollegen, sind jetzt aber auch in Erklärungsnot dahin gehend, das Problem offensichtlich erst zu erkennen, wenn es schon viel zu spät ist.

Wir sind der Meinung, dass eine reine Digitalisierung, wie Frau Ruffen sie angesprochen hat, da auch nicht unbedingt helfen wird. An dieser Stelle verweise ich auf das Portal LITTLE BIRD mit, um es freundlich zu sagen, erheblichem Verbesserungsbedarf.

Ich zitiere aus Ihrem - ich bin einmal ganz mutig und nenne es so - Antrag: Wir sollen uns

über das diesjährige und zukünftig weiter zu verbessernde Anmelde- und Verteilungsverfahren für Grund- und weiterführende Schulen austauschen und diskutieren, welche Konsequenzen zu ziehen sind, aber vor allem, wie man die betroffenen Familien für das kommende Schuljahr noch unterstützen kann.

Das können Sie doch nicht ernst meinen. Dass sich die Eltern, die wieder wie im letzten Jahr zitternd zum Briefkasten gehen müssen und für die es ein riesiger Aufwand werden wird, ihr Kind im schlimmsten Fall quer durch die Stadt zur Schule zu fahren, damit abfinden sollen, dass wir heute darüber nur diskutieren, ist beschämend - beschämend für den Stadtrat und beschämend für jeden, der Kinder hat und im schlimmsten Fall vor genau dieser Situation stehen wird.

Ja, Sie können jetzt auch sagen: Liebe AfD-Fraktion, hätten Sie mal einen Antrag mit einem Arbeitsauftrag gestellt. - Aber wir haben im letzten Jahr, als wir das gemacht haben, festgestellt: Das war für Sie nur ein Tagesordnungspunkt, der, nachdem darüber gesprochen worden war, einfach so abgehakt wurde, als ob nichts gewesen wäre.

Zweifellos muss man aber noch einige Dinge ansprechen. Die Stadtverwaltung hat ihren Kompass verloren. Wir werden hier später zum Beispiel ein ausführliches Gutachten beschließen, das sich auf viele Bereiche der Entwicklung unserer Stadt auswirken wird. Allein diese Verwaltungsleistung hätten wir doch schon in dieses Anmelde- und Verteilungsverfahren stecken sollen.

Wir setzen ganz offensichtlich sowohl als Stadtrat als auch als Verwaltung die falschen Prioritäten.

(Beifall bei der AfD)

Ganz hoch im Kurs stehen Gender und Klima. Alles andere scheint in der Prioritätenliste erst weit dahinter zu kommen.

Die Verwaltung kommt ganz offensichtlich einigen ihrer ureigenen Aufgaben nicht nach - angefangen bei der Beantragung von Ausweisdokumenten. Die Menschen stehen Schlange vor den Bürgerämtern und schütteln den Kopf. Das kann doch nicht sein. Und das ist es noch nicht gewesen.

Das vorliegende Thema ist also ein Paradebeispiel von sowohl falscher Prioritätensetzung als auch - und das ist noch viel wichtiger - politischem Unwillen. Wo ist denn jetzt das Gestaltungsbündnis?

Im letzten Jahr - ich habe es schon gesagt - hätten Sie einen Antrag meiner Fraktion beschließen können. Wir hätten das Thema Schulplatzmangel oder Schulplatz-Tombola viel früher und viel intensiver bearbeiten können. Das haben Sie versäumt, und dafür tragen Sie die Verantwortung.

(Beifall bei der AfD)

Ich kann Ihnen aber nach der heutigen Debatte versichern, dass wir mit Nachdruck in der nächsten Sitzung des Schulausschusses Ende April und in der Sitzung des Rates genau dies zum Thema machen werden. - Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Hock.



Michael Hock (Die FRAKTION): Meine Damen und Herren! Liebe Kolleg*innen! Liebe Frau Reker! Liebe Gäste! In der Tat hatten wir vor etwa einem Jahr, am 5. Mai 2022, schon einmal eine aktuelle Stunde. „Schulanmeldeverfahren: gerecht, rechtssicher und zielführend!“ war der Titel dieser aktuellen Stunde, vor die das Verwaltungsbündnis gestellt worden ist. Mir ist nicht viel von der Debatte damals in Erinnerung. Allerdings kann ich mich an die Worte „Köln hasst Kinder“ meiner Kollegin Dickas, die für uns gesprochen hat, erinnern.

Ich fand das damals ein bisschen heftig. In der Zwischenzeit hat es sich aber bestätigt. Frau Dickas ist selbst mehrfache Mutter und inzwischen auch mehrfache Großmutter. Sie weiß also, wovon sie redet.

Kindheit in Köln bedeutet heute lange Schulwege mit der KVB oder dem elterlichen Auto und eine Schulzeit in Modulbauten, Provisorien oder Interims. Tatsächlich gibt es junge Kölner*innen, die ihre gesamte Schulzeit in solchen Gebäuden verbracht haben.

Dabei hatten sie wahrscheinlich noch das Glück, einen Platz an ihrer Wunschschule zu bekommen. Das ist heute nicht mehr so.

Waren früher das Fächerangebot oder die Zeugnisnoten entscheidend für die Wahl der weiterführenden Schule, so ist es heute die Frage, ob die Stadt Köln rechtzeitig einen leistungsfähigen Investor findet, der auf seinem Grundstück ein Schulgebäude errichtet - manchmal auf einem Grundstück, das er gerade erst von der Stadt gekauft hat.

Oder es hängt davon ab, ob die Gebäudewirtschaft oder die Schulbau-GmbH qualifiziertes Personal akquirieren kann. Denn Fachkräfte sind Mangelware - was vielleicht auch daran liegt, dass eine Stadt wie Köln, die viertgrößte Stadt Deutschlands, es seit Jahren nicht schafft, ein verlässliches und ausreichendes Schulangebot bereitzustellen, in dem ebenjene Fachkräfte hätten zur Schule gehen können. Das ist mehr als peinlich.

Unser Ratsinformationssystem ist voll von klugen Anträgen zum Schulbau und zur Schulentwicklung und von nachdrücklichen Aufforderungen an die Verwaltung, jetzt endlich Performance auf die Strecke zu kriegen und die Umsetzung zu beschleunigen.

Dennoch gerät die Stadt in jedem Winter in Panik, noch mehr Klassenzüge in die überfüllten Schulen

zu quetschen und die Schulhöfe mit weiteren Behelfsbauten zuzustellen.

Die Probleme bei der Bereitstellung von Schulplätzen reihen sich in einen Komplex von Versäumnissen, Desinteressen und Unterfinanzierung der öffentlichen Daseinsvorsorge ein. Während sich die Stadtspitze lieber beim Vergraben von Glasfaserkabeln und Bereitstellen von Millionen für kulturelle Prestigeprojekte fotografieren lässt, werden öffentliche Gebäude, Krankenhäuser und Verkehrsinfrastruktur sowie deren Ausbau vernachlässigt.

So wichtig der Glasfaserbau ist: Die Standortentscheidung für Start-ups, Gaming, Biotech-Unternehmen und Kölsch-Brauereien hängt auch von solchen vermeintlich selbstverständlichen Dingen wie dem Angebot an Schulplätzen ab. Sonst wandern diese Unternehmen alle nach Hürth ab, wo das anscheinend besser klappt.

Wir von der Fraktion Die FRAKTION halten diese Entwicklung für besorgniserregend und fordern Sie auf, Frau Oberbürgermeisterin Reker, endlich aktiv zu werden. Machen Sie Schulanmeldungen und Schulbau zur Cheffinnensache, was bei der Oper ja auch einiges gebracht hat. Unsere Schülerinnen und Schüler sollten Ihnen das wert sein.
- Vielen Dank.

(Beifall bei der FRAKTION)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Gabriel, wünschen Sie das Wort?

(Ngoc-Anh Gabriel [KLIMA FREUNDE] schüttelt den Kopf)

Dann spricht jetzt Herr Zimmermann.

Thor-Geir Zimmermann (GUT Köln): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Kolleg*innen! Sehr geehrte Besucher*innen und Zuschauer*innen am Livestream! Ich bin 1986 mit meiner Schullaufbahn fertig geworden. Damals hatte ich gehofft, mich nie wieder mit diesem Thema beschäftigen zu müssen. Ich war kein guter Schüler, habe aber immerhin ein Baden-Württemberg-Abitur -

(Zurufe: Oh! - Weitere Zurufe)

und das gilt, glaube ich, bis heute etwas. Dann bin ich hier in den Rat gekommen.



Lieber Manuel Jeschka, das war gerade keine scharfe Debatte. Natürlich ist das Hin-und-her-Schieben von Verantwortung ein bisschen eigenartig. Aber das gehört nun einmal dazu. Man muss den Außenstehenden ja erklären, dass der Beigeordnete, der für Schule zuständig ist, von der SPD vorgeschlagen wurde - und die anderen eben nicht. Das muss man wissen. Damit erklärt sich das alles auch nach außen. Das ist aber ganz normal und nichts besonders Scharfes. Die Debatte, die früher über Gymnasium oder Gesamtschule geführt wurden, waren wesentlich ideologischer belastet als diese Diskussion heute.

Lieber Michael Hock, Köln hasst keine Kinder. Köln ist eine ausgezeichnete Kinderfreundliche Kommune - mit Brief und Siegel.

(Beifall bei der CDU)

Dazu kann man stehen, wie man will.

Zu den mangelnden Plätzen an den Grundschulen und an den Gesamtschulen wie auch an den Gymnasien: Wie ich gerade schon in meiner Zwischenfrage an Herrn Dr. Schlieben angerissen hatte - das ist mir noch einmal wichtig; deswegen wollte ich hier auch sprechen -, ist der Begriff „Wunschschule“ für mich bei dem derzeitigen Anmeldesystem vollkommen irreführend. Er suggeriert ein bisschen, dass die Eltern sich aussuchen könnten oder dürften oder wollten, auf welche Schule ihr Kind kommt.

Nun könnten andere entgegnen: Das ist kein Wunschkonzert. Man muss halt das nehmen, was man kriegt. - Aber genau so ist es auch. Man muss das nehmen, was man kriegt. Es ist eben ganz oft nicht die Wunschschule.

Zur Grundschule: Ich möchte kurz darlegen, dass das Problem eigentlich viel größer ist als nur die quantitative Anzahl von Plätzen, die wir an Grundschulen, an Gymnasien oder an Gesamtschulen haben. Bei der Grundschule haben wir auch heute noch - - Und ich bin inzwischen selbst zweimal Vater geworden - das eine Kind an der Grundschule, das andere am Gymnasium.

(Beifall bei Teilen der SPD)

Ich kenne viele Eltern, wie wir alle. Viele Lehrer*innen kenne ich inzwischen auch, mehr als genug. Ich weiß also ebenfalls, wovon ich spreche.

An der Grundschule haben wir bis heute, im Jahr 2023, die meines Erachtens fragwürdige Aufteilung zwischen Bekenntnisschulen bzw. Konfessionsschulen oder katholischen Grundschulen und

Gemeinschaftsgrundschulen. Meines Erachtens ist das ein Unding. Ich weiß aber, dass es eine Sache der Verfassung des Landes NRW ist und dass Eltern diese Schulen zwar entweihen können, dass sich aber kaum ein Elternteil traut, dies zu tun, weil das natürlich für viel Aufruhr sorgen würde. Schon da fängt aber die Entscheidung an, die Eltern treffen müssen: Melden sie ihr Kind mit Erstwunsch an der katholischen Grundschule oder an der Gemeinschaftsgrundschule an?

Da geht es natürlich auch um Wohnortnähe und weitere Dinge, die die Entscheidungen alle mit beeinflussen. Aber es kommt am Ende dazu, dass auf einer katholischen Grundschule manchmal die katholisch getauften Kinder in der Minderheit sind, dort aber, ich sage jetzt einmal etwas lapidar, Unterricht erleben oder auch eine Praxis erleben, der oder die auf die Religionszugehörigkeit eher keine Rücksicht nimmt. Da kriegen Kinder ein Aschekreuz auf die Stirn gedrückt, auch wenn sie muslimischen Glaubens sind. Das passiert dann schon mal.

Da fängt das ganze Problem schon an, dass diese Wahlfreiheit, die suggeriert wird, gar nicht besteht.

Ein Appell an die Eltern - das habe ich selbst schon erlebt -: Lassen Sie sich nicht spalten. Es gibt Eltern, die einen Platz an einer tollen Schule haben, und es gibt Eltern, die keinen Platz haben. Da sind wir beim Thema Zügigkeitserweiterung. Ich kenne Grundschulen, an denen sich die Eltern und sogar das Direktorium gegen eine Zügigkeitserweiterung wehren, weil sie eine kleine, kuschelige Schule bleiben wollen.

Das ist natürlich äußerst unsolidarisch gegenüber den Eltern, die später noch kommen und diese Plätze dann eben nicht kriegen. Da muss man wirklich auch in die Schulen gehen und sagen: Wenn eine Zügigkeitserweiterung machbar ist oder angeboten wird, dann nehmt das um Himmels willen an, auch wenn eure Grundschule vielleicht nicht mehr zweizügig ist, sondern später drei-, vier- oder gar fünfzügig; aber diese Plätze brauchen wir.

Dann kommen die Kinder aus der Grundschule. Viele haben eine Gymnasialempfehlung in der Tasche. Das ist das nächste Problem. Viele Grundschüler bekommen eine Gymnasialempfehlung, weil es keine Plätze auf Gesamtschulen gibt. Das werden Ihnen viele Gymnasiallehrer bestätigen. Sie wundern sich, was für Kinder in die Klassen kommen, die sie nach der Orientierungsstufe wieder herauschicken müssen. Die Kinder empfinden das als Schmach. Die Eltern hatten Hoffnung,



dass ihr Kind das Gymnasium bewältigt. Sie müssen dann feststellen, dass es auf dem Gymnasium vollkommen fehlplatziert war und eigentlich auf eine Gesamtschule gehört hätte oder dort eine bessere Chance gehabt hätte. Aber diese Plätze gibt es eben nicht. Es gibt sie auch in zwei oder drei Jahren noch nicht ausreichend, weil eigentlich viel mehr Kinder auf diese Schulform gehören, als Plätze gebaut werden.

Ein anderes Problem: Was geschieht mit den von mir gerade angesprochenen Rückläufern, die die Orientierungsstufe auf dem Gymnasium, wo sie erst einmal einen Platz ergatterten konnten, weil sie keinen Gesamtschulplatz bekommen haben, nicht bestehen? Sie werden in der Regel nicht auf die Gesamtschule geschickt - denn da gibt es keine Plätze -, sondern landen dann auf der Realschule. Und auch dort muss man erst einmal einen Platz kriegen und finden, der dem Elternwillen und auch dem Willen der Schülerin oder des Schülers entspricht.

Das waren nur einige Dinge, die ich noch kurz anreißen wollte. Es kann also überhaupt nicht die Rede davon sein, dass wir nur die Zahl der Plätze hochskalieren müssen. Vielmehr müssen wir auch - auf Landesebene übrigens - für ein wesentlich gerechteres Bildungssystem sorgen. Und wir brauchen wirklich deutlich mehr Schulplätze, damit Eltern eine Wahlfreiheit haben. Da geht es nicht um Jux, sondern um Kindeswohl. Das sollte sich eine Kinderfreundliche Kommune in naher Zukunft ans Revers heften. - Danke schön.

(Beifall auf der Zuschauertribüne)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir können jetzt die aktuelle Stunde abschließen. Ich schlage Ihnen vor, die Sache zur weiteren Bearbeitung an die Verwaltung zu überweisen. - Herr Büschges.

Matthias Büschges (AfD): Ich möchte eine alternative Vorgehensweise vorschlagen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Sie wissen, wie die aktuelle Stunde abzuschließen ist?

Matthias Büschges (AfD): Genau; richtig.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Sie kennen § 5 Abs. 10 der Geschäftsordnung?

Matthias Büschges (AfD): Frau Reker, den kenne ich.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Gut. Dann stellen Sie Ihren Antrag. Ich habe ja offen gefragt.

Matthias Büschges (AfD): Genau. - In den zuständigen Fachausschuss für Schule und Weiterbildung Ende April dieses Jahres.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich lasse darüber abstimmen. Wer ist für den Antrag von Herrn Büschges, die Sache entsprechend zu überweisen? - Das ist die AfD-Fraktion. Gibt es Enthaltungen? - Keine.

Dann schlage ich noch einmal vor, die Sache zur weiteren Bearbeitung an die Verwaltung zu überweisen. Gibt es Gegenstimmen? - Der AfD-Fraktion. Enthaltungen? - Keine. Damit ist sie an die Verwaltung überwiesen.

Meine Damen und Herren, ich rufe auf:

2 Annahme von Schenkungen/Vermächtnissen/Erbschaften

2.1 Schenkung zweier Elfenbeinreliefs aus süddeutschem Privatbesitz an das Museum Schnütgen 0548/2023

Hier wird uns eine Schenkung angetragen. Es handelt sich um zwei Elfenbeinreliefs aus süddeutschem Privatbesitz, die sicherlich die Sammlung mittelalterlicher Elfenbeinskulpturen im Museum Schnütgen vervollständigen würden.

Ich lasse darüber abstimmen. Wer der Annahme dieser Schenkung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktion DIE LINKE, die SPD, Bündnis 90/Die Grünen, die CDU, die FDP, Volt, Die FRAKTION und Herr Zimmermann. Enthält sich jemand? - Frau Gabriel und die AfD enthalten sich. Damit ist diese Schenkung angenommen.

Ich bedanke mich sehr herzlich für die großzügige Schenkung.

(Beifall)

Jetzt kommen wir zu:

3 Anträge des Rates/Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen



3.1 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

Tagesordnungspunkt

3.1.1 Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Volt für den Rat betreffend „Maßnahmenpaket für die Sanierung und den Neubau von Sporthallen“

AN/0406/2023

Änderungsantrag der Fraktionen SPD und FDP

AN/0565/2023

Zunächst hat Herr Brust das Wort.

Gerhard Brust (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Es war jahrelang in Köln üblich, dass die Schulverwaltung, also das Dezernat IV, die Gebäudewirtschaft beauftragt hat, wenn neue Schulen gebaut werden sollten oder Generalsanierungen anstanden. Dann hat die Gebäudewirtschaft gesagt: Wir sind ausgelastet; wir können keine Aufträge mehr annehmen. - Daraufhin hieß es: Ihr müsst aber; wir brauchen das alles, und zwar sofort. - Dieser Streit ging jahrelang so. Das war sehr unproduktiv.

Wir, die Grünen und die CDU, haben immer gesagt: Die Fachverwaltung muss jetzt einmal Prioritäten festlegen. Ihr müsst sagen, welche Schulen ihr denn wirklich am dringendsten und als erste braucht. Es kann nicht sein, dass die Gebäudewirtschaft sich aussucht, was zuerst gebaut wird.

Zum Ende der Dienstzeit von Frau Dr. Klein ist es endlich gelungen, dass ein Schulbaumaßnahmenpaket mit klaren Prioritäten vorgelegt wurde. Das war die Grundlage dafür, dass heute der Schulbau enorm Fahrt aufnehmen konnte.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Nach den Kriterien, die damals festgelegt worden sind, hatte erste Priorität, dass neue Schulplätze geschaffen werden müssen. Das war das Hauptkriterium. So ist die Liste entstanden.

Als Kollateralschaden, der dabei entstanden ist, sind Dinge wie Sporthallen, mit denen keine Schulplätze geschaffen werden, hinten heruntergefallen. Wir sehen das in den letzten Jahren an

den zunehmenden Klagen darüber, dass die Vereine keine Trainingsmöglichkeiten mehr haben und dass die Schulen keinen Sportunterricht mehr machen können, weil zwar durch die Objektcenter der Gebäudewirtschaft in den einzelnen Bezirken Reparaturarbeiten durchgeführt werden, aber größere Generalsanierungen oder Neubauten, die nicht im Schulmaßnahmenpaket stehen, gar nicht mehr gemacht worden sind.

Als Bündnis haben wir dann vor einem Jahr im Sportausschuss die Anfrage gestellt, wie viele Schulturnhallen eigentlich noch nutzbar sind. Das Ergebnis war sehr erschreckend. Viele Schulturnhallen waren nicht mehr nutzbar oder nur noch eingeschränkt nutzbar.

Die Gebäudewirtschaft hat zum Glück direkt darauf reagiert und ein kleines Team von Spezialisten gebildet. Jetzt sind also nicht mehr die einzelnen Objektcenter in den Bezirken für die Reparatur der Turnhallen zuständig, sondern ein bezirksübergreifendes Team, das sich auf die verschiedenen Maßnahmen, die in den Turnhallen notwendig sind, spezialisieren kann.

Parallel dazu sind alle Turnhallen im Rahmen des Sportanlagen-Managementsystems begangen worden. Von allen Turnhallen sind die Schäden, die Reparaturmaßnahmen, die notwendig sind, usw. aufgenommen worden.

Für uns ist jetzt wichtig, dass nicht das Gleiche passiert wie früher und das Schulamt oder das Sportamt sagt: Wir brauchen das alles, und zwar sofort.

Deswegen beantragen wir heute - das ist der Kern unseres Antrags -, dass das Fachdezernat eine Prioritätenliste erstellt, in der steht, was wir zuerst brauchen und in welcher Reihenfolge die Gebäudewirtschaft das Ganze abarbeiten soll.

Das ist der Kern unseres Antrags. Deswegen können wir auch nicht die von der SPD vorgeschlagene Streichung des Punktes 3 übernehmen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Zu dem Änderungsantrag von SPD und FDP wird Herr Haeming gleich noch etwas sagen. Ansonsten denke ich, dass wir uns weitgehend einig sein dürften, dass wir dringend auch die Sanierung und den Neubau von Sporthallen brauchen. Deswegen gehe ich davon aus, dass wir hier gleich weitgehend einig abstimmen werden. - Danke schön.



(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen
und bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Haeming das Wort.

Eric Haeming (CDU): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Zuschauerinnen und Zuschauer! Vielen Dank, Gerd Brust, für die Einführung. Du hast mir schon einige Worte vorweggenommen.

Ich würde jetzt gerne ergänzen. Wie du bereits erwähnt hast, ist durch die Erstellung des Sportkatalogs im letzten Jahr und die Erfassung der Sanierungsbedürftigen und nicht nutzbaren Schul- und Vereinsturnhallen deutlich geworden, wie dramatisch die Situation auch in unseren Schul- und Vereinssporthallen ist und dass dringender Handlungsbedarf besteht.

Es darf natürlich nicht passieren, dass wir - du hast es auch schon gesagt, Gerd Brust - in die gleiche Situation wie bei den Schulbauten gelangen. Deswegen haben wir gemeinsam die Initiative ergriffen und diesen Antrag gestellt.

Wir wollen mit diesem Antrag die Verwaltung beauftragen, uns ein Maßnahmenpaket für die Sanierung und den Neubau von Schulsporthallen zeitnah vorzulegen. Die darin vorgeschlagenen konkreten Maßnahmen sollen in die aktuelle Schulbaumaßnahmenliste unter Angabe der jeweiligen Priorisierung aufgenommen werden.

Für sehr wichtig halte ich - das möchte ich hier noch einmal betonen -, dass der Schulbaumaßnahmenplan einschließlich der Schulbauprioritätenliste ausdrücklich beibehalten werden soll und sorgfältig mit dem Maßnahmenplan für die Sporthallen abgeglichen werden soll.

Wir haben die große Hoffnung, dass durch das Maßnahmenpaket die Verwaltung die notwendigen Sanierungen und Neubauten von Schulsporthallen koordiniert und vor allen Dingen schneller realisieren kann.

Ich würde gerne auf den Änderungsantrag - vielen Dank, liebe Kollegen von SPD und FDP - eingehen.

Zu Punkt 1: Der Aufnahme einer Vergabe an GU und TU steht nichts im Wege - wobei ich davon überzeugt bin, dass die Verwaltung das sowieso

schon berücksichtigt. Das würden wir aber gerne mit aufnehmen.

Zu Punkt 3: Wie Gerd Brust bereits gesagt hat, lehnen wir eine komplette Streichung unseres Punktes 3 - was hieße, dass der konkrete Maßnahmenplan uns nicht vorgelegt würde - ab. Sie schlagen vor, ihn durch die Prüfung der Beschaffung mindestens einer mobilen Sporthalle zu ersetzen. Dem können wir nicht zustimmen. Die Prüfung würde außerdem die wertvollen Kapazitäten, die wir für die Sanierung und den Bau von Sporthallen und im Schulbaumaßnahmenbereich brauchen, blockieren. Das sollten wir auf keinen Fall tun.

Zu Punkt 4: Ihr Änderungsantrag lautet, den Antrag um einen zusätzlichen Punkt zu erweitern. Hier geht es um die schnellstmögliche Wiederinbetriebnahme der nicht funktionierenden Lehrschwimmbecken. Die Umsetzung wie unter Punkt 1 beschrieben halten wir für mittragungswert. Allerdings sollten wir - das möchten wir bitte auch so vornehmen - den letzten Satz streichen, der da heißt:

Für die Sanierungen der Schulsporthalle und Lehrschwimmbecken liegt die Betriebsverantwortlichkeit bei Dezernat VI/26.

Das ist bekannt, glaube ich. Diesen Satz brauchen wir hier nicht.

Wenn die Kollegen von SPD und FDP dabei mitgehen würden, würden wir dem Änderungsantrag bzw. Zusatzantrag zustimmen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Jeschka das Wort.

Manuel Uwe Jeschka (Vlt): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauer*innen! Ich weiß noch gut, wie ich mich in der Schulzeit beim Sportunterricht gefühlt habe. Ich habe mich immer besonders darauf gefreut. Denn ich war, ähnlich wie Herr Zimmermann, nicht der beste Schüler, aber der - -

(Niklas Kienitz [CDU]: Sportlichste!)

- Auch nicht der sportlichste. Aber der Sportunterricht war immer eine willkommene Abwechslung für mich. Eine meiner Kunstlehrerinnen meinte



damals auch zu mir, ich solle den Kunstunterricht lieber durch Sportunterricht ersetzen. Das war natürlich nicht so nett, hatte aber seine Berechtigung.

Auf der anderen Seite hatte ich beim Sportunterricht aber auch nicht immer ein tolles Gefühl, weil die stickigen Hallen mit Matten, auf denen gefühlt schon unsere Eltern Sport getrieben haben, nicht die größte Begeisterung ausgelöst haben.

Die Kölner Schulsporthallen - wir haben es gerade gehört - sind lange vernachlässigt worden. Sei es drum! Wir gehen das jetzt an und freuen uns darüber, dass wir diesen Antrag hier gemeinsam stellen können.

Deswegen geht auch Dank an die SPD und die FDP für den Änderungsantrag, bei dem wir so mitgehen können, wie Herr Haeming das gerade dargestellt hat.

Ich bin froh, dass wir hier gemeinsam eine Lösung gefunden haben und dass die Verwaltung das dann auch schnellstmöglich angeht, sodass wir unseren Kindern in Zukunft neben mehr Schulplätzen auch ausreichend Sporthallen zur Verfügung stellen können, damit die Kinder ähnlich viel Spaß am Sportunterricht haben, wie ich es als Schüler hatte. - Danke schön.

(Beifall bei Volt und bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Philippi das Wort.

Franz Philippi (SPD): Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauer und Zuschauerinnen auf der Tribüne und an den digitalen Endgeräten! Seit der Kommunalwahl und der Konstituierung dieses Rates ist kaum eine Sportausschusssitzung vergangen, bei der wir uns nicht mit dem Thema „Sanierung von Schulsporthallen“ beschäftigt haben. Daher bin ich auch froh, dass wir uns heute einmal hier im Rat mit diesem Thema beschäftigen. Ich freue mich auch über die konstruktiven Redebeiträge, die wir bis jetzt gehört haben.

Ich will ein wenig sortieren und unseren Änderungsantrag erklären.

Auf der einen Seite haben wir die Schulbaumaßnahmenliste. Darin sind, wie wir vorhin vom Dezernenten gehört haben, 195 Maßnahmen aufge-

listet. Darunter sind natürlich auch Schulsporthallen, nämlich insgesamt - ich habe mich schlaugemacht - 67. Sie sind schon einmal in der Liste enthalten. Da wollen wir - das ist ja auch von Herrn Haeming richtig gesagt worden - nichts aufmachen. Daran wollen wir nicht herangehen. Auch die Priorisierung bleibt unverändert.

Auf der anderen Seite haben wir die restlichen Hallen, bei denen noch Sanierungsbedarf besteht. Die Sportverwaltung ist mit dem Sportanlagen-Managementsystem auf einem guten Weg, diese zu erfassen. Sie müssen dann tatsächlich priorisiert werden.

Wir von der SPD und der FDP sind der Meinung, dass der Plan, der im Antrag des Mehrheitsbündnisses unter Punkt 3 beschrieben wird, daher nicht erforderlich ist. Denn der Plan soll bis Ende 2023 erstellt sein, und dann soll es irgendwie weitergehen. Nach unserer Überzeugung müssen wir aber jetzt handeln. Wir müssen schnellstmöglich handeln und vielleicht mit den Hallen anfangen, bei denen die Schäden am geringsten sind und bei denen wir auch Synergieeffekte mit der Schulbaumaßnahmenliste haben.

(Beifall bei der SPD)

Da stimmen wir mit dem überein, was im *EXPRESS - Die Woche* in der letzten Woche stand. Zwar wird das dort noch einmal etwas martialisch beschrieben. Aber der Vorsitzende des Stadtsportbundes ist auch genau dieser Meinung und sagt: Wir brauchen keinen Plan und nicht eine zusätzliche Priorisierung; die Schulbaumaßnahmenliste und das Sportanlagen-Managementsystem, das Kataster, reichen aus.

Deshalb sind wir nach wie vor der Meinung, dass der Punkt 3 des Ursprungsantrags redundant ist.

Ich freue mich darüber, dass die Lehrschwimmbecken dann mit dazukommen. Wir erklären uns auch damit einverstanden, den letzten Satz zu streichen.

Was jetzt noch klärungsbedürftig ist, ist der Punkt 3 unseres Änderungsantrages, mit dem wir die Verwaltung bitten möchten, die Anschaffung, ob per Kauf oder per Miete, von mobilen Sporthallen zu prüfen. Schauen Sie da noch einmal hinein. Dazu hat Herr Haeming jetzt, glaube ich, nichts gesagt. Ich halte das für einen Punkt, der auch sehr überlegenswert ist. Es soll ein Prüfauftrag sein. Denken wir nur an die Zustände an der Heinrich-Böll-Gesamtschule in Chorweiler, wo seit Februar 2022 kein Sportunterricht stattfinden konnte und wo die Kinder und natürlich auch die



Erwachsenen im Stadtbezirk hin und her gefahren worden sind, um woanders Sport treiben zu müssen. Vor diesem Hintergrund ist das trotz der baurechtlichen Probleme, die wir bei solchen mobilen Sporthallen möglicherweise auch haben, eine Prüfung wert.

Deshalb möchte ich die Fraktionen von Grünen, CDU und Volt bitten, zu überlegen, ob wir das nicht auch noch aufnehmen. Dann ist es rund, und wir können hier gemeinsam sehr konstruktiv eine vernünftige Entscheidung für den Kölner Sport und für den Kölner Schulsport treffen. - Danke schön.

(Beifall bei der SPD und bei Teilen der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Detjen das Wort.

Jörg Detjen (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Anwesende! Ich war über den Antrag des Gestaltungsbündnisses oder des Bündnisses sehr irritiert und frage mich, warum Sie das nicht mit den anderen Parteien im Sportausschuss entwickelt haben. Wir haben im Sportausschuss eigentlich ein sehr gutes parteiübergreifendes Agieren. Deswegen war ich sehr irritiert über diesen Weg und darüber, dass man eine solche Diskussion nicht gemeinsam führen konnte.

Daher beantragen wir, dass dieser Antrag und der Änderungsantrag in den Sportausschuss überwiesen werden, damit wir das noch einmal inhaltlich diskutieren können.

Denn ich glaube auch, dass Sie mit Ihren Formulierungen - wie Sie schreiben, wollen Sie neue Priorisierungen einführen - im Prinzip die bestehende Schulplanung über Bord werfen. Zwar haben Sie jetzt in der Diskussion gesagt, das sei nicht so.

Aber schauen wir uns doch einmal die Dokumente an, über die wir reden. Das sind der Bericht über die Priorisierung der Schulbaumaßnahmen vom 24. Februar 2023, also ein Dokument, das erst wenige Wochen alt ist, und der Bericht zu Sachstand und weiterem Vorgehen beim Sportanlagen-Managementsystem vom 21. Oktober 2022, ebenfalls ein neues Dokument.

Beide Antragssteller sind sich in dem Punkt 1 einig. Darin heißt es:

Dabei sollen die neu definierten Standards, die bei dem Bau von künftigen Schulsporthallen auch die Bedarfe des Vereinssports angemessen berücksichtigen, angewandt werden.

(Beifall von Ulrich Breite [FDP])

Sie wollen also neue Standards. Das heißt, dass die alten, die in der Schulplanung enthalten sind, nicht mehr gelten sollen.

Das finden wir äußerst gefährlich. In der Debatte haben Sie doch gerade gesagt: Wir brauchen Tempo beim Schulbau. - Das sehen wir genauso. Deswegen halten wir eine Überprüfung dieser alten Planung nicht für sinnvoll.

(Beifall bei der LINKEN)

Es mag sein, dass man das bei neuen Sachen tun kann. Das macht durchaus Sinn. Aber lasst uns das doch in Ruhe im Sportausschuss besprechen.

In dem zweiten Dokument, auf das ich mich beziehe, nämlich dem Bericht zum Sportanlagen-Managementsystem, steht folgender Satz - ich zitiere -:

Die Reihenfolge der Sanierung der Sporthallen ergibt sich vornehmlich aus der Schulbaumaßnahmenliste, bei denen die Sporthallen als Schulraum mit-saniert oder neugebaut werden.

Auch das möchte ich nicht infrage gestellt wissen. Deswegen finde ich, dass beide Dokumente Grundlagen für diesen Prozess sein sollten.

Sie sagen aber: Wir wollen das alles neu gestalten. - Das halte ich nicht für sinnvoll.

(Zuruf von Gerhard Brust [Bündnis 90/Die Grünen])

- So steht es aber in eurem Antrag, Gerd. So habe ich es auch verstanden. Die SPD hat es am Anfang auch so verstanden, als dann die FDP dazugekommen ist und gesagt hat: Wir wollen das anders machen.

Wir müssen doch einfach sehen, wie die Sache läuft. Verantwortlich ist nicht der Schuldezernent oder der Sportdezernent, sondern die Gebäudewirtschaft. Deswegen muss man auf diese Seite gucken. Das spielt in der ganzen Diskussion, die wir führen, ja auch eine Rolle, über die wir diskutieren.



Mein Gedankengang ist daher, dass wir das im Sportausschuss noch einmal in Ruhe diskutieren sollten. Gleich werden wir ja über die Großprojekte reden. 40 Schulen stehen in der Liste der Großprojekte, und zwar seit ungefähr einem halben Jahr. Auch darüber gibt es keine Diskussion. Die 40 Schulprojekte sind unstrittig, finde ich. Warum können wir sie nicht mit den Großprojekten beschließen?

(Ulrike Kessing [Bündnis 90/Die Grünen]: Sie sind doch beschlossen!)

- Ja, aber sie werden ja infrage gestellt.

(Ulrike Kessing [Bündnis 90/Die Grünen]: Ach, Quatsch!)

- Natürlich werden sie infrage gestellt. In der Liste sind sie infrage gestellt.

(Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen]: Falsches Verständnis!)

- Dann lasst uns das doch abarbeiten. Warum wird die Liste seit einem halben Jahr offengehalten?

(Beifall bei Teilen der LINKEN)

Nach unserer Meinung sollten wir das also im Sportausschuss in Ruhe diskutieren und einen Weg finden, wie man am Thema arbeiten kann. Es gibt inzwischen eine Objektsanierung. An dem Thema arbeiten wir.

Mit der Verwaltung können wir das besser klären als in Konfrontation mit der Verwaltung, glaube ich. Denn Ihr Antrag, meine Damen und Herren, ist sowohl in der Gebäudewirtschaft als auch in der restlichen Verwaltung etwas irritierend angekommen. Diese Gefahr sollten wir nicht eingehen. Denn wir brauchen Tempo, und Irritationen führen immer zu Stillstand. - Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt spricht Herr Breite.

Ulrich Breite (FDP): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Frau Oberbürgermeisterin, Sie müssen die Rede von Herrn Detjen entschuldigen. Er ist neu im Sportausschuss.

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP und der CDU)

Schauen wir zum Beispiel nach Ehrenfeld. Dort setzt er sich selbst dafür ein. Er kennt die Schule in der Everhardstraße. Er setzt sich auch für die Turnhalle ein, die in erbarmungswürdigem Zustand ist. Die Schule selbst kommt in der Prioritätenliste, an die wir gar nicht herangehen, erst später. Aber wir können schon jetzt die Sportanlage in der Everhardstraße sanieren. Das freut die Kinder und die Lehrer, aber auch die Sportvereine. Und das hat mit der Schulprioritätenliste überhaupt nichts zu tun, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Frau Oberbürgermeisterin, ein Frischling im Sportausschuss kennt auch nicht die Standards. Sie kennen sie noch. Die Standards in unseren Sporthallen kannten sogar schon unsere Großeltern so.

Aber die Sportgeräte, die wir dort haben, nutzen wir heute gar nicht mehr. Wir haben sie vielleicht in Schwarz-Weiß-Filmen gesehen. Damit meine ich zum Beispiel die Ringe oder die Böcke. Herr Jeschka, ich verstehe, dass Ihnen der Sportunterricht nicht gefallen hat. Das machen wir aber heute schon ganz anders. Das macht Spaß. Dabei nutzen wir diese Sportgeräte nicht mehr.

Darum brauchen wir jetzt andere Standards. Wenn wir das nun in Angriff nehmen, müssen wir doch nach den Bedarfen der Schülerinnen und Schüler, aber auch des Vereinssports gehen. Da brauchen wir Geräte, die auch benutzt werden.

Das steht in dem Antrag. Darum ist er auch richtig.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Im Hinblick auf die zeitgemäßen Sportgeräte, die wir brauchen, brauchen wir diese anderen Standards.

Darum bin ich meinen Kollegen dankbar - auch wenn jetzt nicht Ralf Klemm gesprochen hat, der Sprecher im Sportausschuss ist, sondern Herr Brust.

(Zuruf von Ralf Klemm [Bündnis 90/Die Grünen])

Vielen Dank, lieber Eric, dass du das hier eingebracht hast. Ich darf sagen, dass auch Christopher Gudacker, mit dem wir super zusammenarbeiten und der sich sehr gut in dem Thema auskennt, weiß, worum es hier geht.

Deshalb war es wichtig, unsere Änderungen jetzt noch einzubringen.



Wir haben gerade bei dem Schulpaket gesehen - das liest man jetzt in den Pressemeldungen -, wie sehr es geholfen hat, dass wir Schulpakete mit Totalunternehmern oder Generalunternehmern umgesetzt haben. Es geht einfach schneller. Und das ist ein Erfolg.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Das hilft den Schülerinnen und Schülern und den Jugendlichen.

Diesen Erfolg wollen wir doch alle auch, wenn es um die Sanierung geht. Darum ist es so wichtig, dass das im Antrag steht. Wenn wir auch diese Pakete prioritär entsprechend vergeben, bekommen wir das Ganze schlüsselfertig. Dann freuen wir uns, wenn es zeitlich oder terminlich genau passt. Darum möchten wir das gerne hineinschreiben. Danke, dass ihr es übernehmt.

(Beifall von Dr. Helge Schlieben [CDU])

Das Gleiche gilt bei den Lehrschwimmbädern. Es kann doch nicht sein, dass von unseren acht Lehrschwimmbädern nur noch drei funktionsfähig sind. Da muss eine Großstadt einen anderen Anspruch haben. Deshalb ist es richtig, das mit in die Pakete hineinzunehmen.

Letzter Punkt: Man muss sich einmal vorstellen, dass wir in Mülheim eine Sporthalle mit einem Wasserschaden haben, die seit 15 Jahren nicht repariert wird. Ich bin der Meinung, dass wir da etwas machen müssen. Darum hilft dieser Antrag. Denn das will die Oberbürgermeisterin nicht, und das will die Verwaltung nicht. Deswegen müssen wir Strukturen finden. Auch vor dem Hintergrund, dass wir im vergangenen Jahr gehört haben, dass 24 Sporthallen gesperrt sind und zusätzlich 19 Sporthallen zum Teil nicht funktionsfähig sind, brauchen wir den Antrag.

Mich interessiert jetzt nicht, ob darin die Gebäudewirtschaft oder das Schuldezernat steht. Es muss, glaube ich, unsere gemeinsame Anstrengung sein, dass wir da für den Schulsport und - haben Sie Verständnis, dass ich als ehemaliger Vorsitzender eines Sportvereins das sage - auch für die Sportvereine, also für den Sport, der dort stattfindet, etwas hinbekommen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Zum Schluss: Ich bitte um punktweise Abstimmung, damit wir einen guten Antrag hinbekommen. - Danke schön, Frau Oberbürgermeisterin.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wird zu diesem Tagesordnungspunkt weiter das Wort gewünscht? - Das ist nicht der Fall. - Doch. Herr Weisenstein möchte einen Geschäftsordnungsantrag stellen.

Michael Weisenstein (DIE LINKE): Genau. Wir beantragen die Überweisung dieser beiden Anträge in den Sportausschuss.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Dieser Änderungsantrag der LINKEN ist auch mein erster Abstimmungspunkt.

(Michael Weisenstein [DIE LINKE]: Entschuldigung!)

- Nein, alles gut. Herr Detjen hat es ja schon gesagt.

Ich möchte Ihnen jetzt Folgendes vorschlagen - aber natürlich mache ich es auch anders, wenn Sie das wünschen -: Ich würde zuerst über den Antrag der LINKEN abstimmen lassen. Das ist ein Verweisungsantrag in den Sportausschuss. Falls er erfolglos ist - ich drücke mich hier ganz offen aus -, würde ich zur weiteren Abstimmung kommen. Ich habe jetzt der Diskussion entnommen, dass es Bereitschaft gibt, den Änderungsantrag der Fraktionen von SPD und FDP mit in den Ursprungsantrag hineinzunehmen, wenn der letzte Satz bei Punkt 4 entfällt. Habe ich das richtig aufgenommen?

(Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]:
Nein!)

- Nein. Gut. Darum frage ich ja. Ich frage ganz offen. Wie soll ich abstimmen lassen? - Bitte sehr, Herr Kienitz.

Niklas Kienitz (CDU): Frau Oberbürgermeisterin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Das war insoweit richtig. Es fehlt aber das Streichen der Ziffer 3. Im Änderungsantrag von SPD und FDP ist ja enthalten, dass der Punkt 3 der Ursprungsfassung gestrichen wird. Dem können wir nicht folgen. Wir folgen auch nicht dem neuen Punkt 3.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Soll ich also nur über die Erweiterung des Ursprungsantrags um Punkt 4 ohne den letzten Satz von Punkt 4 des Änderungsantrags abstimmen lassen?



(Zurufe)

- Nein, Ergänzung von Punkt 1 und Ergänzung um Punkt 4, wobei bei Punkt 4 der letzte Satz gestrichen wird.

(Niklas Kienitz [CDU]: Ja! - Christian Joisten [SPD]: Sie könnten dann einfach punktweise abstimmen lassen! - Niklas Kienitz [CDU]: Das können wir machen! - Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]: Dann machen wir punktweise Abstimmung!)

- Das kann ich ja machen. Dann lasse ich erst über den Antrag der LINKEN als Verweisungsantrag abstimmen, danach über den Änderungsantrag der Fraktionen von SPD und FDP punktweise und anschließend über den geänderten Ursprungsantrag. - Gut. Jetzt weiß jeder, worüber ich abstimmen lasse.

(Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]:
Wir wollen es hoffen!)

- Ja, ich hoffe es auch.

Erstens. Wer dem Verweisungsantrag der LINKEN zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die LINKEN und Frau Gabriel. Gibt es Enthaltungen? - Keine. Damit ist er abgelehnt.

Jetzt lasse ich punktweise über den Änderungsantrag der Fraktionen von SPD und FDP abstimmen.

Punkt 1. Wer stimmt zu? - Das sind die SPD-Fraktion, Bündnis 90/Die Grünen, die CDU-Fraktion, die FDP, Volt, die AfD, Die FRAKTION, Herr Zimmermann und Frau Gabriel. Gibt es Enthaltungen? - Keine. Damit ist das so beschlossen.

Dann lasse ich darüber abstimmen, ob Punkt 3 der Ursprungsfassung gestrichen wird. Wird Punkt 3 der Ursprungsfassung gestrichen? Zustimmung? - Die SPD stimmt zu, und die FDP stimmt zu. Enthaltungen? - Keine. Damit ist das abgelehnt.

Neuer Punkt 3. Wer stimmt diesem Prüfauftrag zu? - Die Fraktion DIE LINKE, die SPD-Fraktion und die FDP-Fraktion stimmen zu. Enthaltungen? - Es enthält sich Herr Zimmermann. Damit ist das abgelehnt.

Punkt 4. Wer der Ergänzung um Punkt 4 ohne den letzten Satz zuzustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die LINKEN, die SPD-Fraktion, Bündnis 90/Die Grünen, die

CDU, die FDP, Volt, Die FRAKTION, die AfD und Frau Gabriel. Gibt es Enthaltungen? - Eine Enthaltung von Herrn Zimmermann. Damit ist dem zugestimmt.

Jetzt kommen wir zur Abstimmung über den Ursprungsantrag mit den entsprechenden Ergänzungen, nämlich bei Punkt 1 und um Punkt 4 ohne den letzten Satz, wie wir es eben beschlossen haben. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Es enthält sich die Fraktion DIE LINKE. Damit ist das so beschlossen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Den Antrag unter Tagesordnungspunkt 3.1.2 haben wir vertagt; er wird heute nicht behandelt.

Der Antrag unter Tagesordnungspunkt 3.1.3 wird später gemeinsam mit Tagesordnungspunkt 10.1 aufgerufen.

Tagesordnungspunkt

3.1.4 Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Volt betreffend „Optimiertes Parken für Handwerker und Pflegedienste“ AN/0472/2023

Zunächst hat Herr Wahlen das Wort.

Lars Wahlen (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! An den öffentlichen Raum werden viele Ansprüche gestellt. Es braucht Platz für ÖPNV, Auto-, Rad- und Fußverkehr, mehr Grün in der Stadt ist notwendig, und wir brauchen Platz für Menschen, um sich aufzuhalten, sich zu treffen und miteinander in Gespräche zu kommen, kurz gesagt, um zu leben.

Wir erkennen alle, dass der Platz begrenzt ist und nicht ausreicht, um allen Ansprüchen gerecht zu werden. Deshalb müssen bestimmte Nutzungen des öffentlichen Raums reduziert oder verlagert werden, um Platz für Neues zu schaffen.

Besonders dafür geeignet ist der ruhende Verkehr. Er kann reduziert oder verlagert werden, etwa in Parkhäuser, in Tiefgaragen, auf Garagenhöfe, auf Parkplätze oder auf private Stellplätze.

Aber was für private Pkw sehr gut funktioniert, funktioniert nicht für alle. Ganz besonders das Handwerk und die Pflegedienste sind darauf angewiesen, auch spontan in der Nähe ihres Ein-



satzortes einen Parkplatz zu finden. Dieses verständliche Bedürfnis nehmen wir ernst und tragen ihm mit unserem Antrag heute Rechnung.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen
und bei der CDU)

Durch den engmaschigen Ausbau insbesondere der Ladezonen in Köln erfüllen wir dieses Bedürfnis, damit sich Handwerker*innen und Pflegedienste nicht mit der Parkplatzsuche, sondern mit ihren Kund*innen und Patient*innen beschäftigen können.

Wichtig ist uns dabei aber auch, dass diese neuen Parkplätze nicht nur eingerichtet werden, sondern hinterher auch tatsächlich zur Verfügung stehen. Das bedeutet vor allem, Falschparker auf diesen Flächen nicht nur konsequent zu ahnden, sondern auch zügig abzuschleppen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen
und bei Volt)

Zwar ist die Stadtdirektorin heute nicht anwesend. Aber ich bin davon überzeugt, dass diese Aufgabe bei ihr in guten Händen ist.

(Heiterkeit und Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Um dem Ordnungsamt und der Polizei diese Aufgabe noch einfacher zu machen, sollen Ladezonen auch eine stadtweit einheitliche und verständliche Beschilderung und Gestaltung erhalten.

So schaffen wir Platz im öffentlichen Raum für neue Nutzungen und erleichtern gleichzeitig die Arbeit von Handwerker*innen und Pflegekräften. Deshalb bitte ich Sie: Stimmen Sie unserem Antrag zu.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau De Bellis hat jetzt das Wort.

Teresa De Bellis-Olinger (CDU): Das Handwerk spielt für Köln eine wichtige Rolle. Das hat die CDU immer vertreten.

(Lachen bei der AfD)

Die Arbeitsbedingungen für Handwerker werden aber durch die mangelnde Verkehrskoordination und die Vielzahl der Baustellen immer schwieriger. Ein zentrales Problem für Handwerksbetriebe

und auch für Pflegedienste ist der Mangel an Parkplätzen.

Ich freue mich sehr, dass wir unseren Antrag heute im Rat beschließen. Unser Antrag wird dafür sorgen, dass Sonderstellflächen für Pflegedienste und Handwerker geschaffen und auch stadtweit einheitlich geregelt werden sollen. Ich sage Ihnen zu, dass wir das sehr genau beobachten werden.

Handwerker und Pflegedienste kümmern sich um Menschen. Es ist unsere Pflicht, dafür zu sorgen, dass für sie ausreichend Stellflächen zur Verfügung gestellt werden. Die wertvolle Zeit, die durch den Wegfall des Parksuchverkehrs gewonnen wird, kommt den Menschen zugute, die auf Pflegeleistungen angewiesen sind. Auch Handwerker müssen ortsnahe bei ihren Kunden parken können. Denn ihre Autos sind Werkstätten, und wir können nicht erwarten, dass bei jedem Kundenbesuch die gesamten Utensilien ausgeladen und zum Kunden getragen werden.

Weil wir zukunftsgerichtet denken und handeln, erwarten wir, dass die Ladezonen und Stellflächen in einem Online-Angebot veröffentlicht und beworben werden.

Liebe Kolleg*innen, die Neugestaltung des öffentlichen Raumes im Rahmen der Mobilitätswende und die Schaffung von attraktiven Veedeln sind eine Herausforderung. Dabei dürfen wir handwerkliche Verkehre nicht außer Acht lassen. Sie sind unverzichtbar für die Lebensqualität der Städte.

Ich werbe für unseren Antrag und freue mich auf eine breite Unterstützung.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Venturini.

Isabella Venturini (Volt): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Vorrednerinnen und Vorredner haben schon das Wesentliche gesagt. Dieser Antrag liest sich ja auch sehr klar und deutlich. Er ist einfach zu verstehen. Ich glaube, dass jeder hier versteht, was wir damit erreichen wollen.

Uns ist es wichtig, noch einmal ganz deutlich zu signalisieren, dass die Menschen, die hier auf ih-



ren Pkw angewiesen sind, in dieser Stadt weiterhin darauf vertrauen können, dass wir das beachten werden.

(Beifall bei Teilen der CDU)

Schon Dezember 2021, als wir den Masterplan Parken verabschiedet haben, haben wir noch einmal betont, dass Handwerk*innen, Pflegedienste und Menschen mit Behinderung weiterhin ihren Parkplatz finden werden.

Dieser Vorstoß hier macht ein weiteres Mal deutlich, dass wir das ernst nehmen, dass wir diese Sorgen und Befürchtungen aufgreifen und dass wir sie ein Stück weit beruhigen wollen.

Das Wesentliche ist gesagt, glaube ich. Wir freuen uns auf eure Unterstützung. - Vielen Dank.

(Beifall bei Volt, dem Bündnis 90/Die Grünen und der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Steinmann das Wort.

Lisa Steinmann (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Verkehrsdezernent Egerer, ich glaube, es ist ein Dreivierteljahr her, dass ich erstmals in Vertretung im Verkehrsausschuss sein durfte und Ihnen dort noch im öffentlichen Teil genau diese Frage gestellt habe: Wie halten Sie es denn innerhalb des Masterplans Parken mit den Handwerkerplätzen? - Damals haben Sie meine Frage damit beantwortet, dass der Kontakt so gut sei und dass es alles mit den Handwerkersonderausweisen ausreichend funktioniert.

Ich weiß nicht, ob es Ihnen noch in Erinnerung ist. Aber mich hat das in dem Moment sehr irritiert zurückgelassen. So bin ich in dem Moment verstummt. Denn ich muss Ihnen sagen - das zeigt sich ja auch daran, dass diese Thematik heute auf das Tableau kommt und das Bündnis entsprechende Reparaturvorschläge macht -: Die Realität spricht da eine ganz andere Sprache.

Hier gibt es also Verkehrsversuche am lebenden Menschen und die Umsetzung im Klein-Klein. Man hat ja das Gefühl, dass Köln sich so langsam zur Hauptstadt der Realsatire entwickelt.

(Beifall bei der SPD)

Als Veranstaltungskauffrau kenne ich auch die Vorgehensweise, dass man Konzepte vollständig entwickelt, bevor man sie umsetzt. Wo ist da der rote Faden? Da habe ich durchaus auch Fragen.

Umso mehr freue ich mich darüber, dass das Bündnis die Erkenntnisse hier zum Anlass nimmt und einen gemeinsamen Antrag vorlegt - mit der richtigen Erkenntnis, dass der Masterplan Parken einer konkreten Überarbeitung bedarf.

Wir hätten das gerne im Wirtschaftsausschuss und im Verkehrsausschuss fachlich beleuchtet, können aber gerne auch heute auf Ratsebene mit ein paar Ergänzungen dem Vorhaben und dem Antrag zustimmen, und zwar aus Überzeugung.

Ich möchte drei Punkte hervorheben und für das Protokoll auch mit Konkretisierungen ergänzen.

Wichtig ist für die Ladezonen, und zwar nicht nur in der Innenstadt, auch eine zeitliche Begutachtung. Denn wenn der Klempner nur zwischen 9 und 11 Uhr ins Rathaus kommen kann, schafft er es nicht, die Flurschäden hier zu stopfen.

Eine weitere wichtige Konkretisierung: Ladezonen sind wichtig für Handwerker, für Menschen mit Mobilitätseinschränkungen - als Rollstuhlfahrerin weiß ich diese Sondererlaubnis oft zu nutzen -, aber natürlich auch für ambulante Pflegedienste, für Hebammen, für Palliativteams, die Hausbesuche machen müssen, und selbstverständlich - zu unser aller Nutzen und nicht zu vergessen - für Krankentransporte. Ich bitte, dieses zu ergänzen, und hoffe, dass das Bündnis diese Formulierung auch mit aufnimmt. Politik darf meines Erachtens alle diese Personengruppen und deren Nöte bei der wichtigen und gewollten Umgestaltung des öffentlichen Raumes nicht im Regen stehen lassen.

Punkt 5: die Online-Kartierung. Wunderbar; das System ist vorhanden und kann so umgesetzt werden. Für Behindertenparkplätze ist das bereits als Kartierung auch digital zu erreichen. Es wäre schön, dieses einmal zu aktualisieren. Denn das ist mindestens drei Jahre veraltet. Aber vielleicht kann man das an dieser Stelle gut verknüpfen und daraus auch im Positiven Lehren ziehen. Denn wenn wir von Mobilitätswende sprechen und auf Nachhaltigkeit abzielen, dann ist bezüglich der Infrastruktur doch die digitale Schlüsseltechnologie ausschlaggebend.

(Beifall bei Teilen der SPD)

Wir träumen ja alle davon, eines Tages mit dem Handy in die Stadt zu fahren und uns direkt zum



Parkplatz navigieren zu lassen, um Umwege und Durchquerungen von Wohngebieten zu vermeiden.

(Beifall bei der SPD)

Eine dritte Ergänzung habe ich zu Punkt 6. Wir sind ja eine bunte Stadt und sehen uns auch gerne im internationalen Kontext. Hier können wir uns vom Ausland wirklich einmal etwas abgucken. In Städten in anderen Ländern, zum Beispiel in Brüssel, sind Behindertenparkplätze beispielsweise blau. Der Grund und Boden ist also eingefärbt. Diese Beispiele der Buntheit sollten wir uns zu eigen machen.

Ich danke dem Bündnis ausdrücklich für diesen gemeinsamen Antrag, dem wir beherzt und mit dem Wunsch nach diesen Ergänzungen zustimmen. Sie hätten uns auch im Vorfeld als Partner gewinnen können. Aber so haben Sie uns als Unterstützer. Darauf können Sie gerne auch weiterhin zurückgreifen. Wenn es gilt, Fehler aufzuzeigen, vor allen Dingen aber, wenn diese zu korrigieren sind, stehen wir Ihnen gerne jederzeit zur Seite. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und bei Teilen der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Tokyürek.

Güldane Tokyürek (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Dass Handwerker*innen und Pflegedienste oft nicht nah bei Kund*innen und Patient*innen parken können, ist ein ernst zu nehmendes Problem. Das stellt der vorliegende Antrag richtig und gut heraus, weswegen wir ihn im Grundsatz unterstützen.

Es ist richtig, dass Handwerker*innen nicht zugemutet werden kann, für benötigte Werkzeuge jeweils Wege von mehreren Hundert Metern zurücklegen zu müssen.

Noch eklatanter stellt sich die Situation bei Pflegediensten dar. Parkplätze zu suchen, und das bis zu 20 Mal am Tag, kostet wertvolle Zeit - Zeit, die dann für die Betreuung von Patient*innen leidet.

Pflegedienste gehören zu den systemrelevanten Berufen. Deswegen ist es insbesondere dort wichtig, zu schauen, welche Schwierigkeiten es

gibt, die wir lösen können. Die Realität sieht allerdings so aus, dass sie täglich unter einem großen zeitlichen Druck stehen und sich immer wieder die Frage stellen müssen: Werde ich einen Parkplatz finden oder nicht?

Liebe Kolleginnen und Kollegen, grundsätzlich ist es richtig, dass das Thema Parken in Köln kritisch angegangen wird. Das Auto muss über kurz oder lang seinen Status als privilegiertes Fortbewegungsmittel für Privatpersonen verlieren. Anders sind Verkehrs- und Klimawende nicht zu schaffen. Diese Tendenz ist richtig und sollte nicht infrage gestellt werden.

Der Vorstoß, Sondernutzungen für bestimmte Berufsgruppen einzurichten, findet dennoch unsere Unterstützung.

Es ist nicht Sinn der Sache, dass beispielsweise Pflegepersonal widerrechtlich in der zweiten Reihe, auf Gehwegen oder auf Behindertenparkplätzen parken muss, weil es eben keine andere Wahl hat.

Hinweisen möchte ich an dieser Stelle auf das kürzlich gefällte Bremer Urteil, in welchem die Relevanz von ausreichenden freien Mindestbreiten und einem barrierearmen Fußverkehr betont wird.

Verbindliche landes- oder bundesweite Regelungen bezüglich Sondernutzungen für bestimmte Berufsgruppen sind nicht in Sicht. Daher muss in Köln schnell und eigenständig gehandelt werden.

Wir unterstützen die Beschlusspunkte des Antrages, welche unter anderem vorsehen, Sondernutzungen stärker zu berücksichtigen sowie nachträglich durch Umwandlung bestehender Parkplätze Ladezonen zu schaffen und diese auch klar und deutlich auszuweisen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Hoyer das Wort.

Katja Hoyer (FDP): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Liebe Kollegen, liebe Kolleginnen! Wissen Sie, liebes Ratsbündnis, dass Ihnen ein ganz fataler Fehler bei diesem Antrag passiert ist? Haben Sie einmal in die Überschrift geguckt? Da steht „Optimiertes Parken für Handwerker und Pflegedienste“. Sie haben nicht gegendert!

(Zurufe von der FDP und der AfD: Oh!)



Wir werden Ihrem Antrag trotzdem zustimmen.

Der vorliegende Antrag des Ratsbündnisses ist, wie ich sagen würde, ein schmaler Silberstreif am Horizont. Oder nicht so poetisch ausgedrückt: Offensichtlich setzt sich die Erkenntnis durch, dass trotz der ohne Frage notwendigen Verkehrswende nicht alles dazu führen darf, dass sämtliche Parkplätze vernichtet werden.

Das klingt nach Pragmatismus. Oder man kann vielleicht sagen: Bezogen auf das Ratsbündnis klingt es nach Teresa De Bellis.

(Teresa De Bellis-Olinger [CDU]: Oh!)

Liebe Kollegen, liebe Kolleginnen, das ist genau der richtige Weg - Pragmatismus statt Ideologie.

Und machen wir uns nichts vor: Parkplätze sind notwendig.

Sie sind notwendig, damit Handwerker ihre Autos mit ihren oft sehr schweren Gerätschaften abstellen können

(Zuruf von Teresa De Bellis-Olinger [CDU])

- Teresa, ich komme jetzt nicht in eure Partei; lass es sein - und nicht zwei Straßen weit laufen müssen, um dann zum jeweiligen Kunden zu kommen.

Parkplätze sind auch notwendig, damit, wie im Antrag ja angeführt, Pflegekräfte ihre Zeit für ihre Patienten nutzen können und sie nicht mit der Parkplatzsuche vergeuden müssen.

Allerdings stelle ich mir schon eine Frage. Denn das alles war ja auch vorher bekannt. Vielleicht hätte man bei allem, was man vorher gemacht hat, auch schon darauf Rücksicht nehmen können. Dann hätten wir heute diesen Antrag gar nicht beschließen müssen.

(Beifall von Ralph Sterck [FDP])

Last, but not least ist es auch notwendig, dass zum Beispiel ältere Menschen, die zwar nicht einen entsprechenden Ausweis haben, aber trotzdem fußläufig und ohne große Probleme zu einem Arzt kommen müssen, nah an diesem Arzt parken können.

Liebe Kollegen, liebe Kolleginnen, Parkplätze sind auch notwendig, damit Geschäfte und Lokale wirtschaftlich überleben können.

(Beifall bei der FDP)

Mein Kollege Ralph Sterck hat das Beispiel, das ich jetzt vortragen werde, schon einmal erwähnt. Aber es hat uns beide so bewegt, dass ich es an dieser Stelle noch einmal nennen möchte.

Im Zusammenhang mit dem Verkehrsversuch auf der Deutzer Freiheit gab es eine Versammlung, bei der sich ein besorgter Ladeninhaber dazu geäußert hat. Als er sagte, dass er wirklich große existenzielle Probleme hat, bekam er von den Kollegen der Grünen die Antwort, dann möge er sich eben ein anderes Geschäftskonzept aussuchen.

Meine Damen und Herren, ich finde diese Antwort ziemlich traurig und sage ganz offen: Mit solchen Aussagen tragen wir zur Politikverdrossenheit bei.

(Beifall bei der FDP und bei Teilen der SPD)

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, unzweifelhaft brauchen wir die Verkehrswende. Aber unzweifelhaft brauchen wir auch pragmatische Lösungen, die die Menschen mittragen können. Der vorgelegte Antrag des Bündnisses geht hier in die richtige Richtung. Deshalb werden wir ihm auch zustimmen. - Danke.

(Beifall bei der FDP - Teresa De Bellis-Olinger [CDU]: Sehr schön!)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Büschges das Wort.

Matthias Büschges (AfD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauer vor den Bildschirmen und auf der Tribüne! Wir sind überrascht über diesen Antrag und hätten ehrlich nicht gedacht, dass Sie nach all den Verkehrsversuchen, die bisher in die Hose gegangen sind, mit diesem Antrag eine Hundertachtziggradwende versuchen.

Frau De Bellis, die Parkplatznot ist natürlich auch ein Ergebnis Ihrer Politik.

(Beifall bei der AfD)

Es überrascht mich aber auch, dass Sie, geschätzte Kollegen, die Abstimmungen und Anträge in den Bezirksvertretungen offensichtlich bis heute nicht bedenken.

In Mülheim wurde in der Sitzung vom 19. September 2022 ein entsprechender Antrag unseres dor-



tigen Vertreters Hengstenberg zu Handwerkerparkplätzen von allen Bezirksvertretern abgelehnt.

In Porz beantragte unser Vertreter in der Sitzung am 1. Dezember 2022 ebenfalls die Schaffung von Sonderparkplätzen für Handwerksbetriebe, Pflegedienste und Besitzer einer Sonderparkgenehmigung. Auch dort gab es von Ihrer Seite Ablehnung in allen Punkten.

(Zuruf von Lukas Lorenz [SPD])

- Hören Sie zu. - Für Sie erschwerend kommt dann noch die Kreishandwerkerschaft, die natürlich auch die Dringlichkeit der Handwerkerstellplätze formuliert und damit den AfD-Anträgen recht geben muss.

Nun stand heute in der Ausgabe der *Kölnischen Rundschau* - das sage ich insbesondere für das interessierte Publikum -, dass in der Bezirksvertretung Lindenthal eine Vertreterin der CDU für den AfD-Antrag „Freies Parken für das Handwerk, den Apotheken- und Pflegedienst“ gestimmt hat.

Ihre Reaktion darauf, geschätzte Kollegen von der CDU, ist mit dem Wort „schäbig“ nicht annähernd zu beschreiben. Dafür sollten Sie sich schämen.

(Beifall bei der AfD - Zuruf: Zum Thema!)

- Komme ich. - Man kann den Eindruck gewinnen, dass vor dem CDU-Parteitag noch einmal alle vermeintlichen Abweichler auf Kurs gezwungen werden sollen.

Was dann folgt, ist eine Hexenjagd. Von Forderungen, das Mandat abzugeben, über den Ausschluss aus der Fraktion bis zum Katzentisch ist alles dabei.

(Zuruf: Zum Thema!)

- Ich komme sofort zum Thema. Ich muss nur noch den Satz zu Ende führen. - Es werden Erinnerungen an die Ministerpräsidentenwahl in Thüringen wach. Das soll aber nicht Thema sein.

Wir haben in drei Bezirksvertretungen diesen Antrag gestellt. In allen dreien ist er abgelehnt worden. Bis auf die Vertreterin der CDU, der wir für ihr Rückgrat und ihren Mut danken, gab es nur Ablehnungen.

Und heute? Sie kopieren die Idee der AfD, die Sie vorher noch überall abgelehnt haben,

(Beifall bei der AfD)

und kleben einen Bündnis-Sticker daran. Das ist fast schon komisch und bestätigt uns auch in unserem Kurs.

Jetzt der große Retter zu sein, kauft Ihnen doch niemand mehr ab. Menschlich haben Sie jedenfalls schon gezeigt, wohin die Reise mit Ihnen geht.

Wie passen denn auch die Forderungen von Frau Tokyürek in ihrem Redebeitrag, wenn ich einmal ihre Kollegen aus dem Verkehrsausschuss zitieren darf, die Autos, und zwar alle Autos aus der Stadt bekommen wollen?

Für Sie scheint es absolut keinen Widerspruch zu den Bezirksvertretungsabstimmungen zu geben, wo Sie gegen Handwerkerparkplätze votiert haben. Aber dass Sie jetzt im Stadtrat auf einmal das Herz für den motorisierten Individualverkehr entdecken, ist doch wirklich scheinheilig und billig.

Ich möchte an dieser Stelle nicht nur meinen Bezirksvertretern danken, sondern allen, die sich hier nicht widergespiegelt fühlen. Ich kann Ihnen da aus Chorweiler viele Beispiele nennen. Diejenigen fühlen sich hier von Ihnen nicht vertreten.

Gute Anträge von der AfD werden nur aus ideologischer Bockigkeit von Ihnen abgelehnt, und die richtig guten Anträge wie dieser zu den Handwerkerparkplätzen schaffen es aus der BV auch in den Stadtrat.

Meine Damen und Herren, wir gehen mit gutem Beispiel voran und stimmen diesem wichtigen Antrag natürlich zu. Wir machen uns da frei von allen ideologischen Zwängen und müssten trotz besseren Wissens bei Ihnen ehrlicherweise langsam den gleichen Standard ansetzen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Syndicus das Wort.

Karina Margareta Syndicus (Die FRAKTION): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kollegen und Kolleginnen! Liebe Zuschauende! Ich bedanke mich herzlich für diesen tollen Antrag, bei dem es sich um einen wichtigen Beitrag zur Verkehrswende handelt. Denn wenn man sich mit Leuten unterhält und sagt, das Auto solle langsam, aber sicher aus der Innenstadt heraus, kommt ganz oft als Argument: Aber was ist denn mit den Handwerkern und Handwerkerinnen oder mit den Pflegediensten? Sollen sie jetzt auch alle



nicht mehr in die Innenstadt fahren können? - Nein, natürlich nicht. Sie sollen das weiterhin tun können.

Zu dem Verständnis trägt in jedem Fall bei, wenn wir diese Lade- und Parkplätze gut markieren. Denn es muss im Stadtbild aktiv zu sehen sein: Hier darf der- oder diejenige parken; dieser Parkplatz ist für die betreffenden Gruppen vorgesehen. - Das hilft uns allen bei der Verkehrswende weiter.

Wichtig wäre mir Folgendes: Wenn das Ganze zur Verfügung gestellt wird und wir direkt auf Online-Karten nachschauen können, wo denn hier etwas frei ist, sollte das im Digitalen möglichst breit gestreut werden. Falls das zum Beispiel über die Stadt-Köln-App funktioniert, sollte diese auch aktualisiert werden. Gestern habe ich versucht, mir diese App herunterzuladen. Das ging mit meinem vor zwei Jahren gebraucht gekauften Handy nicht, da dieses wohl zu neu ist. Die App ist 2017 das letzte Mal aktualisiert worden. Das ist ein bisschen lange her.

Deswegen sollte man das Ganze bitte breit streuen und für alle zur Verfügung stellen, damit es schnell zu finden ist und in der Stadt wirklich gut sichtbar ist - sowohl auf digitalem Wege als auch im Stadtbild farblich deutlich markiert. - Danke schön.

(Beifall bei der FRAKTION)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Gabriel das Wort.

Ngoc-Anh Gabriel (KLIMA FREUNDE): Hallo zusammen! Ich würde gerne einen mündlichen Ergänzungsantrag stellen und möchte beantragen, den Punkt 5, in dem es um die Online-Karte geht, um folgenden Satz zu ergänzen:

Diese Karte soll Open Source sein, beispielsweise als Layer bei OpenStreet-Map.

Meine Begründung dafür ist, dass es mehrere Vorteile hat, bestehende Kartendienste, vor allem Open-Source-Produkte, zu nutzen.

Erstens. Digitale Lösungen können schnell teuer werden. Bestehende Dienste zu nutzen und in diesem Fall eine Kartenebene zu erstellen, erfordert deutlich weniger Aufwand.

Zweitens. Die Nutzungsmotivation und die Nutzungswahrscheinlichkeit sind höher, wenn man bestehende Produkte benutzt oder auf diese aufsetzt.

Drittens. Da es mit öffentlichen Geldern finanziert wird, sollten auch der Code und die Inhalte bzw. die Daten öffentlich nutzbar sein - Hashtag „#PublicMoneyPublicCode“. - Danke schön.

(Beifall bei Teilen der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Gabriel, ich würde Sie bitten, den Beschlusstext Ihres Ergänzungsantrages noch einmal vorzutragen. Ich habe das irgendwann nicht mehr mit-schreiben können. Sie haben es ja begründet. Die Begründung ist uns allen im Ohr. Aber es wäre mir sehr recht, wenn Sie den Beschlusstext noch einmal nennen würden.

Ngoc-Anh Gabriel (KLIMA FREUNDE): Ja. Folgender Satz soll dem Punkt 5 angehängt werden:

Diese Karte soll Open Source sein, beispielsweise als Layer bei OpenStreet-Map.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Danke schön.

(Zuruf von Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen])

- Dann würde, wenn es keine weiteren Wortmeldungen gibt, Herr Hammer einen Vorschlag machen, wie abgestimmt werden soll - wobei ich natürlich zunächst über diesen Ergänzungsantrag abstimmen lassen würde.

(Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]:
Das würde ich gern erläutern!)

- Oder so. Bitte.

Lino Hammer (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Vielen Dank für das ernsthafte Auseinandersetzen mit unserem Antrag und die zahlreichen Änderungsanträge, die jetzt auch noch mündlich hier gestellt worden sind.

Wir haben gerade schon in bilateralen Gesprächen versucht, es etwas aufzudröseln und zu klären.



Wir würden den Aspekt der Überprüfung der zeitlichen Gültigkeit der Regelung gerne mit in unseren Antrag übernehmen, sehen aber nicht die Notwendigkeit, die Sonderregelungen, die für Menschen mit Behinderungen und Parkausweisen etc. ohnehin schon gelten, hier noch einmal explizit zu nennen, weil die Stadt auf ihrer Homepage auch schon aufführt, was alles entsprechend gilt. Das möchten wir also nicht übernehmen, aber die zeitliche Überprüfung der Regelung sehr gerne.

Zum gerade gestellten mündlichen Änderungsantrag der KLIMA FREUNDE: Meiner Kenntnis nach ist die Stadt sowieso verpflichtet - oder macht das ohnehin schon -, bei allen Kartenwerken, die sie online stellt, das auch in entsprechend lesbaren Formaten zu tun. Daher wäre das obsolet, sodass wir diesen Antrag ablehnen würden.

Sprich: Wir würden die eine Ergänzung von Lisa Steinmann mit übernehmen und den Rest ablehnen. - Vielen Dank.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Hier gibt es eine Gegenrede. Frau Syndicus.

Karina Margareta Syndicus (Die FRAKTION): Vielen Dank. - Das bitte ich noch einmal zu prüfen. Denn einen ähnlichen Antrag, das als Open-Source-Verfahren zur Verfügung zu stellen, hatten wir im Verkehrsausschuss zu den Lastenrädern gestellt, und da hieß es, dass die Stadt Köln prüfen muss, ob sie das möglich machen kann, und nicht, dass es so ist.

(Zuruf von Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen])

Vielleicht kann man den Änderungsantrag ja als Prüfantrag mit hineinnehmen.

(Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen] schüttelt den Kopf)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich habe darüber hinaus herausgehört - noch nicht direkt als Antrag, aber herausgehört -, es gehe auch um eine baldige Aktualisierung des Parkplatzkatalogs.

(Lisa Steinmann [SPD]: Der Daten! Nicht des Systems!)

- Der Daten.

(Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]: Das würden wir entsprechend mit aufnehmen!)

Der Daten. Ich habe es verstanden, ja. Wir wissen jetzt, worüber wir abstimmen lassen.

Dann gab es die farbige Markierung.

(Teresa De Bellis-Olinger [CDU]: Zur Markierung haben wir gesagt: Die Verwaltung soll sehen, was sie macht!)

Ich habe mir ganz viel mitgeschrieben - Handwerker, mobilitätseingeschränkte Menschen, Pflegedienste. Das ist alles mit enthalten. Ich möchte nur nicht, dass wir hinterher erleben, dass irgendwas nicht mit drin ist. Ich glaube es nicht. Ich glaube, dass wir das alles aufnehmen können. - Bitte.

Lisa Steinmann (SPD): Entschuldigen Sie die Verwirrung. Dabei hatte ich heute immerhin schon einmal einen Schmierzettel dabei. - Ich glaube, dass Lino Hammer das jetzt klargestellt hat.

Die zeitlichen Sachen: alles klar.

Die Formulierungen der Menschen, die es alle betrifft, habe ich für das Protokoll genannt. Aber das ist ja Gesetzesgrundlage. Deswegen müssen wir sie im Beschlusstext nicht mehr aufführen.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Okay. Ich habe ja nur nachgefragt, weil ich das - -

Lisa Steinmann (SPD): Die farbliche Markierung der Bodenflächen war jetzt noch eine Erweiterung. Ihr hattet nur „Gestaltung“ gesagt. Ich hatte gesagt: nicht einfach nur die Beschilderung, sondern gegebenenfalls auch eine farbliche Markierung.

Das digitale System - -

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Können wir das prüfen, ob das mit der farblichen Markierung geht?

Lisa Steinmann (SPD): Ja. Ein Blick nach Brüssel und bitte prüfen. - Danke schön.



Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Dann lasse ich zuerst über den Ergänzungsantrag von Frau Gabriel abstimmen. Danach komme ich zur Abstimmung über den Ursprungsantrag mit der mündlichen Ergänzung, die wir eben festgelegt haben, und dem mündlichen Prüfantrag, den wir eben festgelegt haben.

(Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]:
Genau so!)

- Okay. - Dann lasse ich zunächst über den Ergänzungsantrag von Frau Gabriel abstimmen. Wer ihm zustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind DIE LINKE, Frau Gabriel, Herr Zimmermann, die Fraktion Die FRAKTION und Volt. Gibt es Enthaltungen? - Keine. Damit ist das abgelehnt.

Jetzt lasse ich über den Ursprungsantrag abstimmen, und zwar mit den folgenden Ergänzungen:

- unter Punkt 2: Die Prüfung soll auch berücksichtigen: die zeitliche Geltung der Regelung und eine Aktualisierung der Daten
- unter Punkt 6 - „Ladezonen durch klare und einheitliche Beschilderung zu kennzeichnen und gegebenenfalls auch Markierungen zu prüfen“

(Lisa Steinmann [SPD]: Farbliche Markierungen!)

- „farbliche Markierungen zu prüfen“. - Gut.

Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Auch keine. Damit ist so beschlossen. - Vielen Dank.

(Vereinzelt Beifall)

Tagesordnungspunkt

3.1.5 Antrag der Fraktionen SPD, Die Linke., RM Gabriel (KLIMA FREUNDE) und RM Zimmermann (GUT Köln) „Für einen funktionierenden öffentlichen Dienst: Beschäftigte auskömmlich bezahlen!“ AN/0482/2023

Als Erstem gebe ich Herrn Dr. Krupp das Wort.

Dr. Gerrit Krupp (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Wir alle beobachten den Tarifstreit im öffentlichen Dienst mit großem Interesse - und wir hier im Rat vielleicht mit noch größerem Interesse als die Bevölkerung ohnehin.

In der letzten Ratssitzung haben wir gemeinsam darüber diskutiert, wie man den öffentlichen Dienst attraktiver machen kann. Anlass war ein Antrag, der hier eingebracht wurde. Wir waren uns, glaube ich, relativ einig - jedenfalls habe ich dazu wenig Widerspruch gehört -, dass der Gap zwischen der Bezahlung im öffentlichen Dienst und der Bezahlung für vergleichbare Tätigkeiten in der freien Wirtschaft nicht zu groß werden darf. Natürlich hat der öffentliche Dienst auch sehr attraktive Seiten; gar keine Frage. Aber das Finanzielle darf auch nicht zu sehr abgehängt werden.

Wir beobachten aber in den letzten Jahren alle zusammen, dass das offensichtlich der Fall ist. Denn den Kommunen oder der öffentlichen Hand allgemein fällt es noch viel schwerer, als es den meisten Playern in der Wirtschaft ohnehin schon fällt, Fachkräfte zu gewinnen.

Deswegen muss es unser gemeinsames Anliegen hier und heute sein, diesen Gap nicht zu groß werden zu lassen und unseren Einfluss, den wir sozusagen als Teil einer Tarifpartei haben, nämlich als Stadt Köln, alle gemeinsam auch geltend zu machen, um einen Tarifabschluss zu erreichen, der erstens den Leistungen, die die Angehörigen des öffentlichen Dienstes auch in unserer Verwaltung erbringen, gerecht wird und zweitens dafür sorgt, dass dieser öffentliche Dienst auch für Nachwuchskräfte attraktiv bleibt.

(Beifall bei der SPD)

Deshalb möchte ich ausdrücklich betonen, dass Sie diesen Antrag bitte nicht falsch verstehen sollen, nämlich als Gewerkschaftsantrag. Das ist er nicht. Er ist ein Antrag, den wir als sozusagen Tarifpartei und als ein Player in diesem Gefüge wirklich gemeinsam beschließen sollten,

(Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]:
Die SPD ist Tarifpartei? Das ist mir aber neu!)

weil wir ein Interesse daran haben, dass die Beschäftigten bei uns in der Verwaltung sich auskömmlich bezahlt fühlen und dass wir auch Nachwuchskräfte gewinnen.

Das ist im wohlverstandenen Interesse der Stadt, die zwar im ersten Schritt auf die Finanzen guckt, aber im zweiten Schritt doch erkennen muss, was passiert, wenn die Verwaltung nicht ausreichend mit Personal besetzt werden kann.

(Beifall bei der SPD)

Langer Rede kurzer Sinn - ich mache es heute etwas weniger kämpferisch, weil ich das Gefühl



habe, dass wir uns an diesem Punkt hier ohnehin alle einig sind -: Lassen Sie uns gemeinsam ein Zeichen setzen, indem wir dem KAV NW, in dem wir ja Mitglied sind, das Signal geben, dass wir erwarten, dass das Angebot an die Gewerkschaft erhöht wird, dass also ein neues, gutes Angebot vorgelegt wird, das den Leistungen, die im öffentlichen Dienst erbracht werden, gerecht wird.

Lassen Sie uns gemeinsam gewiss sein, dass wir damit nicht nur den Arbeitnehmenden helfen, sondern vor allen Dingen auch uns selbst, nämlich dieser Verwaltung und dieser Stadt, indem wir dafür sorgen, dass der öffentliche Dienst, der leistungsfähig ist, auch in Zukunft leistungsfähig bleibt. - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Tokyürek das Wort.

Güldane Tokyürek (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Beschäftigten, ob bei der Müllabfuhr, den Verkehrsbetrieben, der Krankenpflege, den Kitas oder weiteren Bereichen des öffentlichen Dienstes, leisten einen unverzichtbaren Dienst für die Allgemeinheit und in dem Sinne auch für uns. Dafür haben sie nicht nur unser aller Dank verdient, sondern auch die Unterstützung bei den aktuellen Tarifverhandlungen.

Allein 2,5 Millionen von ihnen sind beim Bund und bei den kommunalen Arbeitgebern beschäftigt. Sie alle streiten aktuell um eine bessere Bezahlung und bessere Arbeits- und Ausbildungsbedingungen.

Es ist jedoch jetzt schon für uns alle klar, dass der Personalmangel in vielen Bereichen des öffentlichen Dienstes drastische Konsequenzen mit sich bringen wird. Und es wird noch schlimmer kommen. Bis zum Jahr 2030 wird allein beim Bund jeder bzw. jede dritte Beschäftigte in Rente gehen. Auf kommunaler Ebene wird es auch nicht anders sein.

Steigende Mieten, hohe Preise für Energie und Lebensmittel - so sieht aktuell die Realität für viele Beschäftigte aus. Die hohen Kosten sind insbesondere für die unteren Entgeltgruppen kaum noch zu bewältigen. Deshalb ist es dringend notwendig, dass die Bezahlung im öffentlichen Dienst in vielen Bereichen deutlich attraktiver werden muss.

(Beifall bei der LINKEN und von Lukas Lorenz [SPD])

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn man sich das Angebot der öffentlichen Arbeitgeber anschaut, kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, dass die Sorgen der Beschäftigten nicht wirklich ernst genommen werden. Das Angebot ist eine Mogelpackung und der aktuellen Situation der Beschäftigten in keiner Weise angemessen.

(Beifall bei der LINKEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wie sieht das Angebot aus? Eine Lohnerrhöhung von mickrigen 5 Prozent in zwei Schritten für 27 Monate - so der Vorschlag. Ein Mindestbetrag als soziale Komponente für die unteren Einkommensgruppen ist nicht vorgesehen - Fehlanzeige. Außerdem sollen über einen Zusatztarifvertrag Gehaltsabsenkungen in den Krankenhäusern ermöglicht werden.

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, das kann man nicht glauben. Das dürfen wir nicht hinnehmen.

(Beifall bei der LINKEN und bei Teilen der SPD)

Und schließlich wollen die Kommunen die Jahressonderzahlung so erhöhen, dass davon in erster Linie Amtsleiter und weitere Führungskräfte profitieren, Beschäftigte in niedrigen Einkommensgruppen hingegen nicht. Auch das ist nicht hinnehmbar.

Da helfen auch keine Einmalzahlungen. Denn man kann sie, wie der Name schon sagt, nur einmal ausgeben. Die Preise werden aber dauerhaft hoch bleiben.

Es ist wichtig, die unteren Beschäftigtengruppen, die das bitter nötig haben, besonders zu entlasten. Die oberen Entgeltgruppen bei den Lohnerrhöhungen überproportional versorgen zu wollen, ist der falsche Weg. Das spaltet die Belegschaft, und das sollten wir nicht hinnehmen.

(Beifall bei der LINKEN)

Dass die Streikbereitschaft so hoch ist, hat genau mit solchen Angeboten zu tun. Wir spüren das ja im Alltag. Am Montag ist wieder Streik angesagt. Daran liegt das. Man hätte gute Angebote vorlegen können.

Die Bezahlung ist dabei eine sehr wichtige Stellschraube. Denn wir laufen Gefahr, für die wichtigen Aufgaben mittelfristig kein Personal mehr zu



finden und zentrale Leistungen nicht mehr erbringen zu können.

Wenn es um das Thema Bezahlung geht, kommen wir sehr schnell beim Fachkräftemangel an. Wir haben aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, auch einen Arbeitskräftemangel. Leider wird das in dieser Diskussion nicht gesehen, oder man will es nicht sehen. Aber beides muss zusammengefasst werden.

Wir alle kennen folgende Situation: Wir ärgern uns über langsame Verwaltungen und über nicht funktionierende Prozesse. Gleichzeitig soll das alles mit dem vorhandenen Personal verändert werden. Das ist nicht möglich.

(Beifall bei der LINKEN und bei Teilen der SPD)

In der letzten Ratssitzung - Gerrit Krupp hat es gesagt - haben wir genau über diesen Arbeits- und Fachkräftemangel gesprochen. Die Umsetzung des Antrags steht noch aus. Da heißt es, dass wir hier gemeinsam um die besten Lösungen ringen müssen. Ich hoffe, dass wir es im AVR dann schaffen, eine gute Lösung zu finden.

Als Fraktion DIE LINKE unterstützen wir daher die Forderung der Beschäftigten im öffentlichen Dienst und ihrer Gewerkschaft

(Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]:
Ich dachte, das sei kein Gewerkschaftsantrag!)

nach einem Lohnplus von mindestens 500 Euro oder 10,5 Prozent. Wir halten das für absolut gerechtfertigt und angemessen.

Denn eines muss uns ganz klar sein: Ein attraktiver und verlässlicher öffentlicher Dienst ist besser für alle. - Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Gabriel das Wort.

Ngoc-Anh Gabriel (KLIMA FREUNDE): Es wurde schon viel Wichtiges gesagt. Darum möchte ich nur kurz ergänzen, dass es unheimlich wichtig ist, diese Menschen zu unterstützen und hinter ihnen zu stehen, weil das letztendlich diejenigen sind, die die ökosoziale Wende, die wir alle

brauchen und fordern, im Operativen täglich umsetzen. Darum sollten wir aufrichtig mit allen Mitteln, die wir haben, diese Menschen unterstützen.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Zimmermann.

Thor-Geir Zimmermann (GUT Köln): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Auch ich freue mich, diesen Antrag unterstützen zu können. Die Vorredner*innen haben darauf hingewiesen, dass es in erster Linie darum geht, dass wir ein attraktiver Arbeitgeber sind - also die Stadt Köln und die Unternehmen im Stadtwerke-Konzern. Es geht aber natürlich auch um das Portemonnaie der dort Beschäftigten. Bei höherer Inflation, steigenden Mieten und den ganzen großen Problemen, die die Inflation zurzeit antreiben, sind höhere Löhne durchaus gerechtfertigt und dringend notwendig. Daher sollte ein wirklich akzeptables Angebot schnellstmöglich vorgelegt werden. - Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN und bei Teilen der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Richter das Wort.

Manfred Richter (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Kolleg*innen! Verehrte Zuschauer*innen! Seit Ende Januar 2023 laufen die Tarifverhandlungen des öffentlichen Dienstes für über 2 Millionen Beschäftigte. Warum? Weil der letzte Tarifabschluss planmäßig zum 31. Dezember 2022 geendet hat.

Bereits im vergangenen Jahr wurden von den Tarifpartnern drei Verhandlungsrunden terminiert - Ende Januar, Ende Februar und Ende März. Warum erzähle ich das hier in aller Breite? Weil ein Tarifabschluss für über 2 Millionen Beschäftigte nicht innerhalb von vier Wochen ausgehandelt werden muss. Vielmehr braucht das seine Zeit. Drei Verhandlungsrunden, wie von den Tarifpartnern geplant, sind absolut notwendig und richtig.

Was wir derzeit erleben, sind nicht unbekannte Tarifverhandlungen. Auch Warnstreiks, auch die großen Warnstreiks, gehören dazu. Sie sind ge-



rechtfertigt, um die Forderungen der Arbeitnehmer*innen deutlich zu machen. Das gehört mit dazu.

Die Forderungen der Beschäftigten nach einer erheblichen Lohnsteigerung sind absolut nachvollziehbar und gerechtfertigt.

(Beifall bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Viele Argumente haben wir gehört. Genannt wurden die hohe Inflationsrate, aber auch der hohe Wert eines leistungsfähigen öffentlichen Dienstes in der Pandemiezeit. Davon haben wir alle profitiert. Das war ein wichtiger Baustein, der stark dazu beigetragen hat, dass wir - mit allen Diskussionen - gut durch die Pandemie gekommen sind. Was dort im Gesundheitsamt, in den Krankenhäusern, bei der KVB, in den städtischen Einheiten und, und, und geleistet wurde, kann man gar nicht hoch genug einschätzen. Wir haben gesehen, was die Leistungsfähigkeit bedeutet.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

In der Zukunftsbetrachtung ist die Sicherung dieser Leistungsfähigkeit mit einer adäquaten Bezahlung und Vergütung hoch wertvoll. Darum muss die Arbeitgeberseite das erste Angebot auch nachbessern.

Wir wissen aber auch, dass auf der Arbeitgeberseite Vertreter*innen des Bundes und der Kommunen verhandeln, weil dieser Tarifvertrag für die Beschäftigten von Bund und Kommunen gilt.

Wir wissen auch, dass der zu erwartende Tarifabschluss für die kommunalen Haushalte notwendige, aber erhebliche Belastungen mit sich bringen wird. Für die Stadt Köln bedeutet jeder Prozentpunkt 10 Millionen Euro mehr Personalkosten für die Kernverwaltung.

Wir werden diese Mehrkosten unter großer Anstrengung wahrscheinlich abbilden können. Es gibt aber auch Kommunen, in denen der Haushalt ganz anders aussieht. Insofern müssen wir auch den interkommunalen Blick auf diese Auswirkungen haben. Das heißt: Die Gemengelage ist heterogen und nicht mit leichten Forderungen nach links oder rechts oder nach oben oder unten zu beantworten.

Wir respektieren die Tarifpartner. Wir vertrauen darauf, dass dort vernünftige, verantwortungsvolle Verhandlungen laufen. Die dritte Runde startet am Montag kommender Woche, also an dem Tag, an dem der Generalstreik stattfindet.

(Ulrich Breite [FDP]: Generalstreik?)

- Entschuldigung. Der großflächige Warnstreik, der angekündigt wurde.

(Volker Görzel [FDP]: Ich stelle das gleich noch klar!)

- Alles gut. - Das heißt zusammengefasst: Wir vertrauen den Verhandlungspartnern. Wir respektieren die Tarifautonomie. Wir sehen keinen Bedarf, jetzt mit politischen Forderungen in diese Verhandlungen einzugreifen. Daher werden wir den Antrag ablehnen. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Petelkau das Wort.

Bernd Petelkau (CDU): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Zuschauerinnen und Zuschauer auf der Tribüne und an den digitalen Endgeräten! Wir reden hier über ein wichtiges Thema, weil die entsprechende Vergütung im öffentlichen Dienst natürlich eine wichtige Maßgabe ist. Aber wir haben - und das hat sich in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland bewährt - auf der Basis unseres Grundgesetzes die Tarifautonomie.

Die Tarifautonomie bedeutet, dass das Verfahren für die entsprechenden Lohnanpassungen, die alle Jahre passieren, klar geregelt ist. Die Lohnanpassungen werden eben nicht durch die Politik festgelegt, sondern durch die Tarifparteien ausgehandelt.

Dieses Verfahren, um das uns viele andere Länder beneiden, hat dazu geführt, dass wir genau diesen Wohlstand und auch genau dieses Gerechtigkeitsempfinden haben. Es wird eben nicht von oben diktiert, sondern zwischen den Tarifparteien ausgehandelt.

Dann gibt es auch mal Verwerfungen in Branchen. Ich erinnere an den langwierigen Streik der Lokomotivführer, die sich damals von der Zentralgewerkschaft der Eisenbahner nicht vertreten fühlten. Daraufhin haben sie eine eigene Gewerkschaft gegründet und dann andere Bedingungen durchgesetzt. Das ist das Verfahren, das wir in der Bundesrepublik Deutschland haben.



Deshalb gehört - bei allem Verständnis für berechnigte Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die auch in der Kölner Stadtverwaltung einen super Job machen; wir haben an anderer Stelle hier im Hause ja auch schon ausreichend darüber diskutiert - die Debatte heute einfach nicht hierhin. Denn wir haben eine Tarifautonomie. Das heißt, dass wir die Verwaltung nicht anweisen, was ihre Verhandlungsposition zu sein hat.

Vor diesem Hintergrund lehnen wir den Antrag ganz klar ab, auch wenn wir natürlich eine starke Sympathie für berechnigte Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer haben. - Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Görzel das Wort.

Volker Görzel (FDP): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Alle Räder stehen still, wenn dein langer Arm es will.

(Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen]: Starker Arm!)

- Starker Arm. „Langer Arm“ ist die Hebelwirkung. Richtig; sehr gut. Ich wollte nur einmal testen,

(Heiterkeit)

ob die gewerkschaftlich orientierten Kolleginnen und Kollegen noch bei uns sind.

(Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen]: Wir können auch singen!)

Georg Herwegh, 1863, „Bundeslied für den Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein“ - jeder kennt es.

(Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen]: Ja, klar!)

Wir werden am kommenden Montag in einem flächendeckenden Streik in Deutschland merken, was das bedeutet und welche Kraft hinter den Gewerkschaften steht.

Ein Inflationsausgleich von 5 Prozent bei einer Inflation von 8 oder 9 Prozent bedeutet natürlich einen Nettoverlust. Daher habe ich großes Verständnis.

Großes Verständnis habe ich auch dafür, dass wir als Bürgerinnen und Bürger Streiks aushalten müssen. Das ist nun einmal so. Es ist nicht schön, wenn man morgens nicht zur Arbeit kommt oder, weil die Kinder nicht zur Schule kommen oder gar Kitas geschlossen sind, Homeoffice machen oder sich sogar einen Tag Urlaub nehmen muss. Das ist alles nicht schön.

Ich habe auch großes Verständnis dafür, dass man bei den Gewerkschaften versucht, Mitglieder zu gewinnen oder seine Wiederwahl zu sichern. Bei ver.di stehen bekanntermaßen im September dieses Jahres die alle vier Jahre stattfindenden Vorstandswahlen an, und die EVG will natürlich gegen die GDL punkten, wie gerade schon angekündigt ist. Dafür habe ich großes Verständnis.

Aber es ist schlicht und ergreifend nicht unsere Aufgabe, hier irgendwelche Forderungen zu stellen.

(Beifall bei der FDP)

Der Kollege Petelkau hat zu Recht auf Art. 9 Abs. 3 Grundgesetz hingewiesen:

Das Recht, zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen Vereinigungen zu bilden, ist für jedermann und für alle Berufe gewährleistet.

So steht es in unserer Verfassung. Und das sind nun einmal die Arbeitgeberverbände und die Gewerkschaften - und nicht der Rat der Stadt Köln.

(Beifall bei der FDP)

Zweitens. Wie die eine oder der andere weiß oder vielleicht schon einmal gehört hat, beschäftige ich mich gelegentlich auch außerhalb des Rates mit arbeitsrechtlichen Themen.

(Manfred Richter [Bündnis 90/Die Grünen]: Echt?)

Ich kann Ihnen eines sagen: Wenn es dazu kommt, über den TVöD oder den TV-L, Anlage XY, nachzudenken, schiebe ich das ganz weit weg. Warum? Weil es hoch kompliziert ist. Es ist extrem komplex. Es gibt Fallstricke.

(Zuruf von Dr. Gerrit Krupp [SPD])

- Jawohl. Vielen Dank, lieber Kollege. Es ist eine extrem komplizierte Materie.



Wir hier im Raum, so intelligent wir alle sind, können doch nicht ernsthaft glauben, dass wir besser wissen als die Tarifvertragsparteien,

(Beifall bei der FDP)

die sich jeden Tag damit beschäftigen, was gut und richtig und angemessen ist. Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, liebe Frau Kollegin Tokyürek, bei allem Verständnis für Gewerkschaftsgesänge: Das können wir doch gar nicht. Seien wir doch einmal ehrlich.

(Zuruf von Jörg Detjen [DIE LINKE])

Deswegen sage ich - das ist mein letzter Punkt -: Das Ganze ist - Herr Kollege Detjen, Sie haben es ja gerade selber hier unter Beweis gestellt - natürlich auch ein Stück weit Anbiederung. Seien wir doch einmal ehrlich.

(Beifall bei der FDP)

„Und täglich grüßt das Murmeltier“. Herr Kollege Seeck, ich muss Ihnen den Claim klauen; Sie hatten es eben schon einmal zitiert. „Und täglich grüßt das Murmeltier“. Ralf Unna erinnert sich.

(Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]:
Besser nicht!)

Wir hatten hier vor einem halben Jahr eine ähnliche Situation, als es um die Krankenhäuser ging. Da hatten wir auch gefordert: Ja, erhöht doch die Gehälter; schließlich haben wir einen Pflegenotstand; alles super, alles toll.

Das können wir nicht. Wir sollten das nicht tun, sondern sollten ehrlich bleiben. Wir sollten unsere Aufgaben erledigen und die anderen, die das viel besser können, deren Aufgaben erledigen lassen.

In diesem Sinne: Stimmen Sie diesem Antrag nicht zu. - Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und bei Teilen der
CDU)

Jetzt freue ich mich auf die Nachfrage des Kollegen Joisten - wenn denn eine kommt.

(Christian Joisten [SPD]: Ich habe ja
noch gar nicht das Wort!)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Bitte.

Christian Joisten (SPD): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Lieber Kollege

Volker Görzel, ich muss es ja in eine Frage packen. Können Sie sich vorstellen, dass die hier antragstellenden Fraktionen tatsächlich von ernster Sorge getrieben sind, als Arbeitgeber, der wir als Stadt - und wir sind die Vertreter dieser Stadt - nun einmal sind, irgendwann nicht mehr handlungsfähig zu sein, weil uns die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter laufen gegangen sind oder die neuen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nicht gekommen sind, und dass uns diese ehrliche Sorge dazu treibt, auch zu sagen, dass hier einmal ein Signal von diesem Rat ausgehen muss, diesen Menschen ein Angebot zu unterbreiten?

Und um mehr geht es nicht. Wir haben hier keine Zahlen hineingeschrieben. Wir wollen nicht den TVöD verhandeln. Wir wollen nur ein klares Signal an die Beschäftigten senden, dass sich diese Stadt mit dafür einsetzt, dass hier gute Arbeitsbedingungen auch nachhaltig geschaffen werden.

Können Sie sich vorstellen, dass das unsere Sorge ist, und nicht Populismus oder irgendetwas, was Sie uns sonst unterstellen? - Danke schön.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Volker Görzel (FDP): Lieber Kollege Joisten, als Mitglied einer Fraktion, die gemeinsam mit eurer Fraktion am 9. Februar 2023 in diesem Rat den Antrag gestellt hat, zur Bekämpfung des Fachkräftemangels bei der Stadt Köln Maßnahmen zu implementieren - leider ist dieser Antrag an den Worten von Herrn Petelkau gescheitert, dass es gar keinen Handlungsbedarf gebe -, kann ich mir sehr gut vorstellen, dass euch die ernste Sorge um die Stadt Köln umtreibt.

(Christian Joisten [SPD]: Danke schön!
Das wollte ich nur hören!)

Wir teilen diese Sorge auch. Aber wir wählen andere Instrumente. Wir wählen rechtsstaatliche Instrumente. - Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP - Christian Joisten
[SPD]: Wir auch!)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Achtelik das Wort.

Christian Achtelik (Volt): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauer*innen hier im Saal und zu Hause an den Bildschirmen! Trotz Nieselregen



wie am vergangenen Dienstag protestieren aktuell Tausende Kölnerinnen und Kölner voller Kampfgeist für gerechtere Löhne.

Ihre Forderungen sind berechtigt. Wir haben gerade schon viel gehört. In den vergangenen Pandemie Jahren waren sie mit besonderen Herausforderungen konfrontiert, und ihre Jobs wurden zu Recht zu großen Teilen als systemrelevant eingeordnet. „Wir halten dieses Land am Laufen!“, titelte der *Kölner Stadt-Anzeiger* in dieser Woche.

Nach der Pandemie kommt die Inflation und stellt uns alle und insbesondere die aktuell Streikenden vor ganz andere, aber ähnlich schwerwiegende Herausforderungen wie zuvor die Pandemie.

Deswegen wollen wir alle - das zeigt sich an den ganzen Reden - eine schnelle Einigung in diesen Tarifverhandlungen - auch, um weiter die Fachkräfte für diese Stadt und die Arbeitskräfte für diese Stadt zu gewinnen -; eine Einigung, die den Forderungen der Streikenden und ihrer Gewerkschaft am Ende gerecht wird. Unsere Solidarität gilt ihnen. Unsere politische Unterstützung für die Verhandlungsrunden ist ihnen dabei auch sicher.

Gleichzeitig ist aber - das haben die Reden heute auch gezeigt - unser Handlungsrahmen im Kölner Rat mal wieder begrenzt. Das wissen auch alle, die hier reden. Dieser Antrag signalisiert zwar Solidarität. Aber die Umsetzung ist trotz besten Willens so am Ende nicht möglich. Die Kölner Verwaltung wird nicht in die Tarifaufonomie eingreifen können und das Ergebnis der Tarifverhandlungen nicht steuern können.

Deshalb halten wir es für scheinheilig, mit einem solchen Antrag so zu tun, als könne man die Verwaltung dazu bringen, die Ergebnisse entsprechend zu beeinflussen.

Wir hatten daher einen Änderungsantrag erarbeitet, der unsere Solidarität ausdrückt, aber eben keine leeren Versprechungen macht. Dieser hat leider keine Mehrheit gefunden. Deswegen werden wir uns heute enthalten.

(Beifall bei Volt)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Cremer das Wort.

Christer Cremer (AfD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Her-

ren! Liebe Zuschauer hier im Saal und am Livestream! Das ist wieder so ein Antrag aus der Mottenkiste der linken Träumereien.

Die Tarifverhandlungen laufen im öffentlichen Dienst für Bund und Kommunen. Verhandlungsführerin ist meines Wissens Innenministerin Faeser. Sie ist bekanntlich von der SPD. Liebe SPD-Fraktion, nehmen Sie doch einfach den Telefonhörer in die Hand und bringen Ihre Anliegen dort vor. Das wirkt wahrscheinlich besser. Allerdings werden Sie da wahrscheinlich auch ganz schnell hören, wie die wirkliche finanzielle Lage in Deutschland ist.

Wir haben in diesem Tarifstreit - es wurde ja schon angesprochen - die Rolle des Arbeitgebers wahrzunehmen. Und die Arbeitgeber der öffentlichen Hand sind die hart arbeitenden Steuerzahler. Sie haben einen Anspruch darauf, dass man einen guten Abschluss erreicht, der noch bezahlbar ist, aber auch gute öffentliche Dienstleistungen sicherstellt.

Den Ausführungen zur Tarifaufonomie, die hier getroffen worden sind, kann ich nur beipflichten.

Liebe SPD, so führt man keine Verhandlungen. Man fällt den eigenen Leuten nicht in den Rücken. Sie meinen: Jetzt haben wir in Köln etwas weniger zu sagen; dann fordern wir einmal Freibier für alle.

Mich würde interessieren, was Ihre leider immer noch vorhandenen SPD-Oberbürgermeister im Lande denn dazu sagen. Wo sind die? Mir ist nicht bekannt, dass die aktuell reihenweise sagen: Wir haben das Geld, und raus damit. - Wo sind die? Mir ist keine Initiative von 20 SPD-Oberbürgermeistern - so viele gibt es ja bestimmt noch in dieser Republik - bekannt, die jetzt sagen würden: Wir müssen allen Forderungen der Gewerkschaft nachgeben. - Das ist mir nicht bekannt.

Darüber hinaus ist der Antrag handwerklich schlecht gemacht.

(Beifall bei der AfD)

Wenn Sie etwas fordern, dann tun Sie das doch bitte mit konkreten Zahlen. Diese haben zu umfassen, was Sie genau für die Beschäftigten erreichen wollen und wie viel das die Stadt kostet. Dann nennen Sie bitte auch die Gegenfinanzierung, zum Beispiel über Einsparungen an anderer Stelle. Schließlich sind wir hier nicht bei „Wünsch Dir was“. Es geht um eine ganze Menge Steuergeld. Da hätten mehr Details hineingehört. Das zeugt von finanzpolitischer Sorglosigkeit. Und so



eine Sorglosigkeit führt bekanntermaßen immer in die Pleite.

Dann schreiben Sie von der hohen Inflation. Das stimmt. Sie trifft viele Menschen in diesem Land hart, gerade Menschen in den unteren Tarifgruppen. Sie haben auch meine Solidarität. Aber was sind denn die Ursachen? Keiner redet über die Ursachen. Die Ursachen sind die Geldpolitik der Europäischen Zentralbank und das ganze Geldgedrucke der letzten Jahre. Daran hat die SPD bisher nirgendwo Kritik geübt.

Außerdem trägt - hausgemacht - die dümmste Energiepolitik der Welt massiv dazu bei. Sie, liebe SPD, sind maßgeblich am Ausstieg aus der friedlichen Nutzung der Kernenergie beteiligt und halten auch schön weiter daran fest.

(Beifall bei der AfD)

Aktuell haben Sie noch die Möglichkeit, das zu stoppen. Ein Angebot ausweiten - in diesem Fall von Energie -, führt bekanntlich zu sinkenden Preisen. Das ist die beste Methode gegen Inflation.

Lassen Sie also endlich die Finger von der planwirtschaftlichen Denkweise Ihres Mitantragstellers, der Linkspartei. Diese Denke hat schon einmal einen deutschen Staat in den finanziellen Ruin getrieben.

Natürlich braucht es einen leistungsfähigen öffentlichen Dienst, gerade mit Blick auf die Daseinsvorsorge. Gute Mitarbeiter gewinnt man durch gute Gehälter. Damit bekommt man gute Dienstleistungen.

Aber dann sollte man sich auch einmal Gedanken darüber machen, wo man im öffentlichen Bereich kürzen kann. Ein bisschen weniger kommunale Außenpolitik und nicht so viel sonstiger Firlefanz wären doch ein Anfang. Dazu kommt von Ihnen nichts.

Oder geschützte Grenzen zur Reduzierung der Zuwanderung, um damit den finanziellen Druck auf die Kommunen zu verringern. Wenn Sie Ihre SPD-Innenministerin dann hoffentlich anrufen, fordern Sie sie doch gleich dazu auf.

Außerdem stellt man sich die Frage, ob der Antrag glaubwürdig ist, wenn man bedenkt, wo die SPD - -

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Es gibt einen Antrag zur Geschäftsordnung. Herr Boyens.

Stephan Boyens (AfD): Frau Oberbürgermeisterin, in Ihrer Rolle als Sitzungsleiterin sollten Sie jetzt einmal eingreifen. Hier gibt es jede Menge Zwischengespräche, und es hört kein Mensch zu. Ich glaube, wir können erwarten, dass Sie Ihrer Rolle als Sitzungsleiterin nachkommen. - Danke.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Vielen Dank für Ihren Ratschlag. - Bitte fahren Sie fort.

Christer Cremer (AfD): Außerdem stellt man sich die Frage, ob der Antrag glaubwürdig ist, wenn man bedenkt, wo die SPD in den letzten Jahrzehnten mitregiert hat. Eines ist sicher: Den Beamten auf Landes- und kommunaler Ebene - und das sind immer andere Tarifabschlüsse - haben Sie in der Vergangenheit einiges zugemutet.

Das ist wirklich schlecht gemachter Populismus von Ihnen, und dann auch noch handwerklich so schlecht. Wissen Sie was? Das mit dem Populismus lassen Sie lieber mal uns machen. Das können Sie nämlich nicht.

(Beifall bei der AfD)

Wir lehnen diesen Antrag ab, weil er nicht glaubwürdig ist.

(Beifall bei der AfD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Meine Damen und Herren, wird weiter das Wort gewünscht? - Das ist nicht der Fall.

Dann kommen wir zur Abstimmung. Wer dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die LINKEN, die SPD-Fraktion, Herr Zimmermann, Die FRAKTION und Frau Gabriel. Gibt es Enthaltungen? - Es enthält sich die Fraktion Volt. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Tagesordnungspunkt

3.1.8 Antrag der SPD-Fraktion betreffend „Linie 13 - Stadtbahnring auch rechtsrheinisch vollenden!“
AN/0471/2023

Änderungsantrag von RM Gabriel (KLIMA FREUNDE)
AN/0567/2023

Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Volt



AN/0573/2023

Ich gebe Herrn Lorenz das Wort.

Lukas Lorenz (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich beginne meine Rede mit einer kurzen Geschichte. Denn ich musste täglich für meine Arbeit von Poll nach Wesseling fahren. Mit meinem Fahrrad brauchte ich für die Strecke etwa 35 Minuten und mit dem Auto 15 Minuten, aber mit der Bahn ganze 57 Minuten - nach meinem Verständnis viel zu lange und auch zu umständlich. Denn mit der Bahn musste ich erst Richtung Norden zum Neumarkt fahren, um dann wieder Richtung Süden zu kommen.

Diese wahnsinnig langen Reisezeiten in Köln liegen an der stark zentralisierten Angebotsstruktur. Sobald der Rhein zwischen zwei Stadtteilen liegt, erhöhen sich die Reisezeiten mit der Bahn erheblich und entscheiden zuungunsten eines attraktiven ÖPNVs. Genau hier muss Verkehrspolitik ansetzen.

(Beifall bei der SPD)

Was wir brauchen, ist also eine weitere Verbindung der Stadtteile außerhalb der Innenstadt bzw. in der Umgehung der Innenstadt. Was wir brauchen, ist eine echte Ringbahn. Die Linie 13 soll endlich vollendet werden.

Dabei muss man sich ja nicht gleich von irgendjemandem sagen lassen, dass meine Fraktion hier etwas vollkommen Utopisches vorschlägt.

(Zuruf: Doch!)

Dass die Idee nicht völlig neu ist, ist auch klar.

(Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]:
Hauptsache, wir reden mal darüber!)

Schon allein die Tatsache, dass schon oft darüber diskutiert wurde, zeigt, dass wir dringend eine solche Bahn brauchen.

(Beifall bei der SPD)

Aber auch andere europäische Metropolen wie Berlin, London oder Wien machen vor, dass solche Verbindungen gerade für den innerstädtischen Verkehr hilfreich sind und diesen entlasten können. Unlängst hat die BVG sogar einen zweiten Ring um Berlin in die Diskussion eingebracht.

Jetzt ist also Köln an der Reihe. Köln braucht diese neue Verbindung über den Rhein dringend.

Denn sie würde endlich das Vorkriegsniveau von nur drei Straßenbahnbrücken steigern und eine vierte Verbindung schaffen.

Ein Ringschluss der Linie 13 ist aber auch stadtentwicklungspolitisch wichtig. Denn die meisten Kölner Entwicklungsflächen liegen rechtsrheinisch, und diese Flächen müssen wir besonders gut erschließen, um den Quell- und Zielverkehr der Autos endlich zurückdrängen zu können. Viel zu viele sind in Köln auf das Auto angewiesen, weil es keine guten, schnellen und komfortablen Alternativen gibt.

(Beifall bei der SPD)

Nur mit einem zügigen und ambitionierten Ausbau von Bus und Bahn werden wir die Emissionsziele im Verkehrssektor noch erreichen können.

Nun noch einige Worte zum Änderungsantrag des Mehrheitsbündnisses: Liebe Kolleg*innen, warum bleiben Sie denn in Ihrem Antrag so zaghaft? Selbstverständlich ist uns bewusst, dass noch eine Machbarkeitsstudie zur Verlängerung der Linie 13 vorgelegt werden muss. Klar ist uns auch, dass hier die Querung des Rheins voruntersucht wird. Aber wenn wir schnell vorankommen wollen, müssen wir auch schon vorher an morgen denken.

Um es deutlich zu sagen: Unsere Fraktion gibt sich nicht der Illusion hin, wenn wir unseren Antrag heute beschließen, morgen schon die Ausschreibung zur Machbarkeitsuntersuchung zu bekommen. Denn zum Beispiel auf die Ausschreibung der Machbarkeitsstudie zum Schnellbusverkehr haben wir satte sieben Jahre warten müssen.

Lassen Sie uns also heute ohne weiteres Warten diese weitere Prüfung beschließen und mutig in die Zukunft schreiten.

(Beifall bei der SPD)

Abschließend möchte ich noch einmal unsere Fraktion und die Partei loben, die diesen sehr ausführlichen und sehr durchdachten Antrag in den Rat einbringt und wichtige Prüfziele festlegt, aber auch Risiken klar und transparent benennt.

Liebe Kolleginnen, stimmen Sie also unserem originalen Antrag zu; schon allein, damit ich nur noch 20 Minuten mit der Bahn nach Wesseling brauche. - Ich freue mich auf eine lebhaftige Diskussion.

(Beifall bei der SPD)



Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Hammer das Wort.

Lino Hammer (Bündnis 90/Die Grünen): Vielen Dank für das erteilte Wort. - Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleg*innen! Liebe SPD-Fraktion, erst einmal vielen Dank für euren Antrag und die Gelegenheit, dass wir uns in diesem Ratssaal wieder einmal zur Zukunft des ÖPNV austauschen und nicht nur in die nahe, sondern auch in die etwas weiter entfernte Zukunft schauen können, wie Herr Lorenz bereits festgestellt hat.

Das Anliegen, die Linie 13 nicht nur im Linksrheinischen bis zum Rhein zu verlängern, sondern gleich auch einen Brückenschlag ins Rechtsrheinische zu wagen, teilen wir uneingeschränkt.

(Beifall von Max Christian Derichsweiler
[Bündnis 90/Die Grünen])

Und weil das so ist, hat zum Beispiel die Bezirksvertretung Rodenkirchen letztmalig am 3. Mai 2021 auf Antrag der Grünen-Fraktion die Machbarkeitsstudie zur Gürtelverlängerung bekräftigt. Erlauben Sie mir trotzdem noch einen kleinen Rückblick darauf, was bisher geschehen ist, und dann den Ausblick darauf, was jetzt kommen wird.

Im Nahverkehrsplan von 2017 ist von der Gürtelverlängerung die Rede, damals zwar noch ohne Brückenschlag, aber die Grundlagen wurden damals gelegt. So wurde dann folgerichtig auch im Juni 2021 die entsprechende Machbarkeitsstudie in Auftrag gegeben, erwähnt in der Mitteilung 03/2021. Dort steht:

In einem ersten Schritt soll eine Machbarkeitsstudie mit Varianten beauftragt werden, die teilweise über den Rhein reichen oder die Parkstadt Süd erschließen.

Sprich: Es wird bereits die Machbarkeit mitberücksichtigt.

In der aktuellen Mitteilung zur ÖPNV-Netzentwicklung heißt es dann auch entsprechend zu den inzwischen - jetzt haben die Projekte auch schon Kürzel: E 1, linksrheinische Gürtelverlängerung, und E 2, rechtsrheinische Gürtelverlängerung - Ringschluss genannten Teilprojekten:

In der derzeit laufenden Machbarkeitsstudie wurden in einer ersten Bearbeitungsphase geeignete Trassenvarianten

ermittelt. In der zweiten Bearbeitungsphase werden für die drei Vorzugsvarianten die technischen und verkehrlichen Machbarkeiten sowie die verkehrlichen Wirkungen untersucht.

Sprich: Wir haben hier gar kein Beschlussdefizit und noch nicht einmal, wie sonst manchmal beschworen wird, ein Umsetzungsdefizit. Die Ergebnisse der Machbarkeitsstudie sollen uns noch vor der Sommerpause präsentiert werden, um dann einen entsprechenden Planungsbeschluss einzuziehen.

Genau aus diesem Grund haben wir auch unseren Änderungsantrag entsprechend formuliert. Aufbauend auf den Ergebnissen dieser bisherigen Machbarkeitsstudie wollen wir dann gemeinsam schauen, wie uns der Ringschluss gelingen kann. Dazu liefern Sie, liebe Kolleg*innen von der SPD, auch schon gute Denkansätze in Ihrem Antrag, machen aber jetzt schon den zweiten Schritt vor dem ersten. Die bisher angedachten Trassen wollen wir natürlich auch freihalten, um nichts zu verunmöglichen. Deshalb auch dieser Änderungsantrag.

Lassen Sie mich aber noch kurz zum zweiten Punkt unseres Änderungsantrags und zu dem, was eigentlich gerade schon im Bereich des Stadtbahnausbaues passiert, kommen. Wir werden später in der Sitzung die Weiterplanung der Linie 5 nach Meschenich beschließen. Die Bahnsteige auf den Linien 4, 13 und 18 werden verlängert, um mit längeren Zügen mehr Kapazitäten zu schaffen. Die Planungen für die Kapazitätserweiterung auf der Ost-West-Achse laufen; Sie alle können die Zwischenergebnisse auf der städtischen Webseite abrufen, ebenso wie die Anbindung des Mülheimer Südens mit der Fortführung nach Flittard.

Die Planungen zur Stadtbahn Bonn-Niederkassel-Köln und die Verlängerung der Linie 7 bis Langel werden ebenfalls angegangen. Darüber hinaus laufen bei der KVB Stadtbahnbeschaffungsprojekte im Wert von gut einer Milliarde Euro, und wir sanieren unsere bestehenden Stadtbahnstrecken und Haltestellen; Sie alle konnten es der Presse in den letzten Tagen entnehmen. Gerade weil so viele Projekte parallel laufen und wir so viel investieren wie schon lange nicht mehr, bedarf es natürlich auch einer Priorisierung.

Wir werden nicht alles, was im Zielnetz 2032+ von KVB und Stadtverwaltung enthalten ist, gleichzeitig abarbeiten können. Was wir also benötigen, ist eine Übersicht über die aktuellen Priorisierungen innerhalb der Verwaltung, die über die aktuellen



Sachstandsmitteilungen in der ÖPNV-Netzentwicklung hinausgeht. Wenn wir diese Priorisierungen dann haben, liebe Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie uns gemeinsam schauen, ob hier Nachsteuerungsbedarf besteht, was wir realistisch, aber ambitioniert erreichen können und wo wir unsere Ressourcen am effizientesten und mit dem größten Mehrwert für die Kölnerinnen und Kölner einsetzen können.

Ich möchte Sie also herzlich einladen, unserem Änderungsantrag zuzustimmen, um dem Ringschluss der Linie 13 eine realistische Chance zu geben und gemeinsam den ÖPNV, das Rückgrat unserer städtischen Mobilität, voranzubringen. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau De Bellis das Wort.

Teresa De Bellis-Olinger (CDU): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Eben hatte ich die Anrede vergessen, deshalb möchte ich sie jetzt besonders betonen. - Lieber Kollege Lukas Lorenz, du bist ja noch nicht so lange dabei.

(Zurufe: Oh!)

- Moment mal, Sie wissen gar nicht, was ich sagen möchte.

Deshalb ist es auch entschuldigt, dass wir heute einen Antrag mit einer Beschlussfassung erhalten, die bereits beschlossen worden ist. Herr Hammer hat bereits einige Punkte aufgezählt, die damals Grundlage des Beschlusses waren, aber ich möchte doch noch erwähnen, dass unsere ehemalige Verkehrsdezernentin Andrea Blome - wir sollten ihr an dieser Stelle eine gute und schnelle Genesung wünschen - schon damals den Weitblick hatte, verwaltungsintern eine Machbarkeitsstudie für die Erweiterung der Linie 13 auf den Weg zu bringen.

Teil des Auftrags war auch die Untersuchung eines südlichen Ringschlusses über den Rhein nach Mülheim, so wie es auch jetzt der SPD-Antrag vorsieht. Auch wenn wir schon zeitnah mit der Vorstellung der Ergebnisse aus dieser Studie rechnen, halten wir es für richtig, noch einmal zu bekräftigen, dass wir diesen Ringschluss als sinnvolle Ergänzung des Kölner ÖPNV ansehen.

So erwarten wir schnellere Verbindungen zwischen den südlichen Stadtteilen links und rechts des Rheins, da die Fahrt durch die Innenstadt entfällt - eine Entlastung in den Bahnen der Innenstadt -, wodurch weitere Fahrgäste in diesem Bereich erreicht werden können. Auch wenn es hierfür keine kurzfristige Lösung gibt, sind bereits jetzt die Weichen so zu stellen, dass durch weitere Projekte die Chancen für eine spätere Realisierung nicht verbaut werden.

Zu unserem zweiten Punkt des Antrags: Ich möchte nicht alle Maßnahmen, die mein Kollege Lino Hammer richtigerweise aufgezählt hat, nennen, sondern sagen, dass wir diese Priorisierung der ÖPNV-Netzentwicklung für unverzichtbar halten. Denn nur so können wir auch wichtige zukünftige Projekte weiterentwickeln, und sie werden nicht aufgehalten oder sogar verhindert. Eine langfristige Planung der Stadtverwaltung ist notwendig. Dazu gehört die vorausschauende Planung, was zum Beispiel das Freihalten zukünftiger Trassen und bestehender Schieneninfrastruktur betrifft.

Ich werbe um breite Zustimmung zu unserem Antrag und freue mich darauf, die Ergebnisse im Verkehrsausschuss gemeinsam zu diskutieren - für Köln und die Zukunft des ÖPNV.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Tokyürek das Wort.

Güldane Tokyürek (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir als LINKE sind selbstverständlich Freunde des ÖPNV und fordern natürlich den massiven Ausbau. In den letzten Jahren ist insbesondere zu wenig im Ausbau der Schiene passiert, darüber beschweren wir uns regelmäßig. Das Unglück am Waidmarkt hat die Entwicklung des ÖPNV stark gehemmt. Die überflüssige Diskussion um eine neue U-Bahn in der Innenstadt verhindert weitere Schritte beim Ausbau in der Fläche.

(Beifall bei der LINKEN)

In der ÖPNV-Roadmap sind die Vorstellungen und Ideen des Ausbaus in Köln und Umgebung dargestellt. Dieses Papier sollte als Grundlage für die Diskussion um die Weiterentwicklung des ÖPNV dienen. Hierbei muss man sich anschauen: Was ist wann überhaupt realistisch?



Neue Ideen müssen auch mit den Planungen von Bahn und NVR abgeglichen werden. Lassen Sie uns alle dafür arbeiten, dass die S-Bahn über die Südbrücke kommt! Es ist höchst fraglich, ob eine Straßenbahnbrücke zwischen der Südbrücke und der Rodenkirchener Brücke in den nächsten Jahrzehnten realistisch ist. Wir glauben nicht daran,

(Ulrich Breite [FDP]: Ich auch nicht!)

zumal es in der längerfristigen Planung eine Stadtbahnbrücke südlich von Köln geben soll. Diese soll die künftige Verlängerung der Linie 7 von Porz in den rechtsrheinischen Teil von Bonn mit der linksrheinischen Nord-Südstadt von Köln verbinden. Wir fragen uns, ob es zielführend ist, immer mehr Machbarkeitsstudien für Einzelprojekte zu erarbeiten. Hierzu wurde von Lino Hammer gesagt: priorisieren. Deshalb meinen wir, wir müssen auch priorisieren: Was ist realistisch, und zu wann ist es realistisch? Deshalb sagen wir: Lassen Sie uns erst einmal die Dinge angehen, die konsensfähig und realistisch sind: die Anbindung von Neubrück, Flittard und Stammheim, eine Stadtbahn auf der Frankfurter Straße, die Anbindung von Widdersdorf.

Sie sehen anhand der Rede, wir werden uns bei den Anträgen enthalten, weil wir sagen: Machbarkeitsstudien haben wir genug, deshalb halten wir diese Anträge nicht für zielführend. - Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Sterck hat jetzt das Wort.

Ralph Sterck (FDP): Werte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Jetzt muss ich erst einmal den Kollegen Lorenz gegen den Anwurf von Frau De Bellis in Schutz nehmen. Wenn wir hier - und das war ja unsere Initiative heute - eine vernünftige Beschlusskontrolle hätten, was wir alles schon beschlossen haben und wie die Umsetzung ist, dann könnten sich auch neue Ratsmitglieder anschauen, was alles schon beschlossen worden ist und wie weit die Verwaltung damit ist.

(Beifall bei der FDP und der SPD)

An dieses Thema müssen wir dringend herangehen. Wir verhandeln gern auch mit dem Bündnis darüber, wie wir dazu eine breite Mehrheit hinbekommen. Mir ging es nicht - deshalb haben wir es heute zurückgestellt - darum, hier ein Feuerwerk

abzubrennen; es geht um die Arbeitsgrundlagen für diesen Rat.

Die Ausgangslage dieser Initiative ist so ähnlich auch bei uns gewesen. Es gab diese Broschüre zur polisMOBILITY, zu der es zwei Abbildungen mit unterschiedlichen Trassen gab, wie die Linie 13 im Rechtsrheinischen verlängert werden kann. Wir haben daraufhin eine Anfrage gestellt, und die Antwort war ungefähr so, dass jetzt diese Machbarkeitsstudie kommt. Und wir haben gesagt: Okay, dann warten wir das mal ab. Diese Geduld hatte die SPD anscheinend nicht. Es ist ja auch okay, wenn man in Sachen ÖPNV-Ausbau etwas ungeduldig ist. Das gibt natürlich dann schöne Fotomontagen, so eine Linie 13 auf der Südbrücke, wobei dann von denjenigen, die sich genauer damit beschäftigen, hier auch schon ein paar kritische Töne zu hören waren, dass man sagt: So dann bitte dann doch nicht, denn wir haben bei der Südbrücke etwas anderes für den ÖPNV vor.

(Michael Weisenstein [DIE LINKE] nickt)

- Der Kollege Weisenstein nickt. - Ja, wir wollen die S 16 darüber bringen, und die Fachleute wissen, dass es mit dem Verkehrswert auch nicht so rosig aussieht; und wenn wir jetzt als Stadt Köln der S 16 Konkurrenz machen, macht das wenig Sinn. Außerdem liegt sie noch einmal 1,3 Kilometer nördlich vom Gürtel, das heißt, man müsste einen Riesenumweg machen, um erst einmal die Südbrücke zu erreichen.

Damit sind wir bei dem, was die Kollegin Tokyürek gerade gesagt hat, dass es viele Wünsche gibt, wie man noch über den Rhein kommt: die S 16. Dann gibt es Leute - wir haben auch hier im Rat schon den Antrag gehabt -, die sagen: Wir müssen die U 15, also unsere Linie 15, vom Ubierring in den Deutzer Hafen bringen. Außerdem hat, glaube ich, Frau Martin mal im Wahlkampf eine Linie auf der Inneren Kanalstraße genannt, die Linie 14, die dann vielleicht irgendwo an der Schöenhauser Straße herübergeht.

(Christiane Martin [Bündnis 90/Die Grünen] nickt)

Die Wünsche sind also vielfältig, und wir müssen aufpassen, dass wir uns nicht selbst die 16 unmöglich machen, indem wir hier zu viel Konkurrenz machen.

Aber es geht um die Beschleunigung des ÖPNV-Ausbaus, und dabei hilft es nichts, Herr Kollege Hammer, wenn wir hier lange Listen vorlesen, wie die Roadmap aussieht. Das ist alles bekannt, nur:



Die Roadmap ist von 2018, der letzte Sachstand, den die Verwaltung gegeben hat, von 2022. Dazwischen liegen vier Jahre, und auch bei den Projekten sind in den meisten Fällen wieder drei, vier Jahre draufgekommen. Wo vorher einmal stand, es solle ab 2030 etwas passieren, heißt es jetzt halt: ab 2032.

Auch das Wort „ab“ ist natürlich sehr verdächtig, denn das kann alles heißen. Es kann auch der Sankt-Nimmerleins-Tag sein, wann wir hier den ÖPNV bekommen, und dazu muss ich sagen: Wir können nicht alles gleichzeitig machen, aber es muss einfach mal vorangehen. Bei der Roadmap sind die meisten Dinge erst in den 2030er-Jahren geplant, und das ist für die Verkehrswende zu spät, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der FDP und der SPD)

Deshalb haben wir dann doch sehr viel Sympathie für diese Initiative, und, liebe Kollegin Tokyürek, es geht gerade dann darum, wenn man langfristige Projekte macht: Der Ringschluss der Linie 13 ist nichts für diese Periode und nichts für dieses Jahrzehnt, wahrscheinlich noch nicht einmal etwas für das nächste Jahrzehnt.

Aber wenn dann spätere Generationen von Kommunalpolitikern diese Linie wollen, brauchen wir die Trassen, und unsere Aufgabe und Verantwortung, die wir für die Zukunft, für die zweite Hälfte des Jahrhunderts haben, ist, die Trassen festzuhalten.

(Beifall bei der FDP und der SPD)

Deshalb brauchen wir eine Machbarkeitsstudie, brauchen wir eine Trasse, um Grundstücke zu erwerben. Daher finde ich die Initiative im Grunde richtig und den Änderungsantrag - der Kollege Lorenz hat gesagt: etwas zaghaft -, auf meinem Redezettel steht: etwas dünn. Man hätte es auch einmal laufen lassen können, liebe Kolleginnen und Kollegen vom Bündnis. Die Initiative ist richtig. Wenn wir irgendwann einmal die Möglichkeit geben wollen, eine Linie 13 als Ring zu bauen, dann brauchen wir jetzt die Machbarkeitsstudie und die Trassen.

(Beifall bei der FDP und bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Deshalb stimmen wir dem SPD-Antrag zu.

(Beifall bei der FDP und der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Venturini das Wort.

Isabella Venturini (Volt): Vielen Dank. - Unser Änderungsantrag wurde ja bereits recht gut vorgestellt. Herr Lorenz, auch wir sind erst seit Kurzem dabei, und wir möchten trotzdem erst die Ergebnisse der Machbarkeitsstudie abwarten. Ich denke, wir bewegen uns alle in dieselbe Richtung, wir stehen überhaupt nicht gegensätzlich zueinander. Wir wollen einfach nur den ersten Schritt vor dem zweiten machen, und ich meine, das Wichtigste an unserem Änderungsantrag ist der Punkt 2. Wir haben, wie bereits mehrmals gesagt wurde, unfassbar viele Projekte für die Verkehrswende auf dem Schirm. Leider sind unsere Ressourcen dafür aber nicht unendlich, daher müssen wir politisch erst einmal priorisieren. Hierzu müssen wir nochmals intensiv in die Diskussion gehen und uns alle verabreden, worauf wir die Ressourcen der Stadtverwaltung fokussieren wollen. Das ist letztendlich aus unserer Sicht das Wichtigste an dem Änderungsantrag. - Vielen Dank.

(Beifall bei Volt und bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Büschges das Wort.

Matthias Büschges (AfD): Ich mache es auch vom Platz. - Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Herr Sterck, auf meinem Redezettel steht auch „dünn“, und ich denke, damit ist alles gesagt. Wir würden auch dem SPD-Antrag zustimmen und dem Änderungsantrag nicht. - Danke.

(Beifall bei der AfD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Gabriel, wünschen Sie das Wort?

(Ngoc-Anh Gabriel [KLIMA FREUNDE]:
Ist das schon der Punkt zu meinem Änderungsantrag?)

Ich sehe niemanden, der sonst das Wort wünscht. - Bitte.

(Ngoc-Anh Gabriel [KLIMA FREUNDE]:
Dann komme ich nach vorne!)



Ngoc-Anh Gabriel (KLIMA FREUNDE): Liebe alle! Das übergeordnete Thema ist natürlich wichtig und richtig. Nach Beratung mit der Verkehrswende Köln, die ja als Fachexpert*innen die Bedarfslage der Kölner Mobilität sehr gut kennen, möchte ich fünf Punkte anmerken:

Erstens. Im Antrag wird sich sehr auf die Linie 13 versteift. Warum kann es nicht auch die Linie 15 oder eine neue Linie, Arbeitstitel „Linie 14“, für eine an der Schönhauser Straße den Rhein querende Linie sein?

Zweitens. Des Weiteren wird sich auf einen geschlossenen Ring versteift. Die Ringstruktur Kölns muss aber nicht unbedingt im Rechtsrheinischen fortgesetzt werden. Warum kann es nicht eine Bypasslinie oder eine halbrunde Linie sein?

Drittens. Zudem werden fast nur Varianten vorgeschlagen, die einen Tunnel benötigen oder Absprachen mit Bundesinstitutionen, wie zum Beispiel der Bahn oder der Autobahn GmbH, was erfahrungsgemäß sehr lange dauert oder gar scheitert.

Viertens. Die einfachsten Möglichkeiten, wie etwa eine Umweltbrücke am Ubiering und an der Schönhauser Straße, werden nicht vorgeschlagen.

Fünftens. Bei der Version Südbrücke ist unklar, wie es im Linksrheinischen weitergeht. Wie kommt die Bahn von der Südbrücke zum Gürtel? Wie kommt die Linie 15 mit darauf? Ist das technisch überhaupt machbar? Es ist bekannt, wie schwierig es ist, die Südbrücke zu erweitern.

Aus diesen Gründen bitte ich um Zustimmung, zum einen, den Suchraum bis zum Ubiering zu erweitern und ausdrücklich auch eine Brücke an der Schönhauser Straße zu untersuchen, und zum anderen die Suche nicht nur auf die Linie 13 zu beschränken. - Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich komme jetzt zur Abstimmung und lasse zunächst über den Änderungsantrag von Frau Gabriel abstimmen, dann über den Änderungsantrag von Grünen, CDU und Volt und danach über den Ursprungsantrag, eventuell in geänderter Fassung.

Wer wünscht, dem Änderungsantrag von Frau Gabriel zuzustimmen, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist Frau Gabriel. Gibt es Enthaltungen?

gen? - Es enthalten sich DIE LINKE, Herr Zimmermann und Die FRAKTION. Dann ist das abgelehnt.

Ich lasse jetzt über den Änderungsantrag von Grünen, CDU und Volt abstimmen. Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind Bündnis 90/Die Grünen, die CDU, Die FRAKTION und Volt. Enthaltungen? - Es enthält sich DIE LINKE. Dann ist das so beschlossen.

Ich lasse jetzt über den Ursprungsantrag in der geänderten Fassung abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Bei der SPD-Fraktion. Enthaltungen? - Es enthalten sich die FDP, die AfD, Herr Zimmermann, Frau Gabriel und DIE LINKE. Dann ist der Antrag so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

3.1.9 Antrag der Fraktion Die Linke. betreffend „Konsequenzen aus der Liste der Großbauprojekte ziehen: Projekte streichen - Projekte priorisieren - Kulturwandel bei der Planung und Realisierung von Großprojekten“
AN/0470/2023

Herr Kockerbeck hat das Wort.

Heiner Kockerbeck (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Aus gutem Grund hat die Verwaltung dem Rat vor einem halben Jahr die Liste der Großbauprojekte vorgelegt. Seit einem halben Jahr diskutieren die Gremien darüber. Jetzt ist es Zeit, Konsequenzen daraus zu ziehen.

Meine Fraktion geht dabei von folgenden Grundgedanken aus: Bundesweit wird der Investitionsstau in den Kommunen auf 160 Milliarden Euro beziffert. Nicht allein Köln hat also ein Problem mit einem enormen Investitionsstau. Im Übrigen sollten sich angesichts dessen einige Parteien im Rat dringend überlegen, ob ihre Bundesparteien auf der Bundesebene die volkswirtschaftlich unsinnige Schuldenbremse in der Verfassung noch für sinnvoll halten sollten, die DIE LINKE immer kritisiert hat. Sie hat auch zu den aufgeschobenen Instandhaltungen geführt, die jetzt alle auf einmal bei Schulen, Brücken und Museen durchgeführt werden müssen, nachdem sie jahrzehntelang vernachlässigt wurden.

(Zuruf von Christer Cremer [AfD])



Aber ich denke, wir sind uns schon einig - so habe ich die bisherigen Diskussionen verstanden -: Mit der fatalen Vernachlässigung der öffentlichen Investitionen muss Schluss sein. Es steht eine Reihe wichtiger Sanierungen und Neubauten an. Allerdings müssen wir uns gut überlegen, wie wir dabei vorgehen. Rat und Verwaltung müssen hier und jetzt Handlungsfähigkeit zeigen und Schlussfolgerungen aus der Krise bei den Kölner Großbauten setzen, und diese heißen vor allem: priorisieren.

Meine Fraktion schlägt heute drei Beschlusspunkte vor. Der erste Punkt umfasst Vorschläge an fünf großen Projekten, die eingestellt oder so geändert werden sollen, dass sie stark eingegrenzt werden. Die Kosten dieser Projekte betragen rund 1 Milliarde Euro. Darunter befinden sich die seit Langem im Rat kontrovers diskutierten Projekte Untertunnelung der Ost-West-Achse, die historische Mitte und der östliche Ringschluss im Mülheimer Süden. Eine völlig neue Autotrasse braucht die Welt in Zeiten der Verkehrswende nicht mehr.

(Beifall bei der LINKEN)

Die weiteren in der Liste aufgeführten fast 120 Projekte werden durch die Verwaltung - das ist Punkt 2 - unverzüglich bewertet und priorisiert. Die Verwaltung legt also einen Handlungsleitfaden vor, damit der Rat darüber befinden kann.

Der dritte Punkt unseres Antrags ist: Bei allen zukünftigen Großprojekten sind die Empfehlungen der Reformkommission Bau von Großprojekten beim Bund strikt zu beachten. Hätte die Sanierung der Oper nach diesen Empfehlungen - sie sind im Antrag abgedruckt - stattgefunden, wäre der Stadt das spätere Desaster erspart geblieben.

Der Handlungsleitfaden zur Priorisierung von Bauprojekten sollte einfachen, logischen Grundsätzen folgen, denen alle demokratischen Parteien im Rat zustimmen können. In der bisherigen Diskussion schält sich meines Erachtens schon heraus, dass das wichtigste Kriterium ist: Sind diese Projekte wichtig für die Kölner Bevölkerung? Welche Bauvorhaben dienen der Daseinsvorsorge? - Im Moment müsste hier aktuell im Vordergrund stehen, dass der Schulbaunotstand beseitigt, die Verkehrs- und die Energiewende beschleunigt und der riesige Mangel an Mietpreis günstigen Wohnraum angegangen werden.

Weiterhin schwebt uns vor, dass pragmatische, an bisherigen Verwaltungsprozessen orientierte Gesichtspunkte Eingang finden sollen: In welchem Planungsstadium ist das Bauvorhaben? Ist

es bereits personalisiert? Bestehen gesetzliche Verpflichtungen zur Durchführung, wie zum Beispiel die Unterbringungspflicht für Geflüchtete und Obdachlose, der Brandschutz oder die Barrierefreiheit?

Für 79 Projekte auf der Liste der Großbauprojekte gibt es bislang keinen Baubeschluss, und 28 Projekte sind bei der Gebäudewirtschaft noch nicht personalisiert. Hier müsste also aus pragmatischen Gesichtspunkten hinsichtlich der Priorisierung angesetzt werden. Weiterhin ist ein wichtiger politischer Gesichtspunkt: Wo ist in der Stadt der Bedarf am größten? - Wir denken, dass dies die 15 Sozialraumgebiete sind, wo viele Menschen mit geringem Einkommen leben, wo der gesellschaftliche Zusammenhalt durch die Stadt organisiert werden muss und oft Familien und Alleinerziehende um ihre Existenz ringen. Hier muss mit Priorität angesetzt werden.

(Beifall bei der LINKEN)

Ferner ist für unsere Fraktion auch wichtig, ob das Bauvorhaben ökologischen Gesichtspunkten nachkommt, zum Beispiel Sanierung vor Abriss, Neubau bei Einzelfallprüfung - also einzelner Projekte -, und ob durch das Bauvorhaben langfristig Kosten eingespart werden. Es ist unabdingbar - das haben wir heute bereits und beim letzten Mal diskutiert -, dass die Stadt für all diese Vorhaben, die ganz zentral für die Kölner Bevölkerung sein werden, mehr Personal braucht. Wir sind auch der Auffassung, die der Kollege Krupp eben geäußert hat: Die Kluft zwischen den Einkommen in der privaten Wirtschaft und denen im öffentlichen Dienst ist zu groß. Hier muss angesetzt werden.

(Beifall bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Martin hat jetzt das Wort.

Christiane Martin (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Lieber Herr Kockerbeck, liebe LINKE, dass die seit fünf Monaten vorliegende Liste jetzt noch nicht abschließend zur Kenntnis genommen bzw. behandelt wurde, liegt nicht daran, dass sie in Schubladen gelegen hat, sondern sie ist fleißig studiert worden, sie ist sortiert worden und sie ist auch diskutiert worden. Gleichwohl sehen wir heute noch keinen Zeitpunkt für eine abschließende Entscheidung.



Das Studieren hat ergeben, dass die Liste, wie erwartet, sehr lang ist, dass sie eine gute Grundlage ist, um verantwortungsvoll zu entscheiden, wie wir zukünftig mit Vorhabenbeschlüssen umgehen. Das Sortieren hat ergeben, dass diese 128 Projekte - das haben Sie, Herr Kockerbeck, auch gerade gesagt - zum großen Teil einfach notwendig sind. Wenn es um Betriebssicherheit geht, dürfen wir nichts davon streichen; und ich denke, bei Schulbauten wollen wir nichts davon streichen.

Das Diskutieren hat in den Fachausschüssen und in den Fraktionen stattgefunden. Nun fehlen aber für eine abschließende Beschlussfassung noch einige Informationen. Die Verwaltung arbeitet gerade aktuell an einem Leitfaden, und wir - ich spreche für das Bündnis aus Grünen, CDU und Volt - würden diesen Leitfaden gern abwarten und dann im Hauptausschuss diese Liste weiterdiskutieren und abschließend behandeln. Dies ist bitte als Verweisungsantrag in den Hauptausschuss aus dem Bündnis heraus aufzufassen. - Danke schön.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen
und bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Aber wir debattieren das erst, so ist das gedacht?

(Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]:
Ja! - Niklas Kienitz [CDU]: Wer noch möchte!)

- Okay. Wird von der CDU das Wort gewünscht? - Herr Joisten.

Christian Joisten (SPD): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir sind der LINKEN dankbar, dass sie das Thema noch einmal in den Rat gebracht hat. Es ist schon einige Tage her, dass wir als SPD gefordert haben, dass wir eine solche Aufstellung der großen Bauprojekte brauchen. Wir sind auch der Auffassung - insofern deckt sich das an dieser Stelle auch -, dass die Liste so, wie wir sie im Moment haben, nicht geeignet ist, die entsprechenden Priorisierungen und Entscheidungen seitens des Rates zu treffen, weil uns in der Tat wesentliche Informationen fehlen. Auch das haben wir jetzt in verschiedenen Ausschüssen deutlich gemacht und der Verwaltung mitgegeben.

Leider ist im Moment in der Umsetzung noch nichts passiert. Ich hörte gerade, es kommt noch etwas; das ist ein gutes Signal. Insofern haben wir

den Antrag auch für uns als etwas interpretiert, das vielleicht hilft, noch einmal etwas Drive hinzubringen.

Ich will aber auch inhaltlich auf den Antrag eingehen, da er einige Punkte enthält, bei denen wir sagen: So können wir eigentlich nicht damit umgehen. Das ist der gesamte Abschnitt 1 des Antrags. Ohne weitere Debatte heute diese ganzen Großprojekte, die darin genannt sind und die aus unserer Sicht an vielen Stellen wirklich eine substantielle Zukunftsbedeutung für die Stadt haben, mal eben abzuräumen, wäre fahrlässig und würde unserer Verantwortung nicht gerecht. Insofern können wir an dieser Stelle unmöglich mitgehen. Das müssen wir sauber auch in den entsprechenden Fachausschüssen beraten, und dazu brauchen wir die Orientierung der Verwaltung. Von daher also Ablehnung des Punktes 1 in jedem Fall.

(Beifall bei Teilen der SPD)

Die Beschlussvorschläge unter Punkt 2 teilen wir im Wesentlichen. Ob man nun jeden davon in der Tiefe bräuchte, kann man mit Sicherheit auch noch einmal diskutieren. Insofern will ich schon vorwegnehmen: Die Verweisung in den Hauptausschuss findet durchaus unsere Zustimmung, um dies vielleicht auch noch einmal etwas anzureichern, zumal einige der geforderten Dinge bereits in der Liste enthalten sind. Richtig ist die Botschaft: Es braucht mehr Informationen. Da könnten wir aber, wenn wir heute abstimmen müssten, mitgehen.

Bei Punkt 3 finde ich, das ist State of the Art; das sind die Aspekte, wie heute Großprojekte angelegt werden müssen. Insofern bin ich der LINKEN dankbar, dass sie das noch einmal aufgeschrieben hat; und ich würde mir sehr wünschen, dass das auch heute schon der Standard ist, wie die Verwaltung arbeitet. Vielleicht kann uns die Verwaltung bis zum Hauptausschuss auch dazu noch einmal etwas zur Kenntnis geben.

Ich fasse zusammen: Heute können wir dem Punkt 1 keinesfalls zustimmen. Wir wären sehr dafür, noch einmal über Punkt 2 zu sprechen und zu Punkt 3 vielleicht auch mehr Informationen zu erhalten. Wir freuen uns daher, dass wir das noch einmal im Hauptausschuss aufrufen. Das war auch der bisher federführende Ausschuss für die Großbauprojekte.

Abschließend danke ich der LINKEN für die Initiative und das Aufrufen des für Köln wirklich wichtigen Themas: Wie handeln wir eigentlich Großbauprojekte? Insofern werden wir uns zu diesem



Thema im Hauptausschuss und wahrscheinlich irgendwann auch im Rat wiederhören. - Danke für das Zuhören.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Ruffen hat das Wort.

Stefanie Ruffen (FDP): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen der LINKEN, ich wollte ganz freundlich anfangen, und dann kommen Sie mit so etwas wie der Schuldenbremse um die Ecke.

(Heiner Kockerbeck [DIE LINKE]: Das habe ich doch extra gesagt!)

- Nein, man muss es den LINKEN immer wieder erklären: Man kann jeden Euro nur einmal ausgeben. Punkt.

(Beifall bei der FDP)

Nein, eigentlich, lieber Heiner, habt ihr recht mit eurem Antrag. Ich erinnere daran, dass Anne Henk-Hollstein in unserem Bauausschuss aufzeigte und fragte: Was erwartet die Verwaltung jetzt eigentlich von uns, was wir mit dieser Vorlage machen sollen? Ich glaube, liebe Kolleg*innen von der LINKEN, sie erwartet genau das, was ihr heute macht. Bei einigen Dingen wären wir als FDP sogar sofort dabei. Es ist ja kein Geheimnis, dass die Historische Mitte jetzt nicht unsere Zustimmung gefunden hat und auch nie finden wird.

(Beifall bei der FDP)

Aber - dass jetzt ein Aber kommt, habt ihr sicher geahnt - unseres Erachtens - darin stimme ich meinen Vorrednern zu - ist es zu früh, denn die Unterlage „Liste Großbauprojekte“ ist absolut unzureichend, um solche weitreichenden Entscheidungen zu treffen.

(Beifall bei der FDP)

Es fehlen Projekte, es fehlt eine Zeitachse, außerdem sind wir auch nicht in der Lage, zu sagen: Was kann jetzt, was kann später kommen? Da werden Sachen vermischt. Wir haben zum Beispiel schon gefordert, dass die Kulturbauten völlig getrennt betrachtet werden sollen; denn es ist ja richtig, es will ja niemand eine Schule streichen. Egal, was sie kosten, wir müssen die Schulen bauen!

(Dr. Helge Schlieben [CDU]: Doch, anstreichen!)

- Anstreichen, Helge, da hast du recht.

Ansonsten brauchen wir über Schulen, denke ich, nicht zu diskutieren. Aber zum Beispiel die Kulturbauten, haben wir gesagt, müssen wir gemeinsam betrachten, denn sie hängen teilweise zusammen.

Ja, und dann gibt es einige Punkte von euch, bei denen sich mir die Nackenhaare sträuben. Ich nehme einmal die Bastei heraus. Wenn es nach uns gegangen wäre, würden wir uns überhaupt nicht mehr darum kümmern müssen, sondern irgendjemand anderes.

(Beifall bei der FDP)

Aber jetzt haben wir das Ding am Bein, und dann schlägt ihr ernsthaft vor, sie baulich nur zu sichern. Ein Gebäude mitten in der Stadt nur baulich zu sichern, das sind jedes Jahr Gelder - für absolut gar nichts -, die uns woanders fehlen. Man darf es dann vermutlich noch nicht einmal betreten. Wir versuchen gerade, die Hallen in Kalk endlich einer Nutzung zuzuführen, weil wir in jedem Jahr Millionen zum Erhalt hineinpumpen. Wie viele Bauruinen, die wir in jedem Jahr pflegen, wollen wir uns denn noch leisten?

(Beifall bei der FDP und von Maria Helmis [SPD])

Also, eine nicht so lange Rede und ein noch kürzerer Sinn: Ich finde das Ansinnen gut, aber zustimmen können wir nicht. So weit sind wir meiner Meinung nach nicht. - Danke.

(Beifall bei der FDP - Zuruf von der LINKEN: So weit geht die Freundschaft dann doch nicht!)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Achtelik das Wort.

Christian Achtelik (Vlt): Vielen Dank. - Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Wir möchten dem Verweisungsantrag natürlich folgen und dem Punkt 2 die Frage hinzufügen, für welche Projekte eine Bedarfsanalyse durchgeführt wurde. - Vielen Dank.

(Jörg Detjen [DIE LINKE]: Herr Greitemann, wann kommen denn die Leitlinien?)



Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Eines geht nur. Also, dem Verweisungsantrag zustimmen - das werden wir gleich erleben -, dann ist es verwiesen, dann ist es weg. Dann können wir nicht noch einen Änderungsantrag machen.

Christian Achtelik (Volt): Dann machen wir das im Hauptausschuss. - Danke.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Gabriel, wünschen Sie noch das Wort? - Nein. - Herr Zimmermann.

Thor-Geir Zimmermann (GUT Köln): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sie wurden mehrfach erwähnt, die Leitlinien, die nun kommen sollen, und Herr Detjen hatte auch gerade lautstark nach ihnen verlangt. Wann kommen Sie denn nun? Können Sie dazu schon etwas sagen?

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich glaube, sie kommen sehr bald. Mir haben sie im Entwurf schon vorgelegen, aber ich konnte noch etwas daran verbessern. Ich wollte sie Ihnen so noch nicht vorlegen, wenn ich selbst meine, man könnte noch etwas anders machen.

(Jörg Detjen [DIE LINKE]: Kommen sie denn noch vor Ostern?)

Herr Greitemann, was meinen Sie?

(Heiterkeit)

Beigeordneter Markus Greitemann: Bis zum nächsten Hauptausschuss.

(Zuruf: Ins Protokoll!)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Das nehmen wir alles ins Protokoll auf.

Dann lasse ich jetzt über den Verweisungsantrag in den Hauptausschuss abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - DIE LINKE. Gibt es Enthaltungen? - Frau Gabriel. Dann wird verwiesen.

3.1.10 Dringlichkeitsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU, SPD, Die Linke., FDP, Volt und von RM Gabriel

**(KLIMA FREUNDE) und RM Zimmermann (GUT Köln) betreffend „Finanzierung Deutschlandticket“
AN/0574/2023**

Herr Hammer hat zunächst das Wort.

Lino Hammer (Bündnis 90/Die Grünen): Ich glaube nicht, dass ich die fünf Minuten brauche. - Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch in Anbetracht der Zeit will ich mich kurzfassen. Sie sehen ja auch alle, dass der komplette Rat auf diesem Antrag steht.

Worum geht es? - In gut sechs Wochen wird der Nachfolger des 9-Euro-Tickets, das sogenannte Deutschlandticket, an den Start gehen. Dieses Ticket ist in der Tat eine kleine Revolution: Wir haben keine Tarifgrenzen mehr, unbeschwertes deutschlandweites Reisen im Nahverkehr für einen vergleichsweise geringen Preis. Doch leider sind hier noch etliche offene Fragen zu klären, angefangen von der dauerhaften auskömmlichen Kofinanzierung durch Land und Bund bis hin zur gerechten Einnahmenaufteilung.

Erlauben Sie mir trotz der wirklich ausführlichen Begründung noch ein paar erläuternde Worte, warum auch das heute dringlich ist; denn es liegen zwar Finanzierungszusagen seitens des Bundes und der Länder für die kommenden Jahre vor, es ist aber weiter unsicher, was ab 2025 passieren wird. Wenn es hier keine Folgefinanzierung geben wird, kommen durch die entgangenen Erlöse Kosten im oberen zweistelligen Millionenbereich auf uns als Kommune zu, und zwar jährlich.

Es kann nicht sein, dass hier das Konnexitätsprinzip außer Kraft gesetzt wird und auf einmal die kommunalen Verkehrsbetriebe bzw. die Kommunen das zahlen müssen, was Bund und Länder vereinbart haben. Ich will hier nicht so weit gehen wie der Bundesrechnungshof und die Unvereinbarkeit mit der Verfassung infrage stellen, aber es ist vollkommen klar, dass die Kommunen und die kommunalen Verkehrsunternehmen mit an den Verhandlungstisch gehören.

Nicht nur die offenen Finanzierungszusagen, sondern auch die Einnahmenaufteilung stellt unsere kommunalen Verkehrsunternehmen vor große Herausforderungen. Wenn tatsächlich der SPNV, also S-Bahn und Regionalverkehr, gegenüber den kommunalen Bussen und Bahnen privilegiert werden sollten, wird nicht nur der Kuchen an sich kleiner, sondern wir bekommen auch noch ein



deutlich kleineres Stück davon. Die Konsequenzen für unseren kommunalen ÖPNV können wir nur erahnen.

Wir haben gerade schon darüber gesprochen, vor welchen Herausforderungen und Investitionsprogrammen wir als Stadt und als KVB stehen. Diesen Ausbau werden wir nur mit ausreichender Unterstützung von Land und Bund stemmen können; denn für die Verkehrswende sind wir alle dringend auf einen gut ausgebauten und kostengünstigen ÖPNV angewiesen. Von daher freut es mich, dass wir uns unter diesem gemeinsamen Antrag hier versammeln konnten und die entsprechenden Signale und Botschaften an Bund und Land sowie die Verkehrsverbünde senden können. - Vielen lieben Dank für die gute Zusammenarbeit und die Unterstützung.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen,
bei der CDU und bei Volt)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau De Bellis das Wort.

(Zurufe: Ach nein! - Wir sind uns doch
alle einig! - Aber die SPD wollte auch
reden!)

Teresa De Bellis-Olinger (CDU): Ich mache es wirklich ganz kurz. Ich weiß, wir waren uns alle einig, aber lassen Sie mich trotzdem namens der CDU-Fraktion drei Punkte benennen. Auch die CDU begrüßt das Deutschlandticket. Es ist eine gute Sache für den ÖPNV.

(Zuruf von Volker Görzel [FDP])

- Wie bitte, Herr Görzel? - Ach komm, ich weiß, es ist spät für uns alle, aber ich höre dir auch aufmerksam zu.

Es ist eine gute Sache für den ÖPNV. Es macht ihn attraktiv, der Zugang wird vereinfacht, und im Prinzip ist ein einheitlicher Tarif zu begrüßen. Man muss aber auch sehen, dass es nicht unterfinanziert wird.

Deshalb ist unser heutiger Appell, den wir gemeinsam tätigen, immens wichtig: Wir müssen dafür Sorge tragen, dass Bund und Länder die Finanzierung dauerhaft gewährleisten - sprich: auch ab 2025 -, damit die Kommunen nicht das Nachsehen haben. Wir betonen auch, dass wir, wenn Bund und Länder entscheiden, hier nicht

zum Nachteil der kommunalen Haushalte entschieden wird, damit die Kommunen nicht die Benachteiligten sind und nachher schauen müssen, wie sie die hohen Summen aufbringen können, um das Deutschlandticket den Bürgerinnen und Bürgern auch weiterhin zu gewährleisten.

Darum der Appell, der bitte auch, so wie wir es im Dringlichkeitsantrag aufgeführt haben, an den richtigen Stellen zu platzieren ist - sicherlich auch für den Deutschen Städtetag, der im Mai in Köln stattfindet -, denn das Problem werden auch weitere Kommunen haben. Umso mehr freue ich mich, dass wir einen gemeinsamen Antrag gestellt haben, damit wir mit geballter Kraft aus Köln - auch Sie, Frau Oberbürgermeisterin - in den Gesprächen unsere Positionen vertreten können und unsere KVB hoffentlich ebenfalls irgendwann an den Tisch zur Diskussion und Verhandlung gebeten wird. - Danke.

(Beifall bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Joisten das Wort.

Christian Joisten (SPD): Frau Oberbürgermeisterin! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen und alle, die noch zuhören und zuschauen! Ich mache es noch kürzer, weil ich denke, es ist jetzt tatsächlich inhaltlich alles gesagt. Wir sind uns in der Sache völlig einig. Ich finde es extrem wichtig - das will ich an dieser Stelle noch einmal adressieren, auch an uns als SPD -, dass wir alle unsere Möglichkeiten nutzen. Hier sitzen quasi alles Regierungsfraktionen, zumindest die großen bis hin zur FDP, die auf irgendeiner Ebene mitregieren. Sie haben den Verkehrsminister, den Finanzminister - also, eigentlich kann man sagen: An euch liegt es, wenn hier nichts ankommt.

(Beifall)

Aber ich will es so nicht herunterbrechen.

(Ulrich Breite [FDP]: Wir stellen den
Verkehrsminister!)

- Die Vorlage hast du geliefert, deshalb musste ich das jetzt loswerden.

Nein, ich denke, es ist extrem wichtig, dass wir alle auch unsere Möglichkeiten und Kanäle nutzen. Viele von uns haben Bundestags- oder Landtagsabgeordnete, Regierungsmitglieder; ich hatte



es gesagt. Wir haben kommunalpolitische Institutionen. Bei uns ist es die SGK, die Sozialdemokratische Gemeinschaft für Kommunalpolitik.

Ich denke, dass wir alle hier als Vertreter dieser großen Stadt Lobbyarbeit auch bei unseren eigenen Leuten machen müssen, dass es nicht sein kann, dass uns am Ende die Mittel für die Infrastruktur fehlen, die wir brauchen, um wirklich allen Menschen in Köln einen guten ÖPNV anzubieten, weil das 49-Euro-Ticket alles weggefressen hat. Das ist mir wirklich ein Selbstanspruch, und ich würde mir sehr wünschen, dass es dazu das klare Bekenntnis von allen gäbe: Ja, das tun wir auch, und am Ende sind wir mit Sicherheit erfolgreich. - Vielen Dank fürs Zuhören und auf gute Erfolge beim Deutschlandticket! Danke.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Tokyürek.

Güldane Tokyürek (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Hier gab es ein wenig Irritation. Zu mir ist nicht durchgedrungen, dass wir heute nicht reden, deshalb habe ich mich entsprechend vorbereitet. Ich würde einfach gern diese Rede halten, weil ich mir auch Gedanken gemacht habe.

(Beifall bei der LINKEN)

Es ist erfreulich, dass das Deutschlandticket jetzt eingeführt wird. Es gibt aber etliche Baustellen. Deshalb ist es gut und richtig, dass dieser Antrag heute gemeinsam beschlossen wird. - Dies vorab.

Die dauerhafte Finanzierung für das Deutschlandticket und der Ausbau des Angebots sind die wichtigsten Baustellen. Das Finanzgerangel zwischen Bund und Ländern darf nicht zulasten der Beschäftigten und der Fahrgäste gehen. Damit das Deutschlandticket nachhaltig funktioniert, braucht es umfassende Investitionen in das Personal, um den Ausbau und die steigenden Fahrgastzahlen zu bewältigen; das dürfen wir im Zusammenhang mit der Finanzierung nicht vergessen. Schon heute herrscht Personalmangel mit konkreten Folgen. Fahrtausfälle wegen fehlenden Personals und hoher Krankenstände sind an der Tagesordnung. Wir wissen das aus Köln zur Genüge und haben es auch von der KVB erfahren.

Dem Personalengpass muss mit einer umfassenden Personalstrategie für Planung, Bau und Be-

trieb entgegengewirkt werden. Durch die Sicherstellung guter Arbeitsbedingungen sowie angemessene Bezahlung wird der Sektor für Beschäftigte und Nachwuchskräfte attraktiver. Die Verkehrsunternehmen bzw. die KVB müssen sich darauf verlassen können, dass die für das Deutschlandticket entstehenden Kosten vollständig ausgeglichen werden. Ein vollständiger Ausgleich der Einnahmenverluste ist zu gewähren, aber auch Einführungskosten, Dynamisierung und Nachschusspflicht müssen geregelt werden, ebenso Werbung, Vertrieb und Evaluation des Tickets.

Nun noch zwei Aspekte, die uns persönlich wichtig sind: Das Ticket soll als Handyticket oder Chipkarte ausgegeben werden. Wir halten das für ein großes und nicht hinnehmbares Manko bei den Plänen für das Deutschlandticket, denn ein Teil der Bevölkerung wird dadurch komplett ausgeschlossen, zum Beispiel Seniorinnen und Senioren. Barrierefreiheit und der einfache Zugang zu Mobilität sind aber für die Akzeptanz des Deutschlandtickets unerlässlich.

(Beifall bei der LINKEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, für viele mit kleinem Einkommen bleibt es ebenfalls unerschwinglich. Das Bündnis Sozialverträgliche Mobilitätswende hat sehr früh in der Diskussion ein Sozialticket für 29 Euro gefordert, und das ist auch unsere Forderung. Dafür müssen wir auch weiterhin streiten. Außerdem sind davon Schüler*innen, Studierende und Auszubildende betroffen. Viele Länder haben das bereits im Blick - auch NRW diskutiert darüber - und entsprechende Tickets angeboten. Wir hätten uns gewünscht, dass es bei Bund und Ländern eine Diskussion und ein deutlicheres Bekenntnis zu einem Sozialticket gegeben hätte.

(Beifall bei der LINKEN)

Zuletzt, liebe Kolleginnen und Kollegen: Eine gesicherte Finanzierung ist Voraussetzung für einen zukunftsfähigen ÖPNV. Der Bund und die Länder sind jetzt in der Pflicht, eine dauerhafte, umfassende Finanzierungsstruktur sicherzustellen. Kurzfristige Fördermittel sind nicht ausreichend, um die Kommunen zu unterstützen und die entstehenden Kosten zu decken.

(Beifall bei der LINKEN)

Damit verbunden sind Regelungen für klare Zuständigkeiten von Bund und Ländern und erweiterte Handlungsspielräume der Kommunen beim



Ausbau und der Finanzierung des ÖPNV. Deshalb ist es schön, dass wir heute diesen Antrag gemeinsam beschließen. - Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Nachdem Sie ja alle beteuern, alles sei gesagt und Sie seien sich einig: Wird jetzt noch weiter das Wort gewünscht? - Herr Zimmermann.

Thor-Geir Zimmermann (GUT Köln): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Es ist noch nicht alles gesagt worden. Da ich nicht Mitglied des Verkehrsausschusses bin, weiß ich nicht, ob die Diskussion dort geführt wurde - ich hoffe doch.

Ich möchte zunächst einmal die KVB loben. Wir haben bislang eigentlich ein tolles Angebot an Tickets, an Monatstickets, an Jobtickets etc. Wir werden jetzt durch das 49-Euro-Ticket ein weiteres Ticket hinzubekommen, was die Tarifstruktur nicht unbedingt einfacher und übersichtlicher macht, sondern es werden alle anderen Tarife, wenn ich es richtig verstehe, weiterhin parallel bestehen.

Worauf ich hinausmöchte, ist in der öffentlichen Debatte das vollkommene Fehlen bzw. kaum wahrnehmbare Diskussionen - Frau Tokyürek hat es als Einzige gerade ein wenig angesprochen - über Kinder, Jugendliche und Studierende. Für die Studierenden gab es wohl heute eine Lösung, habe ich vorhin in den Nachrichten gelesen, aber für Kinder und Jugendliche nicht. Viele Vorteile, die die KVB beim Monats- und beim Jobticket bietet, wie Fahrradmitnahme, Übertragbarkeit beim Monatsticket im Abo, Kindermitnahme ab 15 Uhr - das sind wirklich große dicke Pluspunkte -, fehlen aber beim Deutschlandticket. Das Deutschlandticket bietet keine Variante für Kinder und Jugendliche an.

(Beifall bei der LINKEN und der FRAKTION)

Es ist in der Tat ein erstaunliches Manko, dass das nicht diskutiert wird. Es hat mit dem Antrag, gebe ich zu, nur am Rande etwas zu tun, letztendlich aber über die Finanzierbarkeit doch wieder.

(Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen]: Ja, eben!)

Wenn wir das Deutschlandticket beobachten und begleiten - es ist ja nur ein vorläufiges Ticket -, sollten wir bitte auch darauf achten, wie wir damit

umgehen. Denn jemand, der jetzt ein Monatsticket im Abo hat, kann es übertragen, er kann seine Kinder damit fahren lassen - zur Schule, wenn es regnet usw. All das fällt mit dem Deutschlandticket weg.

Deshalb: Ich freue mich persönlich auch darüber, aber heute mit einer dicken Träne im Auge.

(Beifall bei der LINKEN und der FRAKTION)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wird weiter das Wort gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir zur Abstimmung. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Es enthält sich die AfD. Dann ist der Antrag so beschlossen.

Ich rufe auf:

3.2 Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen gemäß § 37 Absatz 5 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

3.2.1 Anregung der Bezirksvertretung Nippes, Dritte Gesamtschule für den Stadtbezirk Nippes 0737/2023

Jetzt spricht Herr Seeck.

Oliver Seeck (SPD): Liebe Frau Oberbürgermeisterin Reker! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauer*innen! Wir hatten eben in der Aktuelle Stunde über die große Schulplatznot gesprochen. Hier geht es jetzt um ein konkretes Handeln, daher herzlichen Dank an die Kolleginnen und Kollegen aus der BV Nippes für diesen Aufschlag. Die Bezirksbürgermeisterin ist, glaube ich, nicht mehr hier.

Es ist für uns wichtig, darauf hinzuweisen, dass wir in der nächsten Runde schnell Gesamtschulplätze anbieten können. Wie eben auch schon diskutiert, hatten wir die Situation, dass über 700 Kinder an Gesamtschulen in diesem Jahr leer ausgegangen sind.

Es ist nach Rondorf und nach Neubrück der dritte Versuch, den wir unternehmen, um die Not an den Gesamtschulen zu minimieren, und damit im Übrigen auch für die Gymnasien.



Im Kern geht es im ersten Schritt um eine Umwandlung, gegebenenfalls auch um Erweiterungsbauten der bestehenden Hauptschule bzw. der beiden bestehenden Realschulen im Stadtbezirk Nippes in eine Gesamtschule. Sollte allerdings eine Umwandlung aus rechtlichen oder baulichen Gründen nicht möglich sein, soll ein Ausschreibungsverfahren zur Errichtung einer Gesamtschule für Nippes folgen. Jedes Jahr müssen die Schülerinnen und Schüler bekanntlich auf andere Schulformen und Standorte ausweichen. Schulneubauten fehlen in Köln, und aufgrund der langen Planungs- und Genehmigungszeiten für Schulen kann es sinnvoll sein, bestehende Schulen umzuwidmen.

Leider hat das Bündnis, wie bekannt, noch vor wenigen Monaten - auch wenn Sie das nicht mehr gern hören wollen - notwendige Veränderungen für die Familien in Neubrück, Brück, Rath und Ostheim blockiert. Das darf sich jetzt, wie auch in Rondorf, nicht auch noch in Nippes wiederholen. Gesamtschulen ermöglichen den Schülerinnen und Schülern unterschiedlicher Leistungsniveaus, gemeinsam zu lernen und voneinander zu profitieren.

Ich hoffe weiter darauf, dass Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen der Grünen, sich diesmal an ihr Wahlprogramm halten. Da Sie das bei der letzten Abstimmung anscheinend nicht mehr richtig in Erinnerung hatten, hier noch einmal das, was auf Ihrer Homepage steht:

Deshalb setzen wir Grüne uns für den Ausbau von Gesamtschulen ein, was auch dem Wunsch vieler Eltern entspricht. Mittel- bis langfristig ist das Schulsystem zur Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts und gemeinsamer Verantwortung zu einer Schule für alle umzubauen.

(Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]:
Das wird doch durch Wiederholung
nicht besser!)

- Ich lese hier euer Wahlprogramm vor, dafür kann ich ja nichts.

Da die Grünen in der BV Nippes hier zugestimmt haben - Zitat aus der Niederschrift:

Herr Thelen

- er sagt Ihnen ja hoffentlich noch etwas -

hält die Umwandlung vorhandener Schulen für den Königsweg, um schnell zusätzliche Gesamtschulplätze zu schaffen.

(Beifall bei der LINKEN)

Hoffen wir also auf die Beschlussalternative, der auch Sie zustimmen, damit wir eine positive Richtung im Schulausschuss einschlagen können! - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Kockerbeck das Wort.

(Ulrich Breite [FDP]: Das ist ja wohl - -)

Heiner Kockerbeck (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte nicht lange reden. Es gibt im ganzen Stadtbezirk Nippes nur eine Gesamtschule. Bei den letzten Anmeldeverfahren hatte diese Schule mit 108 Plätzen 242 Anmeldungen. Das heißt, es wurden dort mehr Kinder abgelehnt, als angemeldet wurden. Eine Gesamtschule für den Stadtbezirk ist 2024 zur Eröffnung vorgesehen - wir hoffen, das klappt - in Weidenpesch. Das sind 108 Plätze. Aber für den Stadtteil Nippes ist dringend eine Gesamtschule nötig. Deshalb unterstützen wir diesen Antrag. Wir werden auch für die Beschlussalternative stimmen. - Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Wird zu diesem Tagesordnungspunkt weiter das Wort gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Dann würde ich gerne abstimmen lassen - ich habe es eben gehört - über die Alternative.

(Christian Joisten [SPD]: Ja!)

Dann lasse ich jetzt zunächst über die Alternative abstimmen. Wer wünscht, dem nicht zuzustimmen? Gibt es also Gegenstimmen gegen die Alternative? - Der AfD. Enthaltungen? - Keine. Dann ist die Alternative beschlossen.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Tagesordnungspunkt

3.2.2 Anregung der Bezirksvertretung Kalk zur Bereitstellung von FFP2/OP-Mas-



**ken und Corona-Test-Kits für alle sozialen Kinder-, Jugend- und Sozialeinrichtungen im Stadtbezirk Kalk
0319/2023**

Gibt es Wortmeldungen? - Nein. Dann lasse ich darüber abstimmen. Gegenstimmen? - Der AfD und der LINKEN. Enthaltungen? - Frau Gabriel enthält sich. Dann ist so beschlossen.

Ich rufe auf:

4 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

Tagesordnungspunkt

**4.1 Anfrage der Fraktion Die FRAKTION betreffend „Wo ist jetzt das Cradle?“
AN/0497/2023**

Das eine Anfrage, die zur nächsten Sitzung beantwortet wird.

Tagesordnungspunkt

**4.2 Anfrage der Fraktion Die Linke. betreffend „Mehr Öffentlichkeitsbeteiligung wagen: Begleitgremien im Bereich des Stadtentwicklungsausschusses“
AN/0512/2023**

Auch diese Anfrage würden wir gerne zur nächsten Sitzung beantworten.

Ich rufe auf:

6 Ortsrecht

6.1 Satzungen

Tagesordnungspunkt

**6.1.4 16. Satzung zur Änderung der Satzung der Zusatzversorgungskasse der Stadt Köln
0456/2023**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Ich rufe auf:

7 Haushaltsrechtliche Unterrichtung des Rates

7.1 Unterrichtung des Rates über die von der Kämmerin/den Fachbeigeordneten ge-

nehmigten Mehraufwendungen, -auszahlungen und -verpflichtungen gemäß § 83 Abs. 1 und § 85 Abs. 1 GO NRW

Tagesordnungspunkt

**7.1.1 Unterrichtung des Rates über die von der Kämmerin/den Fachbeigeordneten genehmigten Mehraufwendungen, -auszahlungen und -verpflichtungen im Haushaltsjahr 2023/2024 gem. § 83 Abs. 1 und § 85 Abs. 1 GO NRW in Verbindung mit der Haushaltssatzung 2023/2024
0839/2023**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann nehmen wir das zur Kenntnis.

Ich rufe auf:

7.2 Unterrichtung des Rates über Kostenerhöhungen nach § 25 KomHVO

**7.2.1 Haushaltsrechtliche Unterrichtung des Rates gemäß § 62 Abs. 4 Gemeindeordnung NRW
0467/2023**

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Dann ist Kenntnisnahme erfolgt.

Tagesordnungspunkt

**7.2.2 Abbruch und Ersatzneubau Kragplatte am Altstadtufer
2276/2022**

Gibt es hierzu Wortmeldungen? - Das ist auch nicht der Fall. Das ist ebenfalls eine Kenntnisnahme.

Tagesordnungspunkt

**7.2.3 Erweiterung der Feuer- und Rettungswache 9 in Köln Mülheim
4232/2022**

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Kenntnisnahme ist erfolgt.

Tagesordnungspunkt

**7.2.4 Geschäftsanweisung für das Finanzwesen der Stadt Köln (GAFin)
0508/2023**

Gibt es dazu eine Wortmeldung? - Das ist nicht der Fall. Dann wird das zur Kenntnis genommen.

Ich rufe auf:

10 Allgemeine Vorlagen



Tagesordnungspunkt

10.1 Masterplan Stadtgrün 2279/2022

3.1.3 Antrag der Fraktion Die FRAKTION betreffend „Grün bleibt Grün!“ AN/0480/2023

Ich gebe zunächst der Antragstellerin für TOP 3.1.3 das Wort. - Frau Syndicus, bitte.

Karina Margareta Syndicus (Die FRAKTION): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kollegen und Kolleginnen! Verehrte Zuschauernde! Unser Antrag - die Verwaltung schafft alle rechtlichen Voraussetzungen, beide Grüngürtel und deren verbindende Radiale unantastbar bebauungsfrei zu halten - ist enorm wichtig, denn wir erleben immer weiter einen Grünfraß. Das wollen wir verhindern. Wir möchten auch nicht mehr die Debatte darüber führen, was wichtiger ist: Grün erhalten? Schulen bauen? Wohnungen bauen? Sondern diese Flächen sollen absolut bebauungsfrei gehalten werden und geschützt werden.

Die Grüngürtel und die verbindenden Radiale sind für uns Denkmal und Mahnmal zugleich, denn nichts ist so bedeutsam an Grünsystemen wie diese Gürtelanlage hier in Köln. Mahnmal auch, weil wir jeden Sommer in den warmen Monaten sehen können, was mit dem Klima in unserer Stadt bereits passiert, wenn wir uns die staubigen, trockenen Steppenwiesen anschauen.

Der Köln-Katalog, den wir hier auch noch sehen werden, zeigt uns auf, wie viel Flächenfraß hier eigentlich in Köln passiert, wie viele Einfamilienhäuser wir haben und wie viele ungenutzte Potenziale noch in dieser Stadt bei der Bebauung liegen.

Wenn ich zum Rathaus fahre, komme ich immer noch an sehr, sehr vielen Lücken zwischen hohen Häusern vorbei, die aus dem Krieg übriggeblieben sind. Wir können nicht weiter darüber diskutieren, dass wir das Kölner Grünsystem weiter bebauen müssen, wenn wir diese Lücken offensichtlich immer noch sehen. Wir möchten auch den Grünen ein bisschen helfen; ihr seid die stärkste Fraktion hier im Kölner Stadtrat. Bitte! Ja, seid Ihr!

Zum Masterplan Stadtgrün war die Verwaltungsvorlage eigentlich okay. Nun wurde wieder so viel geredet und miteinander beschlossen innerhalb des Bündnisses, dass uns das wirklich zu viele Lücken übriglässt. Daher kommt gesondert eben unser Antrag, um hier wirklich, wie gesagt, die

Kölner Grünflächen und Kleingartenanlagen rechtlich ein für alle Mal zu schützen.

Wir reden immer wieder über die Schwammstadt. Auch hier sehen wir wieder: Ein gut erhaltenes Grünsystem ist wichtig. Einmal versiegelter Boden ist versiegelt. Da können wir noch so viele Dachbegrünungen, Fassadenbegrünungen oder Ausgleichsflächen schaffen: Wenn der Boden versiegelt ist, ist der Boden kaputt. Das können wir nicht wieder mit alternativen Grünflächen, die wir an irgendeiner anderen Stelle einfügen, ausgleichen.

Wenn man am Hans-Böckler-Platz am Bahnhof West aussteigt, sieht man aktuell einen kleinen gelben Bagger, der sich munter durch den Grüngürtel frisst und die Bäume abknabbert. Das habe ich heute noch gesehen. Es ist wirklich schrecklich. Auch das ist einfach wieder eine Zerstörung des Kölner Grünsystems.

Alle bereits geplanten Vorhaben - das ist unser Punkt 2 - und Maßnahmen zu dem Beschluss 1, die da widersprechen, sollen eingestellt werden. Wir müssen sehen, dass wir endlich aufhören, diese Grünflächen zu beschädigen. Deswegen bitte ich Sie: Stimmen Sie diesem Antrag zu! Er macht nichts am Masterplan Stadtgrün kaputt, sondern hilft ihm einfach nur weiter, diese Grünflächen zu erhalten. - Danke schön.

(Beifall bei der FRAKTION)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Pakulat das Wort.

Sabine Pakulat (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Worum geht es eigentlich? Am besten sagt das eigentlich unser Originalantrag von 2021:

Der Masterplan Grün dient der Sicherung der vorhandenen Grüngürtel, der Grünzüge sowie der Komplettierung [...] der grünen Strukturen in Köln und einer damit einhergehenden Verbesserung des Stadtklimas sowie der Aufenthalts- und Erholungsfunktion für die Kölner Bevölkerung.

(Beifall bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen und der CDU)

Der Antrag wurde am 23.03.2021 beschlossen. Das ist genau heute vor zwei Jahren. Das ist ein



bisschen kurios, aber es zeigt auch, wie wenig Zeit die Verwaltung brauchte, diese wirklich sehr umfangreiche Vorlage zu erarbeiten. Dafür möchte ich mich zunächst einmal bedanken.

(Beifall bei Teilen des Bündnisses 90/Die Grünen und der CDU)

Der Antrag wurde übrigens einstimmig beschlossen - also, bis auf die AfD-Fraktion, die da nicht mitgemacht hat.

Alle Punkte der heutigen Beschlussvorlage gehen auf diesen Antrag zurück. Deshalb möchte ich mit einigen Missverständnissen aufräumen.

Eine Forderung von uns war:

In einem ersten Schritt soll das vorhandene Kölner Grünsystem im Hinblick auf seine planungsrechtliche Absicherung und die bestehenden Planungskonzepte erfasst werden, sowie - so nicht vorhanden - durch notwendige Maßnahmen (Landschaftsplan, Flächennutzungsplan, Bebauungsplan ...) gesichert und qualifiziert werden.

Die Bestandsaufnahme und Qualifizierung wurden mit der heutigen Vorlage weitgehend gemacht. Check! Daran können wir einfach einen Haken setzen.

Das, was noch aussteht, ist die Sicherung, zum Beispiel durch die Überarbeitung des Flächennutzungsplans. Und genau diese Überarbeitung wollen wir heute beschließen.

Noch einmal aus unserem Antrag von 2021:

Unter Berücksichtigung der Vorgaben der Kölner Perspektiven 2030 und anderer bestehender Konzepte sollen Flächen, insbesondere solche mit sehr intensiver Nutzung wie im bestehenden Inneren Grüngürtel, aufgezeigt werden. Hierbei sollen die Potenziale für eine ökologische Aufwertung und die stadtklimatische Bedeutung dargestellt und in das zu erstellende Gesamtkonzept eingebunden werden sowie ihre Weiterentwicklung konzipiert werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, genau das ist mit den Leitbildkategorien dieser Beschlussvorlage geschehen. Sie finden sie alle auf Seite 27 der Anlage 2. Eine Klassifizierung in die Kategorien „Immergrün“, „Zukunftsr Grün“ und „Potenzialgrün“ zeigt genau das auf. Gerade die qualitativen Un-

terschiede zwischen einzelnen Freiflächen werden damit einmal klar dargestellt. Und damit können wir auch daran einen Haken setzen.

Zur Erinnerung: Bei der Identifizierung von stadträumlich relevanten Flächen sind nicht mehr notwendige Verkehrsflächen auf ihre Entsiegelungsmöglichkeiten hin zu überprüfen und im Masterplan entsprechend zu kennzeichnen. Unterverstärkte Stadträume sind bei der Planung von grünen Korridoren in die Region hinein zu berücksichtigen. Diese Schritte fehlen noch. Diese können erst berücksichtigt werden, wenn auf der Ebene der Stadtbezirke genau geschaut wird, was geplant ist und wir ebenfalls heute beschließen werden.

Sie sehen, wir sind noch nicht fertig mit dem Masterplan. Das, was heute vorliegt, ist nur der Anfang. Aber die Ergebnisse gehen nicht über unseren originären Antrag hinaus. Noch bleiben sie dahinter zurück. Die vorliegende Beschlussvorlage redet bewusst von der Infrastruktur des Kölner Grüns, weil sie aus Fachsicht die räumlich strategische Vorgabe für die Entwicklung des Kölner Grün- und Freiflächenetzes für die kommenden Jahre abbildet. Das formulierte Leitbild baut auf der historischen Entwicklung des Kölner Grüns auf und zeigt die künftigen Ansätze für dessen Weiterentwicklung.

Wir beschließen hier ein weiteres Vorgehen im Sinne dieses grünen Infrastrukturplans. Der Änderungsantrag von CDU, Grünen und Volt präzisiert dieses Vorgehen nur. Es ist die Vorlage eines Fachamtes aus fachlicher Sicht - so, wie es auch der Masterplan Innenstadt einmal war.

Dies ist keine Bauleitplanung, mit der andere Satzungen, der Regionalplan oder Bebauungspläne infrage gestellt werden. Es ist auch nicht rechtsverbindlich, aber es werden Konflikte aufgezeigt, die durch verschiedene Ansprüche an eine Fläche entstehen können.

Meine Redezeit ist um, ich bin aber jetzt auch fertig.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Erlauben Sie mir aber noch einen Abschnitt zum Schluss. Das ist auch ein Zitat aus dieser umfangreichen Vorlage:

Das Kölner Grünsystem kann in seiner Ausformung und Dimension als einzigartig in Europa bezeichnet werden. Auffallend ist die Kontinuität, mit der nachfolgende Generationen hierauf aufgebaut



und weitergearbeitet haben, ohne die Grundform der vernetzten Grün- und Freiflächen in Frage zu stellen.

Ja, und genau das wollen wir heute und hier auch tun. Wir sind jetzt eine dieser Generationen, die am Kölner Grün weiterbauen. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen
und bei der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Kienitz das Wort.

Niklas Kienitz (CDU): Frau Oberbürgermeisterin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Auch ich möchte mich dem Dank der Kollegin Pakulat an die Verwaltung anschließen. Ich glaube, es war noch so, dass unter der Ägide von Markus Greitemann mit den Planungen begonnen wurde, und unter Herrn Wolfgramm sind sie zu Ende geführt worden.

Wir haben in der letzten Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses Herrn Dr. Bauer gedankt und ihn in den verdienten Ruhestand verabschiedet. Insofern auch einmal einen herzlichen Dank an die Verwaltung des Grünflächenamts, die aus ihrer eigenen Fachsicht einen Plan vorgelegt hat, der fachlich sehr gut durchgearbeitet wurde und fachlich, glaube ich, über fast jeden Zweifel erhaben ist. Ich habe das in der vorletzten StEA-Sitzung gesagt: Das ist sozusagen eine alleinige Planung des Grünflächenamtes ohne Berücksichtigung anderer Belange. Und weil wir das immer in einen Gesamtzusammenhang einordnen müssen, haben wir das auch im Stadtentwicklungsausschuss diskutiert.

Neben dem Bekenntnis zu grüner Infrastruktur, insbesondere zu der Kategorie „Immergrün“, sind eben die beiden Grüngürtel, die historisch gewachsen sind, angesprochen worden. Wir haben im Norden, im Osten und im Westen große Grünflächen, über die wir gar nicht diskutieren müssen, also der Königsforst, Dünnwald usw. Darum geht es gar nicht. Aber man muss auch zur Kenntnis nehmen, dass diese Vorlage bei verschiedenen Akteurinnen und Akteuren einige Irritationen hervorgerufen hat. Gleichzeitig macht die Vorlage Konflikte deutlich - das hatte Frau Pakulat eben bereits gesagt -, die wir letztendlich bei der Bauleitplanung usw. entscheiden müssen.

Vor dem Hintergrund der Diskussionen, die wir im Stadtentwicklungsausschuss geführt haben,

möchte ich gleichzeitig noch einmal deutlich machen, dass wir hier mit Mehrheit des Bündnisses am 20. Juni 2022 den Regionalplan beschlossen haben. Und auch noch einmal zur Erinnerung: Auch da ist in der Umweltprüfung bei vielen Flächen auf das Thema Umweltrelevanz hingewiesen worden. Gleichzeitig spiegelt das eben auch diese Vorlage wider, weil wir bei der Durchsicht der Vorlage oder der verschiedenen Karten Konflikte oder Übereinstimmungen mit dem Regionalplan festgestellt haben. Nichts anderes geben diese Planung und der Masterplan wieder.

Und noch einmal zur Erinnerung: Es ist ein Bekenntnis zu einer weiterwachsenden Stadt gewesen, das wir im Regionalplan hinterlegt haben. Die Zahlen sind uns da auch noch einmal ins Gedächtnis zu rufen. Das sind 750 Hektar für allgemeine Siedlungsflächen, die ASB-Flächen. Das sind für den Wohnungsbau 50 000 Wohneinheiten. Zudem wurden GIB-Flächen im Umfang von 370 Hektar beschlossen. Das sind ungefähr 2 500 Betriebe oder 50 000 Arbeitsplätze, für die wir immer noch Potenzial aufweisen können.

Ich nehme an, dass die Debatte gleich von anderer Seite eben diesen Drall bekommen wird. Um diese Befürchtung aufzugreifen nur noch einmal der Hinweis: Der Regionalplan ist auf den Weg gebracht. Und das, was gelungen ist und uns im Bündnis eint, ist eben, dass hier nach wie vor die Balance hergestellt wird, weiter den Anforderungen einer wachsenden Stadt gerecht zu werden, Flächen für den Wohnungsbau zur Verfügung zu stellen, für Schulen, für Gewerbe, für Industrie, aber auch gleichzeitig Freiräume freizuhalten, die historisch gewachsen sind, die wir vielleicht auch in den nächsten Jahren, was das Thema Vernetzung betrifft, benötigen werden. Wir haben das während der Corona-Pandemie gesehen, aber wir sehen eben auch, dass unsere Freiflächen sehr stark genutzt werden - nicht nur im Sommer; im Frühjahr wird es auch schon bald losgehen. Insofern braucht die Stadt diese Freiflächen als Frischluftschneisen, also nicht nur für Freizeit und Aufenthalt, sondern auch als Frischluftschneisen und als Kaltluftentstehungsgebiet.

Insofern glaube ich, dass der Masterplan Stadtgrün das fortsetzt, was wir im Regionalplan festgelegt haben, und darauf auch in großen Teilen natürlich Rücksicht nimmt, aber es an verschiedenen Stellen Konflikte gibt. Diese sind lösbar. Wir müssen sie diskutieren. Das gehört zur Ehrlichkeit dazu. Aber die Balance, die nötig ist, um diese Stadt weiter wachsen zu lassen, ist gewährleistet.



Daher: Herzlichen Dank für die Vorlage und herzlichen Dank, dass Sie mir zugehört haben.

(Beifall bei der CDU und dem Bündnis 90/Die Grünen)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Homann das Wort.

Mike Homann (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bin jetzt einmal gespannt, ob ich die Erwartung von Kollegen Kienitz erfüllen kann, dass die Debatte diesen Drall annimmt. Wir schauen einmal.

Wir beschließen oder sollen heute den Masterplan Grün beschließen, der tatsächlich vor zwei Jahren einstimmig in diesem Rat beschlossen wurde.

Lassen Sie mich vorweg eines sagen: Was das Zustandekommen Ihres Änderungsantrags angeht, habe ich schon gewisse Bauchschmerzen, weil es so gewesen ist, dass wir uns im Stadtentwicklungsausschuss darüber unterhalten haben. Wir haben uns auch darüber unterhalten, was dieser Masterplan Stadtgrün eigentlich wirklich ist. Und wir als Opposition haben angeboten, gemeinsam einen Änderungsantrag zu stellen, der diesen Masterplan als genau das benennt, was er ist, nämlich eine Analyse von Grünflächen mit einer Handlungsempfehlung. Mehr ist das momentan noch nicht. Es ist noch überhaupt kein Masterplan. Und Fakt ist - das bedauere ich wirklich sehr -, dass die Kollegen von den Grünen es abgelehnt haben, noch einmal mit uns zu sprechen, obwohl wir uns eigentlich alle zusammen schon verabredet und gesagt hatten: Wir setzen uns noch einmal gemeinsam hin. - Liebe Grüne, das ist sehr schade, dass Sie diesem Angebot nicht nachgekommen sind.

Niklas, du hattest gerade erwähnt, dass wir im Regionalplan tatsächlich 750 Hektar allgemeine Siedlungsfläche und an Gewerbefläche 370 Hektar beschlossen haben. Jetzt muss man aber fairerweise sagen, dass wir eigentlich 2 920 Hektar Siedlungsfläche und 886 Hektar Gewerbefläche benötigen würden. Das ist jedenfalls die Empfehlung, die wir bei der Beschlussfassung dieses Regionalplans hatten. Wir haben also in Köln nur 28 Prozent der Fläche, die wir benötigen, und diese Fläche habt ihr noch mal um 20 Prozent reduziert. Deshalb kommen wir jetzt dazu, dass dieser Masterplan - ich zitiere daraus -:

[...] eine gesamtstädtisch strategische Vorlage sein soll zur Sicherung des Stadtgrüns und zur nachhaltigen Grünstruktur.

Es ist schon so, dass wir jetzt an einem Punkt sind, wo wir uns überlegen müssen: Was soll denn bitte diese strategische Vorlage sein?

Wir haben einen unfassbaren Druck auf die Flächen, die wir in Köln haben. Wir haben heute, glaube ich - ich weiß es nicht -, insgesamt zweieinhalb Stunden über Schulplätze diskutiert. Wir diskutieren über Wohnungsbau und über die Ansiedlung von Gewerbeflächen. Das ist ein unglaublicher Druck, der auf allen Flächen in Köln lastet - natürlich auch auf den Grünzügen.

Niemand - auch wir nicht - will das Vermächtnis von Fritz Schumacher, der vor 100 Jahren das Siedlungskonzept geschrieben und diese doppelten Grünzüge hier ermöglicht hat, in irgendeiner Form nicht ehren. Das wollen wir nicht. Zudem ist uns natürlich auch die Verantwortung, die wir für das Klima haben, bewusst. Aber wir wollen es doch bitte an einer Stelle diskutieren, wo es hingehört, und nicht einen Masterplan Grün, der im Übrigen nur noch mal eine Bestandsanalyse ist, die im Übrigen auch nicht richtig ist. Es gibt Flächen darin, die schon bebaut sind. Es gibt Flächen, die gegen B-Pläne verstoßen. Mit dem Flächennutzungsplan und dem Regionalplan stimmt dieser Masterplan auch nicht überein. Deswegen: Das muss alles erst einmal nachgearbeitet werden, was noch nicht geschehen ist.

Wenn es uns gelungen wäre, gemeinsam - und das Klima in Köln ist eine gemeinsame Aufgabe, liebe Grüne - an dieser Stelle diesen Masterplan als das zu benennen, was er ist, nämlich eine Bedarfsanalyse und ein erster Schritt zu einem Masterplan, dann wären wir bei dieser bedeutenden Aufgabe mitgegangen. Aber so?

(Michael Weisenstein [DIE LINKE] meldet sich zu einer Zwischenfrage)

- Sofort.

Hier wird jetzt gerade der Eindruck erweckt, dass das schon der Masterplan ist. Ich darf nur den *Stadt-Anzeiger* vom 15.03. zitieren, wo Sie als Grüne siebeneinhalb von acht Klimazielen als verpasst gewertet bekommen haben. Ich glaube, das ist eher ein Grund, weswegen das Ding jetzt als Masterplan durchgewunken werden muss. Wenn darüber „Bestandsanalyse“ gestanden hätte und



nicht strategische Vorgabe für alles andere, hätten wir mitgehen können. So ist uns das leider nicht möglich.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Es gibt eine Zwischenfrage von Herrn Weisenstein.

Michael Weisenstein (DIE LINKE): Herr Homann, eine Frage zu Ihrem Wortbeitrag. Ich hätte sie eigentlich gern während Ihres Vortrages gestellt, aber das haben Sie nicht erlaubt. Daher muss ich sie jetzt im Nachgang stellen.

Sie haben in Ihrem Beitrag die Situation sogar so dargestellt, dass Ihrer Auffassung nach in den Bereichen des Masterplans Grün überhaupt nicht gebaut werden darf, und sprechen von B-Plänen, die angeblich nicht umgesetzt werden können.

(Mike Homann [SPD]: Nein, nein, nein!)

Ihnen ist aber schon bewusst, Herr Homann, wenn Sie mir diese Frage erlauben, dass dieser Masterplan lediglich ein Instrument in den Planverfahren ist, um das Abwägungsverfahren auf die Fragen des Klimaschutzes und des Grünerhalts zu erweitern? Ist Ihnen dieser Sachverhalt bekannt? Wenn ja, warum suggerieren Sie in Ihrem Redebeitrag das Gegenteil?

(Vereinzelt Beifall - Niklas Kienitz
[CDU]: Gute Frage!)

Mike Homann (SPD): Lieber Herr Weisenstein, es war nicht meine Intention, zu sagen, dass der Masterplan in irgendeiner Form rechtlich B-Pläne aufheben oder behindern kann. Darum geht es überhaupt nicht.

Es geht um Folgendes: Bei den Immergrün-Flächen werden wir uns wahrscheinlich relativ schnell einig sein können, aber bei den Zukunftsgrün- oder Potenzialgrün-Flächen werden wir uns irgendwann damit auseinandersetzen müssen: Dort soll eine Schule hin. Und dann werden Sie mit mir zusammen in der Öffentlichkeitsbeteiligung sitzen, in der auch die Bürger sitzen und sagen: Ey, Masterplan Grün, das sollte eigentlich grün bleiben. - Und dann werden wir sagen: Ja, aber das ist nur Potenzialgrün, die Schule ist jetzt wichtiger. - Das ist das, was wir meinen. Wir können dem Bürger nicht vorgaukeln, dass die Grünflächen, die wir hier benennen, alle grün bleiben. Das kann nicht sein. Es ist unsere Aufgabe, das

am Ende abzuwägen. Und das ist etwas, was dem Bürger suggeriert wird, was einfach nicht der Tatsache entspricht.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Röhrig das Wort.

Uschi Röhrig (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kollegen und Kolleginnen! Liebe Zuschauer zu Hause und auch liebe Zuschauer hier noch im Saal! Für die Stadt im Klimawandel zeichnen sich immer komplexere Anforderungen ab. Köln ist keine Insel der Glückseligen, sondern bereits heute eine Hitzeinsel, in deren Zentrum es bis zu zehn Grad heißer wird als in ihren Randlagen. Um mit den auf uns zukommenden Herausforderungen umgehen zu können, müssen Räume und Menschen - auch Sie, meine Damen und Herren - widerstands- und veränderungsfähig sein. Ein „Weiter so!“ darf es daher nicht geben. Der Masterplan Stadtgrün ist in dieser Situation ein guter Ansatz. Da hat die Verwaltung - Sie wissen, dass wir die Verwaltung gern konstruktiv kritisieren - uns einen ziemlich guten Plan vorgelegt. Okay, das war nicht wirklich schwer, aber zeitaufwändig.

(Heiterkeit beim Bündnis 90/Die Grünen)

Schwer deshalb nicht, weil der Masterplan Grün auf dem bereits vor zehn Jahren erstellten grünen Masterplan Köln aufbaut und weite Passagen aus diesem sogar wortgleich übernommen hat. Frau Oberbürgermeisterin wird sich sicherlich erinnern, denn sie war als Umweltdezernentin Mitglied des beteiligten Klimakreis Köln. Die Liste der Teilnehmer*innen ist übrigens recht lang und reicht von der RheinEnergie über die GAG bis zur Handwerkskammer, den Ford-Werken, dem VDI und auch der Industrie- und Handelskammer. Von wegen, dass es keine Beteiligung gab.

Auch im Rahmen der Regionale 2010 wurde ein Masterplan Grün verabschiedet. Dann gab es noch diverse andere Masterpläne für die Grüngürtel, grüne Infrastruktur usw. Kurzum: Hier liegt nicht wirklich etwas Neues auf dem Tisch, sondern eine Sammlung aus vielen bereits beschlossenen und vorgelegten Einzelmaßnahmen.

Und plötzlich ist das Geschrei groß. Wo waren Sie denn die letzten Jahre, als diese Pläne diskutiert, erstellt und beschlossen wurden? Ich war zwar noch nicht im Rat, aber ich habe mich auch früher



schon für Klima und Umwelt interessiert. Wissen Sie vom Mehrheitsbündnis eigentlich, was in Ihrem Kooperationsvertrag steht?

(Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]:
Wir haben ihn ja geschrieben!)

- Dann nennen Sie mir die Zeilen, Herr Hammer.

(Beifall bei der LINKEN)

Da steht wörtlich in den Zeilen 871 bis 872:

Durch die Entwicklung eines Masterplan
Grün werden wir die Kölner Grünzüge
und Grüngürtel planerisch festsetzen.

Dick unterstreichen möchte ich das. Aber so weit geht dieser vorgelegte Plan ja nicht einmal. In der Originalvorlage wird nichts festgelegt und in der geänderten Fassung noch viel weniger. Hier wird nichts planerisch festgelegt. Der Masterplan bleibt eine strategische Vorgabe. Er beauftragt die Verwaltung lediglich zukünftig irgendwann mit der planungsrechtlichen Sicherung.

Der im Stadtentwicklungsausschuss verabschiedete Änderungsantrag war kein Verbesserungsantrag, sondern ein Verwässerungsantrag und wäre aus unserer Sicht absolut nicht nötig gewesen.

Schauen Sie sich lieber den Antrag der Fraktion Die FRAKTION an. Darin wird konkret gefordert, sofort planerisch festzulegen, dass die Grüngürtel, ihre Radiale und die Kölner Kleingärten rechtlich bebauungsfrei zu halten sind. Das entspricht eher dem, was Sie, meine Damen und Herren vom Mehrheitsbündnis, sich selbst in Ihren Vertrag geschrieben haben.

(Beifall bei der LINKEN und der FRAKTION)

Wir bleiben beim Original-Masterplan bzw. jetzt in der geänderten Fassung, der Bau nicht verhindert, aber die Grünentwicklung bei jedem B-Plan in die Abwägung mit einbezieht. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der LINKEN und der FRAKTION)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Sterck das Wort.

Ralph Sterck (FDP): Werte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine

Damen und Herren! Eigentlich müsste es einen freuen, wenn wir eine solche Diskussion, die wir im Stadtentwicklungsausschuss letzte Woche bereits geführt haben, auch noch einmal in diesem großen Kreis führen. Aber deswegen ist nicht jedes Argument, was ich jetzt gehört habe, entsprechend neu.

Im StEA hat der Kollege Frenzel von der SPD schon auf die Fehler hingewiesen, wie Herr Kollege Homann gerade eben auch noch einmal, dass bereits bebaute Flächen - es gab da Beispiele aus Gremberghoven - als Immergrün markiert sind oder dass ein Gewerbegebiet, das gerade ein Investor erworben hat, um dort ein großes Lager zu bauen, als Immergrün deklariert ist. Daran sieht man, mit welcher Mogelpackung wir hier rausgehen.

Herr Homann hat es richtig gesagt: Wir wecken damit Erwartungen in der Bürgerschaft, die uns nachher als Kommunalpolitik auf die Füße fallen. Es müsste eigentlich jeder Kommunalpolitiker, der sich länger mit Stadtentwicklung beschäftigt, sagen, er ist ein gebranntes Kind. Wir haben das Beispiel des Geländes vom Gartenbetrieb Müller an der Ignystraße in Weiden, wo ein paar Hundert Wohnungen gebaut werden sollen, aber die Bürger kommen und halten uns vor, dass in irgendeinem Plan mal gestanden hat, dass das Grünzug West ist. Damit geraten Sie als jemand, der die Stadt weiterentwickeln und 300 Wohnungen schaffen will, ins Hintertreffen.

Das mag dem einen oder anderen in der Grünen-Fraktion so recht kommen, wenn man sagt: Wir wollen das gar nicht, dass Köln weiterwächst und sich weiterentwickelt. Aber dass die CDU dabei mitmacht, solche Instrumente aus der Hand zu geben und sich in der Form festzulegen, das wundert mich.

(Beifall bei der FDP und der SPD)

Der Kollege Kienitz hat den Regionalplan bereits angesprochen, als ob es da eine besondere Leistung wäre, die das Bündnis erbracht hat. Der Kollege Homann hat ja nur die Flächenzahlen genannt. Aber ihr habt aus dem Regionalplan Wohnungen für 50 000 Menschen für die nächsten 25 Jahre gestrichen. Das ist doch das Problem!

(Beifall bei der FDP und der SPD)

Man kann das immer toll finden, dass hier in Köln Grün erhalten bleibt. Aber wenn der Zuzug da ist, wird das ja nur auf das Umland verlagert. Das heißt, der Druck wächst in den Nachbarkommu-



nen. Junge Familien müssen aus der Stadt wegziehen, weil sie hier keine adäquaten Wohnverhältnisse mehr vorfinden und weil der ÖPNV eben nicht nachkommt. Wir haben doch eben darüber diskutiert, wie spärlich wir es schaffen, allein das Kölner Netz auszubauen. Vom Bahnknoten Köln will ich gar nicht reden. Es gibt weite Teile im Umland, die gar nicht erschlossen sind, wo die Leute auf das Auto angewiesen sind. Diese Verkehrsprobleme haben wir nachher auf Kölner Straßen, weil wir die Flächen hier nicht ausweisen.

(Beifall bei der FDP und der SPD)

Daher ist es fatal, solche Signale zu senden, wenn ganze Wohngebiete als Potenzialgrün angemalt werden, wenn ich mal an den Porzer Süden denke, an ein Gebiet wie Zündorf-Süd, was eigentlich bisher unbestritten in der politischen Diskussion war, oder wenn eine Fläche wie Wahn-West, die super erschlossen ist mit einem S-Bahn-Halt, hier als Zukunftsgrün bezeichnet wird.

Ich wundere mich, dass in der Verwaltung - ich meine, es gibt doch eine verwaltungseinheitliche Verwaltungsmeinung - nicht irgendwo die Alarmglocken angegangen sind: Was wird uns denn hier vom Umweltdezernat, vom Klimadezernat vorgeführt? Das kann doch nicht wahr sein, dass das die Stadtentwicklung mitmacht, wenn wir hier Stadtteile erweitern wollen, wenn wir Wohnungsbau machen wollen, dass das als Potenzialgrün oder Zukunftsgrün angemalt wird.

(Beifall bei der FDP und der SPD)

Also, ich bin enttäuscht von dem Stand, der uns hier vorgelegt wird. Das ist nicht durchdacht. Deshalb kann es aus meiner Sicht nicht beschlossen werden. Und ich muss sagen, er wird im Grunde durch den Änderungsantrag - das habe ich im Ausschuss auch schon gesagt - des Bündnisses noch verschlimmbessert, wenn es da heißt, es soll eine gerechte Verteilung von Grünflächen zwischen den Stadtbezirken erzielt werden. Ja, Freunde, wie gut kennt ihr Köln eigentlich? Wie wollt ihr denn in Köln zwischen den Stadtbezirken eine gerechte Grünflächenverteilung hinbekommen? Da müsstet ihr schon den Königsforst abholzen, damit dann Kalk so wenig Grünflächen hat wie die Innenstadt, oder was soll das?

(Beifall bei der FDP und der SPD)

Also, das ist doch ein Irrsinn, so etwas den Leuten vorzumachen!

Jetzt sage ich noch eine Sache, Frau Röhrig, weil Sie von der Beteiligung gesprochen haben, wie toll das früher gelaufen ist. Wir haben doch die Schreiben bekommen von der WIG und vom Verband mittelständischer Wohnungswirtschaft, die uns vorwerfen, wie intransparent das Verfahren gelaufen ist, dass die Gremien, die wir hier haben, nicht beteiligt worden sind. Das ist doch zu kurz gekommen. Dann kann man doch nicht sagen: Da hat es früher mal einen anderen Plan gegeben, da war das viel besser, das lassen wir jetzt gelten. Wir wollen doch mit der Wohnungswirtschaft zusammenarbeiten. Die Oberbürgermeisterin hat einen Vertrag mit denen unterschrieben: 6 000 Wohnungen im Jahr. Wenn wir dann hier im Rat solche Beschlüsse fassen, machen wir es der Wohnungswirtschaft unmöglich, Wohnungen in Köln zu bauen. Deswegen ist es das falsche Signal, diesen Beschluss heute hier zu fassen. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP und der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Venturini das Wort.

Isabella Venturini (Voll): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Also, diese Diskussion haben wir jetzt gefühlt schon dreimal gehabt. Ich bin jetzt ein bisschen müde.

(Niklas Kienitz [CDU]: Jetzt erst? - Weitere Zurufe)

- Ja, eine Runde Mitleid für mich. Danke.

Nein, jetzt einmal ernsthaft. Unser Änderungsantrag fasst, wie ich finde, den Diskussionsstand in diesem Rat recht gut zusammen; denn die Kritik, die es von allen Seiten gibt, ist zum Teil nachvollziehbar. Für die einen geht unser Änderungsantrag nicht weit genug, man müsste viel radikaler sein. Für die anderen ist er schon radikal genug, man verbaut sich hier für die nächsten Jahrzehnte alles Mögliche.

Mit unserem Änderungsantrag wollten wir diesen Diskussionsstand auch ein bisschen wiedergeben. Wir hatten diesen ja auch bei uns im Bündnis. Es ist nicht einfach, sich auf etwas festzulegen, auf ein neues Tool für die räumliche Planung, die ja wirklich Wirkung zeigen wird. Denn für all diejenigen, die sagen, unser Änderungsantrag verwässert alles und greift gar nicht durch, lasst euch gesagt sein: Wir haben jetzt ein Tool, womit wir wirklich die Bedeutung unserer Grünzüge und



unserer Grünflächen noch einmal deutlich erhöhen, das gab es vorher noch gar nicht. Also, mit diesem Masterplan wollen wir Grünzüge sichern. Deswegen ist das hier eigentlich schon ein enormer Fortschritt, den wir hier haben.

Zudem steht auch außer Frage, dass der innere oder äußere Grüngürtel irgendwie angetastet werden soll. Das ist klar.

Wiederum andere Fraktionen oder Akteure aus der Bauwirtschaft kritisieren uns, dass uns dieser Masterplan Entwicklungsmöglichkeiten verwehrt. Das tut er eben nicht, denn wir im Bündnis stehen nicht für Stillstand. Das habe ich auch schon im Stadtentwicklungsausschuss gesagt.

(Beifall bei Volt, dem Bündnis 90/Die Grünen und der CDU)

Natürlich müssen wir uns hier entwickeln. Natürlich wissen wir, dass wir Wohnraum brauchen. Wir brauchen Schulen, wir brauchen auch Gewerbeflächen. Das ist uns absolut bewusst. Und wir brauchen uns hier nicht vorwerfen zu lassen, dass wir das nicht wissen. Deswegen haben wir uns auch im Bündnis darauf geeinigt, dass es abgesehen von großen Grünzügen und großen Grünflächen vereinzelte Flächen gibt, bei denen es Diskussionsbedarf geben wird und man dann natürlich ganz offen und demokratisch diskutieren muss: Was brauchen wir jetzt? Was ist unser Bedarf? Und wir müssen hier auch, wenn wir dann bauen, natürlich klimaschonend und klimaangepasst bauen. Das ist auch klar. Deswegen versuchen wir hier, mit unserem Änderungsantrag genau das aufzufassen, wo wir gerade stehen.

Wir müssen unsere Grünflächen schützen. Gleichzeitig müssen wir aber als Stadt flexibel sein und auf Veränderungen eingehen. Ich finde, das haben wir eigentlich sehr gut gemacht. Ich kann es verstehen, wenn viele denken, wir verschlimmbessern hier usw. usf. Aber das ist nun mal die Arbeit eines Bündnisses, in dem auch unterschiedliche Meinungen aufeinandertreffen. Hier haben wir einen guten Kompromiss gefunden, indem wir uns, wie gesagt, ganz aktiv für unsere Grünflächen aussprechen und ein Tool haben, womit wir erstmalig wirklich die Bedeutung unserer Grünflächen schützen, uns aber gleichzeitig die Flexibilität bewahren, zu sagen: Wo möchten wir hier noch diskutieren? Wo kann etwas planungsrechtlich gesichert werden? Und wo können wir hier wirklich auf die Bedürfnisse unserer Stadt eingehen? Daher lade ich auch die Fraktionen ein, die das noch sehr, sehr kritisch sehen, hier noch mitzugehen. Denn dieser Kompromiss ist, glaube ich, ein sehr guter. - Vielen Dank.

(Beifall bei Volt, dem Bündnis 90/Die Grünen und der CDU)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Büschges.

Matthias Büschges (AfD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauer vor den Bildschirmen und auch auf der Tribüne! Frau Pakulat, ich glaube, heute können wir Sie sogar ein bisschen überraschen. Denn neben den schon bestehenden Masterplänen Städtebau, Parken und Digitalisierung wird heute das - so nenne ich es - Fachgutachten Stadtgrün zur Abstimmung gestellt. Auf Seite 3 heißt es zur Beschreibung:

Der Masterplan Grün soll für zukünftige stadtentwicklungspolitische Entscheidungen die Grundlage und Referenz bilden.

Also wird es eine Anleitung, die entsprechend den Kriterien wie - ich zitiere -:

[...] den mittlerweile spürbaren Klimawandel, die erforderliche Mobilitätswende und den demografischen Wandel

auf die Kölner Stadtentwicklung gestülpt werden soll. Sie versprechen sich das Stadtklima zu verbessern und die Aufwertung der Kölner Aufenthalts- und Naturräume. Sie definieren Frischluftschneisen und Wasserschutzgebiete und wollen diese Definition beim Städtebau berücksichtigen.

Das Kölner Stadtgebiet - das muss ich Ihnen, glaube ich, nicht sagen - weist eine Versiegelungsquote - Sie haben es „Versiegelungsgrad“ genannt - von ungefähr 35 Prozent auf. Als guter Vergleich steht hier München mit circa 47 Prozent versiegelten Verkehrsflächen. Köln steht also damit als Millionenstadt sehr gut da und liegt bei einer Studie des Gesamtverbandes der Deutschen Versicherungswirtschaft auf Platz 19. Dazu haben wir in der letzten Ratssitzung der Schaffung eines Entsiegelungskatasters zugestimmt, damit Köln noch schneller noch grüner wird.

Erlauben Sie mir, dass ich kurz die drei wichtigen Kategorien „Immergrün“, „Zukunftsräume“ und „Potentialgrün“ anspreche. Wir sind nämlich genau der Meinung wie Sie, dass wir eine solche Identifizierung brauchen, denn die Identifizierung von diesen Flächen ist durchaus sinnvoll. Aber dass alle bisherigen Pläne diesem eben angepasst werden sollten, halten wir für unangebracht. Denn



Klima - ich habe es heute schon einmal gesagt - ist nicht das einzige Problem, das wir in Köln haben.

Und hier nehmen wir die Verwaltung beim Wort. Wir verstehen den vorliegenden Masterplan als Fachgutachten und verstehen damit keinerlei Rechtsverbindlichkeit. Darauf werden wir auch weiterhin bestehen. Und um den Dezernenten Wolfgramm zu zitieren: Man darf nicht die Themen Wohnen oder Soziales gegen Klima ausspielen. Hier müssen wir uns aber klar machen, dass die Dinge selbstverständlich eine Rolle im Miteinander der Kölner Stadtplanung spielen. Denn die neuen Gebiete, wie zum Beispiel Kreuzfeld, werden natürlich keine Lehmhütten, die man einfach auf die Felder stellt. Es wird versiegelt werden müssen, und wir werden dort auch Straßen und eine Infrastruktur brauchen - Infrastruktur und Versiegelung, die in dem Masterplan erst einmal eine untergeordnete Rolle zu spielen scheinen.

Meine Damen und Herren, unserer Meinung nach ist die Vorlage der Drahtseilakt zwischen Stadtgrün erhalten und ausbauen und den wichtigen Punkten Wohnen und Stadtentwicklung. Wir sind nach der Zusage von Herrn Wolfgramm durchaus geneigt, die Wertschätzung für dieses Fachgutachten zu erbringen, und warten gespannt auf das, was uns in den nächsten Schritten erwartet. - Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau Gabriel das Wort.

Ngoc-Anh Gabriel (KLIMA FREUNDE): Ich würde gern noch einmal darauf eingehen, wieso bei der Flächenknappheit und der wachsenden Stadt gleichzeitig eine weitere Vernichtung unseres Stadtgrüns und eine weitere Zerstörung unserer Belüftungs- und Kühlungssysteme nicht Teil der Lösung sein kann:

Wir haben mehr als genug Wohnflächen in Köln, nur der vorhandene Wohnraum ist nicht gerecht verteilt. Warum wohnen manche Menschen auf Hunderten von Quadratmetern pro Kopf, während andere auf engstem Raum oder gar auf der Straße leben müssen?

Weiterhin sind viele Flächen entweder 24/7 einfach ungenutzt oder werden nur an wenigen Stunden pro Tag genutzt.

Wir haben auch mehr als genug versiegelte Flächen in Köln. Die Flächen sind auch nicht gerecht verteilt. Warum bekommen Autos so dermaßen überproportional viel Fläche in unserer Stadt und die Kinder zum Beispiel zu wenig?

Wie eben schon erwähnt, kollidiert der Masterplan Grün bereits jetzt mit manchen Vorgaben und Flächenbelegungen aus dem Regionalplan, Flächennutzungsplan und Bebauungsplan. Unsere Verantwortung ist es, dafür zu sorgen, dass vergangene Fehlentscheidungen endlich revidiert oder an neue Anforderungen angepasst werden, Bauvorhaben gestoppt und Pläne überarbeitet werden.

Es ist unsere Verantwortung, dafür zu sorgen, dass unser Stadtgrün und die Klima-Resilienz unserer Stadt mit höchster Priorität behandelt werden und dass hierfür Rechtssicherheit hergestellt wird für unsere Kinder und uns selbst. - Danke schön.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Zimmermann.

(Ulrich Breite [FDP]: Jetzt kommt die Rede! - Gegenruf von Thor-Geir Zimmermann [GUT Köln]: Eine weitere!)

Thor-Geir Zimmermann (GUT Köln): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrter Herr Breite! Ich hatte eine Rede zu den Klimaklebern geschrieben, aber das ist leider von der Tagesordnung gekegelt und in den Umweltausschuss verwiesen worden. Aber trösten Sie sich: Am meisten verzweifle ich hier bei dieser Frage nicht an der FDP, sondern eigentlich im Grunde genommen an der SPD.

Von der CDU als dem parlamentarischen Arm der Bauindustrie

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP)

- ich wollte zuerst legaler Arm sagen, aber das klingt so sch..., „parlamentarisch“ ist, glaube ich, treffender - habe ich eigentlich nichts anderes erwartet. Es ist ja nun klar, wenn die Baulöwen in unserer Stadt husten und sagen: „Uns gehen Investitionsflächen flöten, bitte macht da etwas!“, dann kommt eine super Vorlage aus dem Hause der Umwelt- und Klimaschützer: Wir haben da Probleme und bitte tut etwas. Das ist euch gelungen. Herzlichen Glückwunsch! Die Vorlage ist, ja, manche sagen „verschlimmbessert“, manche sa-



gen „verwässert“, aber sie ist zumindest vom Wording her etwas entschärft worden. Wobei, wenn man die Texte nebeneinanderlegt, ist es schon echt schwierig. Dazu hätte ich gerne auch noch so eine tabellarische Synapse gehabt, oder ich weiß nicht, wie das in der Bibel heißt

(Niklas Kienitz [CDU]: Synopse! Deine Synapsen funktionieren noch! - Heiterkeit)

- Synopse, ja, nicht Synapse -, um das zu verstehen, wer mit welchem Wort und welchem Begriff da jetzt was nun eigentlich intendiert. Wie dem auch sei: Herzlichen Dank für die eigentliche Beschlussvorlage.

Das war in dieser Debatte - es ist manchmal ganz schön, wenn man als letzter spricht - schon ganz interessant, wie die Argumente hier ausgetauscht wurden: Einerseits ist diese Vorlage schlecht, weil sie das Bauen verhindert. Andererseits ist die Vorlage schlecht, weil sie nicht konkret und einfach nur ein Strategiepapier ist und was sonst noch alles. Und das kommt von beiden Seiten. Das kommt von der CDU genauso wie von der SPD. Da müssen Sie sich schon entscheiden.

Das, was ich herausgehört habe, ist, dass es ein Strategiepapier ist und dass Sie im Grunde genommen - ich glaube, Herr Sterck war das, der das am stärksten betont hatte - eigentlich nur Schiss haben, später auf einer Bürgerversammlung zu stehen und zu sagen, warum Sie jetzt eine Grünfläche bebauen wollen. Das sollen wir Ihnen jetzt hier abnehmen und sagen: Weiterhin überall bauen möglich, Grün schützen wir auch.

(Ralph Sterck [FDP]: Wenn du Zündorf-Süd als Immergrün ausweist, dann streust du den Bürgern Sand in die Augen! Das fördert Politikverdrossenheit!)

Diese Diskussion hatten wir im StEA auch geführt. Ich erinnere mich sehr gut daran. Natürlich gibt es vielleicht - ich habe es nicht nachgeprüft - Fehler in den Dutzenden einzelnen Anlagen; das mag sein.

(Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]: Das kann ich mir nicht vorstellen!)

Aber das, was bei mir hängengeblieben ist und was heute auch noch einmal betont wurde, ist Folgendes: Diese Vorlage bricht kein Baurecht, sie bricht keinen Bebauungsplan, nichts dergleichen. Wenn wir irgendwo bauen wollen, dann können wir das auch mit dieser Vorlage. Nur, wir müssen dann dazu stehen, dass wir das an dieser Stelle

auch tun wollen, und eben sagen: Okay, das ist jetzt hier Zukunftsgrün, aber wir wollen vielleicht doch etwas bauen. Dann haben wir aber auch das Recht, dass wir in einer Versammlung mit den Bürgern stehen und sagen: Wir machen es trotzdem, auch wenn wir damals beschlossen haben, dass es eigentlich grün bleiben soll. Aber dazu haben offensichtlich nicht alle den Mumm.

(Beifall von Sabine Pakulat [Bündnis 90/Die Grünen])

Aber am allerallermeisten enttäuscht bin ich von der SPD.

(Zurufe von der SPD: Oh!)

CDU - klar, kennen wir, da wissen wir, was da läuft. Aber bei der SPD frage ich mich, ob es eigentlich überhaupt einen umwelt- und klimapolitischen Flügel in dieser Ratsfraktion gibt.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Also wirklich, Sie hängen hier irgendwie 80er-Jahre-Phantasien nach: Wir brauchen die Industrie, wir brauchen Arbeitsplätze, wir brauchen Wohnungsbau etc.

(Christian Joisten [SPD]: Ja, genau das brauchen wir! Gucken Sie doch mal in die Stadt! Keine Wohnungen, keine Arbeitsplätze!)

Wir bauen Wohnungen, liebe SPD, aber es werden keine Obdachlosen von der Straße geholt! Es wird kein sozialer Wohnungsbau gemacht! Nichts wird gemacht, was Ihrer Klientel eigentlich nutzen würde! Sie machen sich hier letztendlich - tut mir leid - einfach nur zum Büttel der Bauindustrie, ohne dass Sie irgendetwas erreichen!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Und dann kommt so eine Vorlage aus dem Umwelt- und Klimaausschuss, wo vollkommen klar ist: Das ist ein grüner Beigeordneter, ein grüner Dezernent, und die Grünen stehen eigentlich auf das Papier. Sie haben das bestellt, das steht so im Kooperationsvertrag.

(Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]: Beschlossen! Bestellt wird gar nichts!)

- Beschlossen haben wir es auch. Beschlossen und damit bestellt.

Und dann kommt so eine Vorlage, die wirklich aber auch gar nichts verschlägt. Also, wenn ich ein Sozialdemokrat wäre, der einen Umweltflügel



hätte, dann würde ich hingehen und sagen: Liebe Grüne, wenn die CDU bockt, dann machen wir das gemeinsam.

(Christian Joisten [SPD]: Wir denken für die Stadt, Herr Zimmermann! Das können Sie sich gar nicht vorstellen!)

Diese Chance habt ihr verpasst, ein um das andere Mal, und das kapiere ich hinten und vorne nicht.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Meine Redezeit ist abgelaufen.

(Lukas Lorenz [SPD]: Gut, dass es vorbei ist!)

Zu 3.1.7, was verwiesen wurde, möchte ich nur noch einen Satz sagen: Ich möchte mich an die Aktivist*innen der Letzten Generation richten. Wenn Sie heute diesem Stream zugeschaut haben, wissen Sie, dass Ihre Aktionen weiterhin notwendig sind. Ich möchte mich herzlich dafür bedanken, dass Sie den Klimaschutz immer wieder auf die Tagesordnung bringen. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich würde jetzt gerne abstimmen lassen, und zwar zunächst über den Tagesordnungspunkt 3.1.3, über den Antrag der Fraktion Die FRAKTION „Grün bleibt Grün!“. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind Die FRAKTION und Frau Gabriel. Gibt es Enthaltungen? - Es enthalten sich Herr Zimmermann und die Fraktion DIE LINKE. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Ich lasse jetzt über die Vorlage abstimmen, und zwar wie im StEA, Anlage 14. Gibt es Gegenstimmen? - Von der FDP-Fraktion, von Herrn Zimmermann und der SPD-Fraktion. Enthaltungen? - Es enthalten sich Die FRAKTION und Frau Gabriel. Dann ist das so beschlossen. Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Tagesordnungspunkt

10.2 Aufhebung des gebundenen Ganztags an der auslaufend schließenden Ernst-Simons-Realschule, Alter Militärring 96, 50933 Köln-Müngersdorf 0581/2023

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.3 Teilnahme der Stadt Köln am Projekt „Kommunen gegen Extremismus“ 0607/2023

Hier hat Herr Cremer das Wort.

Christer Cremer (AfD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Zuschauer am Livestream und hier im Saal! Ich fasse mich kurz: Diesen Antrag lehnen wir ab, und zwar nicht, weil wir den Rechtsextremismus oder Antisemitismus nicht auch ablehnen würden. Ganz im Gegenteil! Wir lehnen alle Formen des politischen Extremismus ab. Aber dieser Antrag ist viel zu einseitig. Wir finden nichts zum Linksextremismus.

Liebe Verwaltung, da habe ich etwas völlig vergessen: Die Stadt Köln gewährt linksextremen Organisationen, wie der Interventionistischen Linken, bereitwillig Unterschlupf im Autonomen Zentrum. Es gibt hier Mitglieder, die der linksextremen Antifa zjubeln.

(Lukas Lorenz [SPD]: Ja, ich! - Vereinzelt Beifall)

- Ja, da haben wir es.

Deshalb ist diese Vorlage wenig glaubwürdig. Ihnen geht es doch nur unter dem Deckmantel eines vermeintlichen Kampfes gegen Rechts darum, den Linksdrall in der Gesellschaft unwiderprüflich fortzusetzen. Glauben Sie es mir ganz persönlich: Der Linksextremismus ist ein Problem in Köln. Sie können sich gern von meinem zerstörten Wohnzimmerfenster ein Bild machen. Das waren Linke.

Frau Oberbürgermeisterin, wenn Ihre Stadtdirektorin im AVR auf Fragen zum Thema Linksextremismus im Zusammenhang mit diesem Antrag entgegnet, dass sie diese nicht beantworten möchte, dann weiß man, dass die Verwaltung wenig glaubwürdig in ihrem Unterfangen gegen den politischen Extremismus ist. Außerdem stellt sich hier die Frage, was diese Vorlage überhaupt bringen soll. Ist politischer Extremismus, der mit Gewaltbereitschaft einhergeht, nicht in erster Linie Sache der Strafverfolgungsbehörden? Oder sol-



len hier in Wahrheit wieder irgendwelche Versorgungsposten langfristig für die linksgrüne Blase geschaffen werden?

Wir lehnen den Antrag ab. - Vielen Dank.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Dann lasse ich jetzt darüber abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Der AfD-Fraktion. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.4 Neubau eines Wohngebäudes im öffentlich geförderten Wohnungsbau auf dem städtischen Grundstück Berliner Str. 219a, 51063 Köln-Mülheim, Gemarkung Dünnwald, Flur 61, Flurstück 1941 - Bauentschluss 1622/2023

Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Volt AN/0570/2023

Wortmeldungen? - Bitte sehr.

(Lino Hammer [Bündnis 90/Die Grünen]: Der Änderungsantrag ist ja selbsterklärend!)

Jürgen Kircher (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Es liegt ein Änderungsantrag vor. Den haben wir inhaltlich aber auch schon im Fachausschuss diskutiert. Wir als SPD-Fraktion würden dem zustimmen können und werden das auch tun haben, haben aber die Bitte, dass natürlich auch eine Alternative geschaffen werden muss, wenn die Brennwertherme nicht eingebaut wird. Kalte Flure - da sind wir also d'accord, aber es muss natürlich auch eine Möglichkeit geben, eine Alternative zu schaffen, damit man dann auch - wenn es so passiert - die Wohnungen warm bekommt. Ich glaube schon, dass unsere Fachverwaltung dazu eine Idee hat. - Danke schön.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Dr. Rau.

Beigeordneter Prof. Dr. Harald Rau: In der Tat, die Idee gibt es. Ich habe mich heute auch schon

damit beschäftigt. Wir würden uns zutrauen, das ohne die Brennwertherme zu machen, und würden uns aber auch verpflichten, wenn sich herausstellen würde - was wir überhaupt gar nicht glauben -, dass es nicht ginge, dass wir Sie in diesem Fall informieren würden. Insofern würden wir verwaltungsseitig mit diesem Änderungsantrag leben können.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU - Jürgen Kircher [SPD]: Wir auch! Danke!)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Dann würde ich zunächst den Änderungsantrag abstimmen und dann eventuell die Ursprungsvorlage. Die offenen Fragen aus dem Bauausschuss sind beantwortet, und Ihr Dialog wird auch aufgenommen in der Niederschrift.

(Jürgen Kircher [SPD]: Sehr gut! Danke!)

Wer wünscht, dem Änderungsantrag zuzustimmen? - DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU, FDP, Die FRAKTION, Volt und Frau Gabriel. Gibt es Enthaltungen? - Die gibt es nicht. Dann ist der Änderungsantrag beschlossen.

Ich lasse jetzt über die Ursprungsvorlage in soeben geänderter Fassung abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Der AfD. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.5 Baubeschluss für den Ersatzneubau der Brücke Frankfurter Straße (B 8) über die B 55a 2183/2023

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Ich lasse abstimmen wie Finanzausschuss. Verkehrsausschuss und BV 8 haben vorher auch so abgestimmt. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Frau Gabriel. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.6 Konzept zur Weiterentwicklung der Städtepartnerschaftsarbeit der Stadt Köln 3238/2023

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Es melden sich Herr Detjen und Frau Syndicus.



Jörg Detjen (DIE LINKE): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Anwesende! Wir werden dem Städtepartnerschaftskonzept zustimmen. Wir hätten auch dem alten Konzept aus dem Jahr 2020 zugestimmt, das noch die Handschrift des damaligen Amtsleiters Internationales Frieder Wolf trug.

Frieder Wolf konnte vor seiner Rente nicht verhindern, dass das erste Konzept auf Eis gelegt wurde. Wenige Monate später verstarb er. Wir haben ihm viel zu verdanken für seine kommunale Außenpolitik mit Grundsätzen und konkreten Handlungsvorschlägen.

(Beifall)

- Danke schön.

Die Überarbeitung des Konzeptes ohne ihn und ohne wichtige Städtepartnerschaftsvereine, die davon betroffen waren, führte zu einer Verwässerung des Konzeptes. Frieder Wolf ging es darum, internationale Konflikte zu benennen und auch Lösungen aufzuzeigen. Im alten Konzept hatte er zehn Grundlagen und Prämissen der kommunalen Nahostarbeit entwickelt, die heute aktueller denn je sind. Schon 2020 gab Frieder Wolf den Verstößen gegen das Völkerrecht eine große Priorität in seinen Grundsätzen. Sein Satz - Zitat - „Nachhaltiger Frieden kann letztlich nur zwischen Menschen geschlossen werden“, umschreibt vielleicht seinen tiefen Wunsch für Frieden.

Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine ist völkerrechtswidrig. Die Ukrainer sind Opfer, Putin ist Täter. Punkt. Wir unterstützen die Opfer und bekämpfen die Täter. Auf dem Treffen des RGRE am letzten Donnerstag in Brüssel wurde uns mitgeteilt, dass es inzwischen 137 Städtepartnerschaften mit ukrainischen Städten gibt. Das ist gut. Köln ist dabei und unterstützt Dnipro.

Es ist auch völkerrechtswidrig und schäbig, wenn die Türkei unmittelbar nach dem Erdbeben die Kurden in Syrien bombardiert. Das klagen wir an. Trotzdem werden wir die Städtepartnerschaft mit Istanbul nicht infrage stellen und die Beziehungen abbrechen. Kommunale Außenpolitik heißt auch, gerade jetzt den Erdbebenopfern in der Türkei und Syrien zu helfen - mit Hilfen, Spenden und der Möglichkeit, sich in Deutschland für eine gewisse Zeit auszuruhen. Meine Kölner Ratsfraktion, aber auch der Integrationsrat sind verärgert und enttäuscht, dass eben keine einfachen bundesweiten Einreiseerlaubnisse für Erdbebenopfer geschaffen worden sind.

(Beifall bei der LINKEN)

Eine verpasste Chance, den Menschen in der Türkei zu zeigen: Wir Demokraten stehen zu euch und wissen, dass Erdogans Armee und seine türkische Verwaltung versagt haben.

Wir hatten in den letzten Wochen mit dem Dachverband der Kölner Partnerschaftsvereine Cologne-Alliance über das Konzept noch einmal gesprochen. Sie und wir würden uns freuen, wenn der Rat heute ohne große Veränderungen dieses Konzept beschließen würde und eine breite Zustimmung bekommt, damit es weitergeht - weiter mit unserer großen, vielfältigen kommunalen Außenpolitik. Ja, Köln wird sich zur Stadt der Menschenrechte erklären.

Ich ende mit einem Zitat:

Frieden muss gelernt werden. Vertrauen wächst im täglichen Miteinander. Weil deutsche und europäische Kommunen dafür erfahrungsgemäß einen Rahmen geschaffen haben, ist es ein friedenspolitisches Gebot, die Möglichkeit engagiert zu nutzen.

Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Syndicus.

Karina Margareta Syndicus (Die FRAKTION): Vielen Dank, Frau Oberbürgermeisterin. - Liebe Kollegen und Kolleginnen! Wir möchten gerne noch einen Änderungsantrag in die Beschlussvorlage einbringen, und zwar soll der Beschluss um folgenden Punkt ergänzt werden:

Alle Kölner Partnerstädte sowie die lokalen Städtepartnerschaftsinitiativen werden eingeladen, sich beim am 08.09.2022 beschlossenen Kölner Fest der Demokratie darzustellen.

Vielen Dank.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Syndicus, haben Sie einen Deckungsvorschlag? - Es tut mir leid, aber ich muss auf Formalien achten.

(Beifall bei der AfD)

Herr Breite.



Ulrich Breite (FDP): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Wir werden - wie alle anderen hoffentlich auch - diesem Beschluss jetzt zustimmen. Er wurde noch einmal überarbeitet. Es gab verschiedene Schreiben bei dem ersten Entwurf - von der Synagogen-Gemeinde, aber auch von der Deutsch-Israelischen Gesellschaft und anderen, die darauf hingewiesen haben, dass hier Formulierungen enthalten sind, die den Staat Israel verletzen. Das haben wir bei anderen Städtepartnerschaften und Ländern nicht hineingeschrieben. Darum haben wir uns damit auseinandergesetzt und das verändert.

Ich bin der Meinung, dass dieser Entwurf, den wir jetzt verabschieden, viel besser geworden ist. Wir sollten so etwas auch berücksichtigen, wenn an uns herangetragen wurde, dass verletzende Formulierungen enthalten waren. Ich bin froh, dass wir gemeinsam diesen Konsens gefunden haben. - Danke schön.

(Beifall bei der FDP)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt zunächst Herr Schwanitz und dann Frau De Bellis-Olinger.

Hans Schwanitz (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich finde, jetzt hat die Debatte doch einen eigentlich etwas bedauerlichen Zungenschlag angenommen. Wenn ich mich zuletzt an den Fachausschuss erinnere, dann haben wir dort das Konzept in der Form, in der es jetzt vorliegt, allesamt gelobt und allesamt gesagt, dass das ein sehr, sehr gutes Ergebnis aus einem sehr langen, schwierigen und komplizierten Prozess gewesen ist.

Dieser Prozess war wirklich lange. Wir haben das hier am 10. Mai 2016 in Auftrag gegeben, und wahrscheinlich bin ich der Einzige, der sich wirklich gut an diesen Tag erinnert, weil ich an dem Tag hier von der Oberbürgermeisterin als Nachrücker in den Rat verpflichtet worden bin. Seitdem wartet man darauf.

Wir gehen jetzt durch das Konzept nicht noch einmal inhaltlich durch, glaube ich. Der Fachausschuss hat es großartig gelobt, auch die Vertreter von vielen Fraktionen, die jetzt hier noch einmal inhaltliche Punkte angebracht haben - eigentlich von allen. Deshalb finde ich, es ist wirklich wichtig, festzustellen, dass hier die Verwaltung in diesem langen Prozess etwas richtig Gutes vorgelegt hat.

Ich kann sagen: Nach all diesem Ringen und Auseinandersetzen damit haben wir mit diesem Städtepartnerschaftskonzept wirklich etwas, was ein Schmuckstück für die Stadt ist. Ich finde, als solches sollten wir es hier gleich auch verabschieden und nicht als ein kontroverses Element.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)

Ich möchte alle noch einmal auffordern, nicht jetzt, aber allgemein noch einmal hineinzuschauen. Es sind über 100 Seiten. Es ist alles enthalten, was wichtig ist: die Menschenrechte, das Völkerrecht und die SDGs. Die kontroversen Punkte sind gut ausbalanciert. Es ist ein atmendes Konzept. Es hat kurzfristig Dnipro aufgenommen. Zudem hat es, weil wir das so in Auftrag gegeben haben, einen besonderen Fokus auf Menschenrechte. Wir haben das 2016 selbst so beschlossen und einen Satz darin, den zitiere ich jetzt, bevor ich vom Pult gehe:

Städte sind politische Gemeinwesen, denen die Idee der Freiheit immanent ist.

Das stand 2008 darin. Mittelalterlich: „Stadtluft macht frei“. Das ist der Geist, mit dem wir gleich sozusagen ein Städtepartnerschaftskonzept für uns gemacht haben. Dafür muss man einfach einmal einen Dank der Fachverwaltung aussprechen - die hat großartige Arbeit geleistet - und auch den Vereinen, die das alles tragen. Man gestatte mir auch einen kleinen Dank an den Bürgermeister Wolter, der so viel daran mitverhandelt hat, und auch - das ist ebenfalls im Beschluss enthalten - an die Landes- und Bundesregierung, die die kommunale Außenpolitik in ihrer Bedeutung noch einmal deutlich gestärkt haben.

Ich persönlich habe zwar noch keinen Tag als Ratsmitglied erlebt, an dem ich nicht auf dieses Konzept gewartet habe, trotzdem empfehle ich die Zustimmung und freue mich sehr, wenn es jetzt bald da ist. - Danke.

(Beifall)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Frau De Bellis das Wort.

Teresa De Bellis-Olinger (CDU): Liebe Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte mich den Worten meiner Kollegen Uli Breite und Hans Schwanitz anschließen. Ich brenne sehr für die Städtepartnerschaften und freue mich wirklich, dass wir gerade in diesem



Jahr, in dem wir auch 65 Jahre Ringstädtepartnerschaften feiern, dieses Konzept endlich verabschieden können. Jetzt ist es rund. Ich habe auch sehr viel in Gesprächen mit Frieder Wolf, aber auch Frau Dr. Klemm, die einen sehr tollen Ansatz hat, gelernt. Auch ihrem Team möchte ich einen großen Dank an dieser Stelle aussprechen. Denn sie nimmt in Anlage 2 insbesondere die Punkte auf, die für die Städtepartnerschaftsvereine, wie CologneAlliance - aber nicht nur CologneAlliance allein -, sehr, sehr wichtig sind. Das ist noch einmal ein Signal, zu sagen: Ja, auch die wirtschaftlichen, kulturellen und sportlichen Zusammenarbeiten fördern wir weiter. Das ist uns wichtig.

Der heutige Beschluss bedeutet nicht, dass ein Schlusstrich unter das Konzept gezogen wird, sondern - ganz im Gegenteil - ein solches Konzept lebt. Frau Dr. Klemm und ihr Team haben uns das zugesagt, und das glaube ich auch, aber auch Ihnen, Frau Oberbürgermeisterin, da in Ihrem Amt diese gute Zusammenarbeit, die Sie sowohl europaweit als auch in weiten Teilen der Welt pflegen, ein hohes Ansehen genießt: Besuche, Austausch politischer Art, aber auch der Jugendaustausch - all das sind wichtige Botschaften, die wir stützen sollten. Deshalb ist diese breite Mehrheit, die wir heute erhalten, von großer Bedeutung, um auch die Arbeit des Amtes für Internationales weiter zu stützen.

Ich freue mich sehr, dass wir das heute geschafft haben, und danke allen, die sich in Städtepartnerschaftsvereinen engagieren. Ein Appell: Es sollte jeder einmal in sich kehren und überlegen, wo noch Bedarf ist. Denn auch wir sind gute Botschafter und gutes Bindeglied für die Vereine in den Rat, in die Politik, aber auch in die Städtepartnerschaften selbst. - Vielen Dank.

(Beifall)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Bürgermeister Dr. Heinen das Wort.

Dr. Ralf Heinen (SPD): Eigentlich hatte ich gedacht, dass wir das ohne große Reden machen. Wir haben jetzt viel Lob gehört. Es war auch ein sehr langer Prozess - dem kann ich zustimmen -, und die meisten wissen, dass ich in der Städtepartnerschaftsarbeit sehr, sehr involviert bin.

Der Prozess war am Anfang nicht besonders rund. Es gab sehr, sehr viele Verstrickungen. Es

gab auch sehr, sehr viele Kontroversen. Ich erinnere mich noch an das Gespräch mit Frieder Wolf - Sie erinnern sich daran -, wo wir geschaut haben, wie wir aus dem Konflikt herauskommen. Es war richtig zugemauert, und wir kamen nicht vorwärts. Diese Zumauerung merkt man auch daran, dass es so lange gedauert hat. Wir sind jetzt in der Phase, dass wir uns über den grünen Klee loben, was mich natürlich freut. Wir werden das auch einstimmig verabschieden.

Ich darf aber auch noch daran erinnern: Es sind sehr viele daran beteiligt. Da möchte ich auch dem zivilgesellschaftlichen Engagement, das durch die Bürgerinnen und Bürger mit Leben erfüllt wird, danken. In jeder Städtepartnerschaft sind es die Menschen hier aus Köln und in den Städtepartnerschaftsstädten, die wir haben, die das tun. Es ist die Verwaltung, die das tut. Das Papier gibt einen Rahmen, aber man darf es natürlich auch nicht überbewerten. Denn es bleibt wirklich bei den aktiven Menschen: Der Frieden wird durch die Menschen geschaffen. Wenn wir das jetzt als Prämisse nehmen, ist das etwas Wunderbares. Wir sollten uns natürlich nicht auf Einzelkonflikte beschränken, sondern das Ganze sehen. Jeder, der etwas dafür tut, ist ein Gewinn für unsere Stadt und für die Städtepartnerschaften.

In diesem Sinne freue ich mich, dass wir jetzt in Summation wirklich alle begeistert sind und alle in einem Boot sind, und freue mich, wenn wirklich alle zustimmen werden und wir dies jetzt endlich einmal vom Tisch haben. Wir werden im nächsten Punkt noch die Menschenrechtsstadt thematisieren, also einen weiteren wichtigen Baustein in diesem Bereich. In dem Sinne: Vielen Dank an alle Akteure.

(Beifall)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Dann würde ich das jetzt gerne abstimmen lassen. Gibt es Gegenstimmen? - AfD. Enthaltungen? - Ach so, ich muss erst den Änderungsantrag von Frau Syndicus abstimmen lassen.

Herr Hock, wird der Änderungsantrag der FRAKTION aufrechterhalten?

(Michael Hock [Die FRAKTION]: Ja!)

- Ja.

Hat sich Frau Syndicus inzwischen - sie hatte Zeit genug - eine Deckung überlegt?



Michael Hock (Die FRAKTION): Ja, wir würden das gern finanzieren aus den Mitteln des Teilplans 0301, Schulträgeraufgaben, aus der Teilplanzeile 13.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich gebe jetzt einmal der Kämmerin das Wort.

(Heiterkeit und Beifall)

Stadtkämmerin Prof. Dr. Dörte Diemert: Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe ja viel im Kopf, aber das habe ich nicht im Kopf, das muss ich erst nachschlagen. Aber vielleicht hilft man mir ein bisschen und sagt mir einmal, was denn im Teilplan 0301, Teilplanzeile 13 steht, was das für Schulträgeraufgaben sind.

(Zuruf von der CDU: An wen ging denn die Frage?)

- An den Kollegen, der den Deckungsvorschlag formuliert hat. Und was konkret da jetzt nicht finanziert werden soll - das wäre natürlich unglaublich spannend zu wissen.

(Zurufe)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Weil ich die Geste so nett finde, die auch so viel Zuwendung zu den Partnerstädten zeigt, lasse ich darüber jetzt einmal abstimmen. Wenn sich das nicht ergeben sollte, müssen wir schauen, wie wir damit umgehen.

Wer wünscht, diesem Änderungsantrag zuzustimmen? - Das sind Die FRAKTION, Volt und Frau Gabriel. Gibt es Enthaltungen? - Keine. Dann ist der Antrag abgelehnt.

Jetzt hatte ich auch genug Zeit, mir zu überlegen, dass ich das Städtepartnerschaftskonzept durch Ihr Handzeichen bestätigt haben möchte. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind DIE LINKE, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Frau Gabriel - Herr Zimmermann würde bestimmt auch zustimmen, aber er ist nicht da -, CDU, FDP, Volt und Die FRAKTION. Gibt es Enthaltungen? - Keine. Dann ist das Konzept so beschlossen. Ich danke Ihnen sehr.

(Beifall)

Tagesordnungspunkt

10.7 AchtBrücken GmbH

**hier: Betriebskostenzuschüsse für die Jahre 2025-2027
3272/2022**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Ich lasse abstimmen wie Finanzausschuss, Anlage 3. Ebenso hatte der KUK beschlossen. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.8 Eintrittspreise für Veranstaltungen der Bühnen Köln (Oper, Schauspiel, Tanzgastspiele) für die Spielzeit 2023/24 0662/2023

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.9 Beteiligung am Gottfried Böhm Stipendium 0369/2023

Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Der AfD-Fraktion. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.10 Implementierung eines Cash Pools 0705/2023

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.11 Dienstleistungsvertrag mit dem Universitätsklinikum Bonn über das Projekt mre-netz regio rhein-ahr. 2079/2022

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.13 StadtBahn Süd - Trassenfestlegung und Entscheidung zur weiteren Planung 3065/2022

Gibt es Wortmeldungen? - Bitte sehr, Herr Busch.



Philipp Busch (AfD): Vielen Dank, Frau Oberbürgermeisterin. - In Anbetracht der Uhrzeit würde ich das zu Protokoll geben, wenn das für die Verwaltung insoweit okay ist und kein anderer redet. - Danke.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Es scheint das Wort nicht gewünscht zu sein. Dann lasse ich abstimmen wie in der Sondersitzung Verkehrsausschuss.

Herr Weisenstein? - Ja, gut, vielleicht kann die Verwaltung kurz Stellung dazu nehmen. Herr Weisenstein erinnert mich daran, dass es vielleicht doch noch Diskussionsbedarf geben könnte. - Herr Egerer.

Beigeordneter Ascan Egerer: Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Ich nehme gern zu dem Thema Kunstwerk „Standortmitte“ Stellung, welches hier von der Planung tangiert ist. Ich glaube, darum geht es bei der Frage und möglichen Diskussion.

Wir haben im Frühjahr 2020 den Auftrag an ein Ingenieurbüro vergeben, hier die Trassenvarianten zu untersuchen und zu einer Trassenfindung zu kommen. Selbstverständlich war der Verwaltung zu dem Zeitpunkt schon klar, dass sich im Untersuchungsgebiet dieses besondere und wichtige Kunstwerk befindet. Deswegen gab es auch am 25. August 2020 ein erstes Gespräch mit dem Künstler Lutz Fritsch und dem Ingenieurbüro, um das einzuordnen und darüber zu sprechen. Im Nachgang wurden dann acht Varianten insgesamt vertiefend untersucht. Die Vorzugsvarianten, die sich in der Zwischenzeit herauskristallisiert haben, haben zunächst einmal alle dieses Kunstwerk nicht weiter tangiert. Erst nach der abschließenden und vertiefenden Prüfung und gutachterlichen Bewertung der Thematik Trinkwasser und Trinkwasserschutzgebiet rückte dann die Variante, die jetzt zur Abstimmung steht, wieder in den Fokus, sodass das Kunstwerk damit tangiert ist.

Nachdem das feststand, haben wir zu einem Gespräch eingeladen, das am 11. Januar 2023 stattfand, und zwar unter meiner Beteiligung, unter Beteiligung des Beigeordneten für Kunst und Kultur, Stefan Charles, dem Vorsitzenden des Kunstbeirates, Herrn von Keitz, und dem Künstler, um hier zu erörtern, warum wir jetzt zu dieser Variante gekommen sind. Dazu haben wir eingeladen, nachdem diese Vorzugsvariante feststand

und klar war, dass die Brückenvariante eine genehmigungsfähige Lösung darstellt. Die bisher auch vom Künstler bevorzugte Tunnelvariante musste, wie erläutert, in der Vorlage, aufgrund des Trinkwasserschutzes verworfen werden.

Der Künstler wurde somit auch vor der zweiten Akteurskonferenz „StadtBahn Süd“, die am 17. Januar 2023 stattfand, mit den betroffenen Stakeholdern, persönlich informiert, dass das Kunstwerk von den Planungen betroffen ist. Er war zu der Akteurskonferenz eingeladen und hat auch teilgenommen. Hier wurde ebenfalls über den aktuellen Planungsstand berichtet und informiert.

Darüber hinaus gab es noch die von der Verwaltung durchgeführte digitale Bürgerinformationsveranstaltung am 24. Februar. Auch hier haben wir das Thema „Standortmitte“ offen angesprochen und kommuniziert.

Der Kunstbeirat wurde in seiner Sitzung vom 16.03.2023 über den aktuellen Planungsstand und das Ergebnis der Variantenprüfung informiert. Insofern haben wir das Kunstwerk selbstverständlich in den Planungen berücksichtigt.

Die weiteren fachlichen Gründe für die Auswahl der Vorzugsvariante sind meines Erachtens in der Vorlage vertiefend und sehr umfassend skizziert. Insofern belasse ich es dabei als Ergänzung zu dieser aktuellen Fragestellung. - Vielen Dank.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Vielen Dank, Herr Egerer, für diese Erläuterung. - Frau Tokyürek.

Güldane Tokyürek (DIE LINKE): Herr Egerer, vielen Dank für die Ausführungen. - Vielleicht die kurze Frage: Sehen Sie noch Möglichkeiten, dass man mit dem Künstler irgendwie doch zusammenkommt? Wie sind Sie im Gespräch? Ich weiß, dass er jetzt anwaltlich vertreten wird. Man streitet sich über diese Urheberrechte in ellenlangen Schriftsätzen. Wie bewerten Sie das? Droht ein Rechtsstreit? Was will die Verwaltung jetzt noch einmal versuchen, mit dem Künstler hinzubekommen? - Ich weiß nicht, was ihm vorschwebt, aber vielleicht haben Sie Ideen, wie man den Konflikt vielleicht lösen könnte.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Herr Egerer.



Beigeordneter Ascan Egerer: Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Wir möchten sehr gerne die Gespräche weiterführen und im direkten Austausch mit dem Künstler auch weitere Lösungswege beziehungsweise weitere Wege zu einer Gestaltung durchführen. Das ist in unserem großen Interesse. Zunächst ist aber jetzt eine klare Positionierung erfolgt, die auch nachvollziehbar ist. Aber unser Wunsch ist tatsächlich, hier auch das Gespräch weiterzuführen. Das haben wir vor.

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Vielen Dank. - Kann ich das jetzt zur Abstimmung stellen, oder gibt es weitere Wortmeldungen? - Nein. Dann werde ich jetzt darüber abstimmen lassen wie in der Sondersitzung Verkehrsausschuss und Klima- und Umweltausschuss. Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen. - Vielen Dank.

(Beifall)

Tagesordnungspunkt

10.14 Fortschreibung der Richtlinie zur Förderung von Projekten zur Gewaltprävention und zum Abbau von Diskriminierung im Bereich LSBTI ab dem Haushaltsjahr 2023 0222/2023

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Der AfD. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.16 Erwerb einer Beteiligung an der PD - Berater der öffentlichen Hand GmbH 0748/2023

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.17 Köln Katalog - Typologien für kompakte, nachhaltige und lebenswerte Quartiere 3068/2022

**Änderungsantrag der SPD-Fraktion verwiesen aus der gemeinsamen Sondersitzung des Verkehrsausschusses und des Ausschusses für Klima, Umwelt und Grün vom 21.03.2023
AN/0524/2023**

Gibt es Wortmeldungen? - Frau Seiger, bitte.

Christine Seiger (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Geehrte Kolleginnen und Kollegen! Geehrte Mitbürger*innen im Saal und am Stream! Über dem Köln-Katalog steht ein Leitsatz aus unserer Stadtstrategie: „Köln sorgt für kompakte und lebenswerte Quartiere.“ Ein schlichter, schlanker Satz, der die Herausforderungen der Flächenkonkurrenz positiv annimmt. Der Köln-Katalog weist Wege zu diesem Ziel, neue Quartiere in guter Qualität und Dichte in die Stadt einzuweben und Köln dadurch für die Zukunft besser zu machen. Er übersetzt Ziele in Ideen für konkrete Stadtgestaltung.

Den Auftrag zu diesem Katalog haben wir hier im Rat Ende 2020 gestellt. Im Frühling 2021 gab es dazu ein sehr gutes Fachsymposium. Das Stadtentwicklungsamt hat gute Arbeit geleistet und legt uns nun das Ergebnis zum Beschluss vor. Vielen Dank an Frau Scholz, an das Team und an alle, die dazu beigetragen haben.

Formal ist dieser Katalog ein städtebauliches Entwicklungskonzept. Mit dem Beschluss heute beauftragen wir die Verwaltung und binden uns auch selbst, ihn bei allen künftigen Bebauungsplanverfahren zu beherzigen. Beherzigen heißt im B-Plan-Verfahren immer, dass man eine Vielzahl von örtlichen Gegebenheiten, Anforderungen, Nutzungswünschen, Interessen und Perspektiven gegeneinander abwägt, miteinander in Einklang bringen und zu einem guten Ergebnis führen muss. Beherzigen heißt eben auch, dass wir diese Stadtstrategie annehmen.

In der Stadtstrategie zeigt schon die Zielkarte Wohnen, dass neue Quartiere und Nachverdichtungen künftig vor allem dort stattfinden sollen, wo es die gute verkehrliche Erschließung mit ÖPNV und Straße schon gibt. Deswegen ist der von der SPD-Fraktion vorgeschlagene Zusatz zum Beschluss überflüssig, und das Bündnis lehnt ihn ab.

Gut, dass wir den Köln-Katalog nun bekommen. Er wird in Bauherrenschaft, Politik und Verwaltung seinen Dienst tun und die Stadt von morgen im Sinne dieser gemeinsam gefundenen Leitlinien mitprägen. Ich freue mich darauf, mit diesem weiteren Tool im Stadtentwicklungsausschuss zu arbeiten. - Vielen Dank.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der CDU)



Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Jetzt hat Herr Lorenz das Wort.

Lukas Lorenz (SPD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Sehr geehrte Damen und Herren! Wir als SPD-Fraktion begrüßen den Köln-Katalog grundsätzlich, zeigt er doch zahlreiche Potenziale zur Nachverdichtung von Wohnraum und anderen Gebäuden auf.

An dieser Stelle möchte ich aber unseren Änderungsantrag zur Annahme empfehlen. Denn er greift einen wesentlichen Punkt auch aus Anlage 1 auf: Nicht die Lage nach den benannten drei Kategorien äußere/innere Stadt und Innenstadt können allein von zentraler Bedeutung sein, sondern die Erschließungsmöglichkeiten durch die Bahn und damit der Zugang zu nachhaltiger Mobilität sind zu berücksichtigen und bei weiteren baulichen Verdichtungen besonders im Blick zu behalten.

(Beifall von Maria Helmis [SPD])

Städte wie Freiburg, die der Handlungsmaxime „Erst kommt die Bahn, dann die Bebauung!“ folgen, sind für solche Prozesse beispielgebend. Stimmen Sie also der Erweiterung durch unseren Änderungsantrag zu! - Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Dann lasse ich jetzt zunächst über den Änderungsantrag der SPD-Fraktion abstimmen. Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist die SPD-Fraktion. Gibt es Enthaltungen? - Es enthalten sich DIE LINKE und Die FRAKTION. Dann ist der Änderungsantrag abgelehnt.

Ich lasse jetzt über die Vorlage abstimmen. Gibt es Gegenstimmen zur Vorlage? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.18 Umsetzung einer Maßnahme des Kulturentwicklungsplans: Einrichtung einer Koordinationsstelle „Nachhaltigkeit in der Kultur“ 0039/2023

Gibt es Wortmeldungen? - Herr Boyens.

Stephan Boyens (AfD): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Einrichtung einer Koordinationsstelle für „Nachhaltigkeit in der Kultur“ - wer könnte dagegen sein? Das hört sich wunderbar an. Wollen Sie wissen, was hier wirklich passiert? - Hier wird die Stelle eines Klimablockwarts für die Kölner Kunst- und Kulturszene geschaffen.

(Beifall bei der AfD)

Ein Klimablockwart mit der Entgeltgruppe 13, also zwischen 4 500 und 6 000 Euro pro Monat wohl gemerkt.

Diese Verwaltungsvorlage, meine Damen und Herren, steht beispielhaft für alles, was gegenwärtig in dieser Stadt und in diesem Land schief läuft. Lassen Sie mich das kurz begründen.

Erstens: falsche Zielgruppe. Es gibt wohl kaum eine zweite Berufsgruppe, die nicht schon heute ein so ausgeprägtes ökologisches Bewusstsein hätte wie unsere lieben Kunst- und Kulturschaffenden.

(Beifall bei der AfD)

Das Letzte, was sie brauchen, ist ein Klimablockwart der Entgeltgruppe 13.

Zweitens: falscher Steuerungsansatz. Die erhöhten Preise für Energie und Dienstleistungen entfalten ganz automatisch auch und gerade im Kunst- und Kulturbereich eine ökologische Lenkungsfunktion. Ich frage Sie: Von welcher pathologisch sozialistischen Geisteshaltung muss man eigentlich durchdrungen sein, um einen funktionierenden Preismechanismus durch einen weiteren Beauftragten ersetzen zu wollen? Das Beauftragtenunwesen hat sich über dieses Land, über diese Stadt, über die Institutionen bereits wie ein Mehltau gelegt. Andere Länder haben Sittenwächter oder Revolutionsgarden. Wir in Köln haben Klimaschutzbeauftragte für Kunst und Kultur.

Drittens: fragwürdiges Menschenbild. Nicht der souveräne Bürger, sondern der Klimauntertan spricht aus jeder Zeile dieser Verwaltungsvorlage. Die Vorlage spricht davon, dass - Zitat - „der Kultursektor [...] im Zuge der Transformation auch eine Vorbildfunktion einnehmen“ soll. Die Stelle soll als „Impulsgeber“ bei dieser großen Aufgabe wirken.

Meine Damen und Herren, ich kann Ihnen sagen, was hier wirklich passieren wird: Da sitzt der Klimablockwart dann zum Beispiel einem Konzertveranstalter gegenüber und weist ihn mit ernster



Miene darauf hin, dass alle Künstler für das geplante Konzert aber doch bitte mit der Bahn statt mit dem Flugzeug anzureisen haben. Zwei Tage später fliegt er dann selbst mit seiner Freundin nach Bali. Natürlich nur privat! - Lachen Sie nicht, das ist jüngst alles schon vorgekommen.

(Beifall bei der AfD - Brigitta von Bülow [Bündnis 90/Die Grünen]: Zur Sache!)

Ich muss Ihnen sagen: Das ist genau mein Humor.

Gerade die Kölner Kunst- und Kulturszene braucht keinen solchen Klimabilanzbuchhalter und Wasserprediger. Ich lasse mir ja schließlich auch nicht von Ricarda Lang erklären, wie ich mich gesund und ausgewogen ernähre.

(Beifall bei der AfD)

Viertens: Fehlallokation von Humankapital. In der Vorlage wird stolz erwähnt, dass die IHK Köln seit 2021 fünf sogenannte Transformationsmanager „Nachhaltige Kultur“ ausgebildet hat. Für diese jungen Menschen braucht es dann natürlich auch eine passende Stelle. Ja, Entgeltgruppe 13 im Dezernat VII. Es wird nicht bei dieser einen Stelle bleiben. Ich prophezeie Ihnen: In spätestens fünf Jahren sind dort zwei bis drei Beschäftigte. Das Ganze nennt sich dann „Sekretariat für Klimafolgenabschätzung“ im Dezernat Kunst und Kultur. Das Schlimme ist: Diese jungen Menschen werden in eine unproduktive Laufbahn gelotst und schaffen dort keinen echten Mehrwert für die Gesellschaft. Jeder Heizungstechniker, jede Bauingenieurin, jeder KVB-Fahrer tut mehr für die Nachhaltigkeit in Köln als dieser Klimablockwart.

(Beifall bei der AfD)

Fünftens: ökologische Gleichschaltung. Wenn spätere Generationen einmal fragen sollten, wann ungefähr das damals mit dem Abgleiten in den Klimastaat mit totalitären Zügen begann, müsste die Antwort lauten: Genau hier!

(Beifall bei der AfD)

Die sogenannte Koordinationsstelle „Nachhaltigkeit in der Kultur“ steht für Bevormundung, für Gängelung, für Planwirtschaft, für Kujonierung. Kurz: die ökologische Gleichschaltung der Kunst- und Kulturszene in Köln.

Kunst- und Kulturszene gleichschalten - das muss man dem Verfasser dieser Vorlage lassen -, damit kennen wir uns in Deutschland bestens aus.

Herr Charles, ich fordere Sie auf: Ziehen Sie diese Vorlage zurück! Meine Damen und Herren, stimmen Sie gegen diese Vorlage!

(Beifall bei der AfD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Frau Syndicus.

Karina Margareta Syndicus (Die FRAKTION): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Liebe Kollegen und Kolleginnen! Ich möchte auf das eben Gesagte nur ganz kurz ein Zitat vorbringen bzw. ein Inflektiv vortragen, nämlich von Dr. Erika Fuchs. Vielen von euch dürfte sie bekannt sein. Sie ist nämlich die Übersetzerin der Comics aus Entenhausen. Drei Inflektive möchte ich hier gerne präsentieren: Ächz, kreisch, würg. - Danke.

(Beifall)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Ich lasse jetzt über die Vorlage abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Der AfD. Enthaltungen? - Die SPD-Fraktion enthält sich. Dann ist das so beschlossen. Vielen Dank.

Tagesordnungspunkt

10.19 Umsetzung einer Maßnahme des Kulturentwicklungsplans: Barcamp zur Nachhaltigkeit in der Kultur 0336/2023

Gibt es Wortmeldungen? - Herr Boyens.

Stephan Boyens (AfD): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Wenn es je eines Beweises bedurft hätte, dass diese Stadt kein Einnahmen-, sondern ein Ausgabenproblem hat - es ist schade, dass die Stadtkämmerin jetzt nicht da ist; das hat nämlich ihre Vorgängerin gesagt, die allseits geschätzte Frau Klug -, dann ist das hier der schlagende Beweis, nämlich „Barcamp zur Nachhaltigkeit in der Kultur“.

Es dürfte Sie nicht verwundern, meine Damen und Herren, dass meine Fraktion der Meinung ist, dass wir diese 40 000 Euro sparen können. Wir alle kennen es ja: Wenn man etwas verkaufen möchte bzw. etwas vorhat, was man niemandem so richtig erklären kann, dann kommt man ganz schnell mal eben mit einem coolen englischen Begriff um die Ecke - in diesem Fall „Barcamp“.



Für all jene, die nicht genau wissen, was so ein Barcamp ist: Barcamp ist laut Wikipedia eine sogenannte Unkonferenz, bei der es vorab keine Tagesordnung und keinen strukturierten Ablauf gibt, sondern auf der man spontan von den Teilnehmern Inhalte und Ablauf selbst entwickelt und festlegt.

Alle Teilnehmer

- so Wikipedia -

sind aufgefordert, selbst einen Vortrag zu halten oder zu organisieren.

Sie sehen, das Ganze ist super spontan, super unstrukturiert, super sozial und mit 40 000 Euro super teuer.

(Beifall bei der AfD)

Und weil das Dezernat Kunst und Kultur auch nicht wirklich weiß, was so ein Barcamp ist und wie das funktioniert, muss dafür ein externer Berater engagiert werden. Daher die 40 000 Euro. Was dabei herauskommen wird, meine Damen und Herren, das ist wenig bis nichts. Aber nach dem Motto: Gut, dass wir mal darüber geredet haben.

Aber die Stadt Köln hat es ja. Geld spielt keine Rolle. Meine Damen und Herren, diese 40 000 Euro können und sollten wir einsparen. Stimmen Sie deshalb gegen diesen Vorschlag! - Danke.

(Beifall bei der AfD)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Dann lasse ich jetzt über die Vorlage abstimmen. Gibt es Gegenstimmen? - Der AfD-Fraktion. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

10.20 Beitritt zur Kampagne der Menschenrechtsstädte
hier: Beschluss des Ausschusses für Allgemeine Verwaltung/Vergabe/Recht und Internationales vom 30.01.2023 0836/2023

Gibt es Wortmeldungen? - Herr Bürgermeister Wolter.

Andreas Wolter (Bündnis 90/Die Grünen): Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin! Meine lieben

Kolleginnen und Kollegen! Wir haben ja eben die Menschenrechtsarbeit strategisch im Städtepartnerschaftskonzept verankert, und ich finde es gut, dass wir mit diesem Beschluss, den wir jetzt fassen, das auch dokumentieren.

Ich glaube, das, was an dem Beschluss auch gut ist, ist, dass wir die Voraussetzungen schon geschaffen haben, wo man sonst immer Beschlüsse fasst - wir wollen irgendwohin, und dann muss man sehen, wie man über die Jahre dorthin kommt -, und jetzt diesem Bündnis beitreten, weil wir auch die wachsenden Erwartungen an das menschenrechtliche Engagement der Städte aus der Zivilgesellschaft haben.

Wir haben auch schon viel getan. Letztes Jahr waren wir Hauptstadt der Vielfalt. Wir haben einen Aktionsplan für eine kinder- und jugendfreundliche Stadt sowie eine faire Beschaffung. Wir haben das Thema postkoloniales Erbe. Zudem bieten wir jetzt Schutzaufenthalte für Menschenrechtsverteidiger*innen.

Es ist aber auch, wenn man nach außen schaut, ein klares Statement für die internationale Vernetzung. Wir pflegen Kontakte zur Zivilgesellschaft in den Städten, in denen die Menschenrechte nicht so geachtet werden, wie wir das für richtig halten. Deshalb passt das gut zum Städtepartnerschaftskonzept. Wir werden uns in den Netzwerken, in denen wir Mitglied sind, austauschen. Wir haben eine Stelle für Menschenrechte bei der Stadt Köln geschaffen und auch massiv Geld in den letzten Haushalten zugesetzt. Das Engagement der Stadt finde ich an der Stelle beispielgebend. Es gibt viele Städte, die auf uns schauen und sich das abgucken. Wir sind nach Nürnberg die zweite Stadt in Deutschland, die diesem Bündnis beitrifft. In vielen anderen Ländern sind es schon viel mehr Städte.

Gestatten Sie mir zum Schluss noch einen Hinweis, und zwar auch mit Blick auf die letzten beiden Wortmeldungen, die wir hatten: Wir haben heute den 23. März. Am 23. März vor 90 Jahren wurde das sogenannte Ermächtigungsgesetz gedruckt und beschlossen. Damit war endgültig der Weg für Menschenrechtsverletzungen der schlimmsten Art frei, die wir hier in Deutschland hatten. Ich glaube, es ist gut, dass wir heute diesem Bündnis beitreten. Damit setzen wir ein Zeichen. Ich danke auch der Initiative Menschenrechtsstadt Köln dafür, dass sie uns mit auf den Weg genommen hat. - Danke schön, meine Damen und Herren.

(Beifall)



Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Wer dieser Vorlage zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind DIE LINKE, die SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Frau Gabriel, CDU, FDP, Volt und Die FRAKTION. Gibt es Enthaltungen? - Der AfD-Fraktion. Dann ist das so beschlossen. - Vielen Dank.

Tagesordnungspunkt

10.21 Finanzierung von Auffangstationen: Umweltbildungszentrum Heideportal Gut Leidenhausen e.V. und Schutzgemeinschaft Deutscher Wald Köln e.V. 0870/2023

Gibt es Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall.

Robert Schallehn (Bündnis 90/Die Grünen): Frau Oberbürgermeisterin, ich hatte es eben schon bekanntgegeben: Ich würde mich für befangen erklären und die Kollegin Henk-Hollstein auch.

(Zuruf: Die ist gar nicht da!)

Oberbürgermeisterin Henriette Reker: Da wir nicht beraten, sondern nur abstimmen, werde ich darauf achten, dass Sie sich nicht an der Abstimmung beteiligen, Herr Schallehn.

Gibt es Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen. Vielen Dank.

Ich rufe auf:

12 Bauleitpläne - Anregungen/Satzungen

Tagesordnungspunkt

12.2 Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf Nr. 71504/05 Arbeitstitel: Von-Ketteler-Straße in Köln-Höhenhaus 0398/2023

Gibt es Wortbeiträge? - Nein. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Ich rufe auf:

16 KAG-Satzungen - Erschließungsbeitragsatzungen

Tagesordnungspunkt

16.1 285. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen 4159/2022

Gibt es Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Der AfD-Fraktion. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

16.2 286. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen 0407/2023

Gibt es hierzu Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Die FRAKTION und AfD. Enthaltungen? - Keine. Dann ist das so beschlossen.

Ich rufe auf:

17 Gremienbesetzungen

Tagesordnungspunkt

17.1 Wahl eines stellvertretenden beratenden JHA-Mitglieds, hier: KIDsmiling e.V. 0471/2022

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

17.2 Mitgliederwechsel im Jugendhilfeausschuss, hier: Bund der Deutschen Katholischen Jugend - BDKJ, Stadtverband Köln 0844/2023

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

17.3 Änderung der personellen Zusammensetzung der Kommunalen Gesundheitskonferenz Köln 0564/2023

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt



**17.4 Antrag von RM Gabriel (KLIMA FREUNDE) betreffend „Nachbesetzung Sachkundige*r Einwohner*in“ im Digitalisierungsausschuss“
AN/0481/2023**

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine.
Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**17.5 AG Zoologischer Garten Köln: Vorschlag für die Wahl eines Aufsichtsratsmitgliedes
0631/2023**

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine.
Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**17.6 Antrag der FDP-Fraktion betreffend „Benennung neue Sachkundige Bürgerin“
AN/0562/2023**

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine.
Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**17.7 Antrag der CDU-Fraktion betreffend „Gremienbesetzung Jugendhilfeausschuss“
AN/0554/2023**

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine.
Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**17.8 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend „TOP 17 Wahlen: AVR Ausschuss/Ausschuss Klima, Umwelt und Grün/Ausschuss RPA - Benennung einer neuen sachkundigen Einwohnerin“
AN/0566/2023**

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine.
Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**17.9 Antrag von RM Gabriel (KLIMA FREUNDE) betreffend „Festlegung der Anzahl der Ausschüsse für N. Gabriel als fraktionsloses Ratsmitglied gemäß § 58 Absatz 1“
AN/0568/2023**

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine.
Dann ist so beschlossen.

Tagesordnungspunkt

**17.10 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend „TOP 17 Wahlen: Kommunale Gesundheitskonferenz - Umbesetzung der Mitglieder“
AN/0572/2023**

Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine.
Dann ist so beschlossen.

Ich rufe auf:

18 Genehmigung von Eil- und Dringlichkeitsentscheidungen

Tagesordnungspunkt

**18.1 Neu-Festsetzung Kartenpreise für Konzerte des Gürzenich-Orchesters in der Kölner Philharmonie ab 2023/24
0100/2023/1**

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Keine. Gegenstimmen? - Keine. Enthaltungen? - Keine. Dann ist so beschlossen.

Ich würde damit den öffentlichen Teil der Sitzung schließen und gerne die Nichtöffentlichkeit herstellen.

(Schluss: 21.30 Uhr)



Anlage

zu Tagesordnungspunkt 10.13

zu Protokoll gegebene Rede

Philipp Busch (AfD): Frau Oberbürgermeisterin! Meine Damen und Herren! Wiederholt am heutigen Tage eine Verwaltungsvorlage, die so weit gelungen ist. Doch man muss hier auch Respekt der BV 2, ihrem Bezirksbürgermeister und allen Mitgliedern für den von allen Fraktionen und dem anwesenden Einzelmandatsträger gefundenen Kompromiss als Änderung zu dieser Verwaltungsvorlage zollen.

Es ist durchaus auch noch Korrekturbedarf vorhanden. Vergessen wir nicht, wie die Stadtbahn über oder unter den Bonner Verteiler kommen soll, das Wasserschutzgebiet und die daraus resultierenden Probleme: Was geschieht mit dem A-rial, auf dem heute noch die Tankstelle und die Fastfood-Kette stehen? Doch sollte nun zeitnah der Bahnausbau Richtung Rondorf und Meschenich voranschreiten. Das andere wird im Fortgang zu klären sein.

Auch wir sehen den Bedarf an einem besser ausgebauten ÖPNV in dieser Stadt - jedoch nicht nur besser ausgebaut, sondern auch pünktlicher, sauberer und somit angenehmer zu nutzen, eben eine Alternative.

Hier, glauben wir, ist mit der Vertragsverlängerung von Stefanie Haaks der Schritt in die richtige Richtung gegangen worden - in der Hoffnung, dass Frau Haaks in ihrer verbleibenden Zeit bei den KVB noch vieles umsetzt, was sie vorhat.

Nichtsdestotrotz sollte man sich mit dem dann Beschlossenen nicht zufriedengeben. So ist der Kölner Norden immer noch das Stiefkind des ÖPNV in Köln. Dies sieht man schon alleine an der Berücksichtigung des Bezirks Chorweiler bei dem Projekt „Isi“. Als gewählter Vertreter des Bezirks ist es mir natürlich ein Anliegen, die Interessen dieses Bezirks voranzutreiben, und ich bitte auch die anwesenden restlichen Vertreter, sich zukünftig in diesem Gremium mehr für ihren Bezirk einzusetzen.

Ich will aber gar nicht weiter Wasser in den Wein kippen. Wir stimmen der Vorlage und ihren Änderungen zu, weil auch wir sehen, dass in diesem Bereich etwas geschehen muss.